

Monatsbericht des BMF April 2012





Monatsbericht des BMF April 2012

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Übersichten und Termine	5
Finanzwirtschaftliche Lage	
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im März 2012	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	
Entwicklung der Länderhaushalte bis Januar und Februar 2012	
Termine, Publikationen	28
Analysen und Berichte	30
Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)	31
Deutsches Stabilitätsprogramm 2012	
Transparenz und Wirksamkeit öffentlicher Ausgaben als Elemente einer	
tragfähigen Finanzpolitik	45
Zollbilanz 2011	53
Statistiken und Dokumentationen	59
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	88
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	100

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

im Rahmen der umfassenden Maßnahmenpakete zur Stabilisierung des Euroraums haben die Mitgliedstaaten der Eurozone Anfang Februar 2012 die Errichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) beschlossen. Dieser soll seine Arbeit nicht erst - wie ursprünglich geplant -Mitte 2013, sondern bereits zum 1. Juli 2012 nach Abschluss der erforderlichen nationalen Ratifizierungsverfahren in den ESM-Mitgliedstaaten aufnehmen. Deutschland wird sich am Eigenkapital des ESM mit einem Betrag von insgesamt rund 21,7 Mrd. € beteiligen und hat sich gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten des Euroraums verpflichtet, im Jahr 2012 zwei der insgesamt fünf vorgesehenen Raten einzuzahlen. Mit dem Regierungsentwurf zum Nachtragshaushaltsgesetz für den Bundeshaushalt 2012 schafft die Bundesregierung die Grundlage für die notwendige haushaltsrechtliche Ermächtigung für diese ersten Einzahlungen.

Das am 18. April 2012 vom Bundeskabinett beschlossene Stabilitätsprogramm 2012 unterstreicht: Mit der in dem Programm dargelegten finanzpolitischen Ausrichtung wird Deutschland die europäischen und nationalen finanzpolitischen Vorgaben in vollem Umfang erfüllen. Deutschland leistet damit durch seine nationale Finanzpolitik einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Bereits ab diesem Jahr wird Deutschland sein mittelfristiges Haushaltsziel eines strukturellen Defizits von maximal 0,5 % des BIP nach der präventiven Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspakts einhalten.

Die derzeitige Staatsschuldenkrise verdeutlicht eindrücklich, dass dauerhaft solide öffentliche Finanzen unentbehrlich sind für die Funktionsfähigkeit eines Staates.



Um auch langfristig die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in Deutschland sicherstellen zu können, sind weiterhin erhebliche Anstrengungen erforderlich. In den kommenden Jahrzehnten wird sich der demografische Wandel spürbar auf das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung der öffentlichen Finanzen auswirken. Ein Workshop im Bundesministerium der Finanzen erörterte Konzepte zur langfristigen Steigerung von Transparenz und Wirksamkeit öffentlicher Ausgaben.

Für das Jahr 2011 legte die Deutsche Zollverwaltung eine überzeugende Bilanz vor: Die 39 000 Zöllnerinnen und Zöllner wickelten über 100 Millionen Zollabfertigungen mit einem Warenwert von über 760 Mrd. € ab. Sie beschlagnahmten 29 Tonnen Rauschgift und erhoben Steuern in Höhe von 123,3 Mrd. €. Ob bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit, Marken- und Produktpiraterie oder Rauschgiftkriminalität, die Deutsche Zollverwaltung ist eine zentrale Stütze der staatlichen Verwaltung und ein wichtiger Dienstleister für die exportorientierte deutsche Wirtschaft.

h. 2011-

Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	6
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im März 2012	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	16
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	21
Entwicklung der Länderhaushalte bis Januar und Februar 2012	27
Termine, Publikationen	28

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Finanzwirtschaftliche Lage

Ausgabenentwicklung

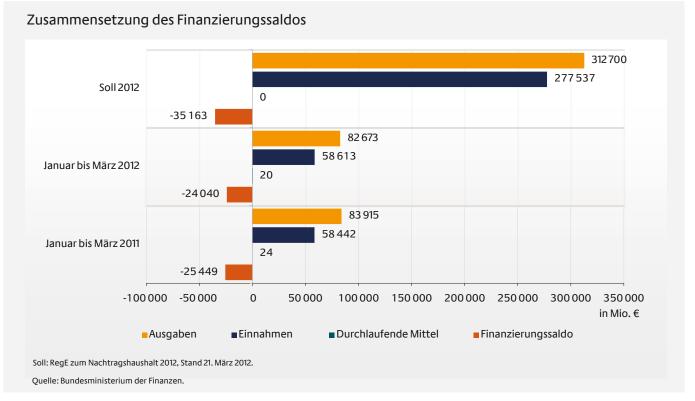
Mit 82,7 Mrd. € liegt das Ergebnis bis einschließlich März 2012 um 1,2 Mrd. € (-1,5 %) unter dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Ursächlich hierfür sind insbesondere geringere Ausgaben im Bereich der sozialen Sicherung (-1,9 Mrd. €), da der Arbeitsmarkt sich weiter in einem Aufwärtstrend befindet.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	lst 2011	Soll 2012 ¹	lst - Entwicklung ² Januar bis März 2012
Ausgaben (Mrd. €)	296,2	312,7	82,7
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			-1,5
Einnahmen (Mrd. €)	278,5	277,5	58,6
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			0,3
Steuereinnahmen (Mrd. €)	248,1	249,7	53,9
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			3,8
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-17,7	-35,2	-24,0
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	-21,7
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,3	-0,4	0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-17,3	-34,8	-2,4

¹ RegE zum Nachtragshaushalt 2012, Stand 21. März 2012.

² Buchungsergebnisse.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

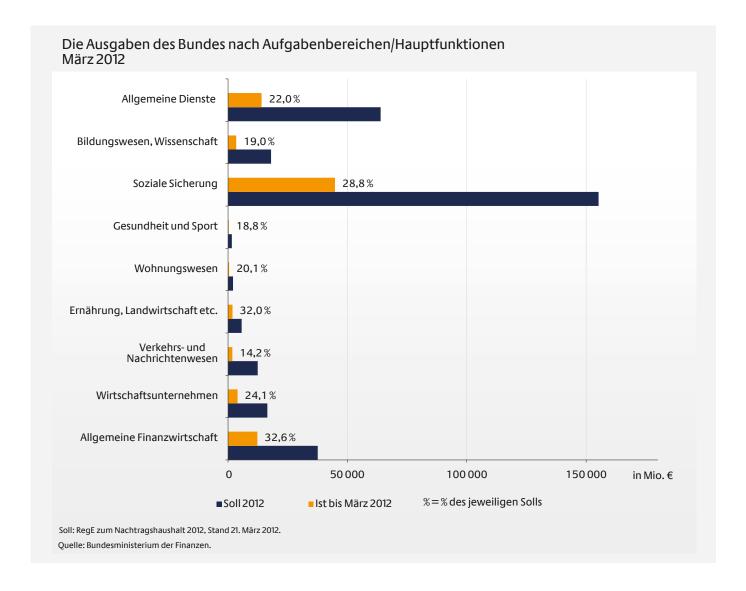
	ls	t	So	II ¹	Ist - Entv	vicklung	Unterjährige	
	20	11	20	12	Januar bis März 2011	Januar bis März 2012	Veränderung ggü. Vorjahr in %	
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €		11176	
Allgemeine Dienste	54 407	18,4	63 904	20,4	13 408	14 057	+4,	
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 9 3 1	2,0	6 292	2,0	1 651	1 834	+11,	
Verteidigung	31 710	10,7	31 734	10,1	7 882	8 400	+6,	
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6 3 6 9	2,2	5 798	1,9	1 572	1 444	-8,	
Finanzverwaltung	3 754	1,3	4326	1,4	880	886	+0,	
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	16 086	5,4	17 966	5,7	3 187	3 406	+6,	
BAföG	1 584	0,5	1 763	0,6	518	544	+5,	
Forschung und Entwicklung	9 3 6 1	3,2	10 083	3,2	1 323	1 236	-6,	
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben,	155 255	52,4	155 207	49,6	46 700	44 754	-4,	
Wiedergutmachungen Sozialversicherung	77 976	26,3	78 711	25,2	24831	25 248	+1,	
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	8 046	2,7	7 238	2,3	4 623	2 652	-42,	
Grundsicherung für Arbeitssuchende	33 035	11,2	33 065	10,6	7 807	7 846	+0,	
darunter: Arbeitslosengeld II	19 384	6,5	19 600	6,3	5 108	5 011	-1,	
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	4 855	1,6	5 000	1,6	824	1 210	+46,	
Wohngeld	745	0,3	650	0,2	220	159	-27,	
Erziehungsgeld/Elterngeld	4712	1,6	4904	1,6	1 256	1 272	+1,	
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1 684	0,6	1 613	0,5	563	473	-16,	
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 335	0,5	1 548	0,5	295	290	-1,	
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 033	0,7	2 066	0,7	346	415	+19,	
Wohnungswesen	1 366	0,5	1 387	0,4	317	358	+12	
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 656	1,9	5 672	1,8	1 939	1 814	-6,	
Regionale Förderungsmaßnahmen	937	0,3	635	0,2	143	90	-37,	
Kohlenbergbau	1 3 4 9	0,5	1 200	0,4	1 350	1182	-12,	
Gewährleistungen	797	0,3	1 500	0,5	101	162	+60,	
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 645	3,9	12 384	4,0	1 986	1 756	-11,	
Straßen (ohne GVFG)	6115	2,1	6 1 2 6	2,0	650	607	-6	
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	15 986	5,4	16 407	5,2	3 780	3 949	+4	
Bundeseisenbahnvermögen	5 0 2 0	1,7	5 239	1,7	1 049	1 065	+1	
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4037	1,4	4016	1,3	676	707	+4,	
Allgemeine Finanzwirtschaft	33 825	11,4	37 546	12,0	12 274	12 232	-0	
Zinsausgaben	32 800	11,1	34 504	11,0	12 039	12 042	+0,	
Ausgaben zusammen	296 228	100,0	312 700	100,0	83 915	82 673	-1,	

¹ RegE zum Nachtragshaushalt 2012, Stand 21. März 2012.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Einnahmenentwicklung

Die Einnahmen des Bundes übertrafen bis einschließlich März mit 58,6 Mrd. € das Ergebnis des Vorjahresvergleichszeitraums mit 0,1 Mrd. € (+0,3%) nur leicht. Die Steuereinnahmen legten zwar im Betrachtungszeitraum mit 53,9 Mrd. € um 2,0 Mrd. € (+3,8%) zu, doch ist dies zu einem nicht unerheblichen Teil auf Sondereffekte zurückzuführen, die im Laufe des Jahres relativ an Gewicht verlieren. Im Vergleich zum Vormonat liegen die Steuereinnahmen prozentual schon nicht mehr ganz so deutlich über den Erwartungen für das Gesamtjahr. Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 4,8 Mrd. € um 27,2 % unter dem Vorjahresergebnis. Dies ist im Wesentlichen auf den gegenüber dem Vorjahr um rund - 1,6 Mrd. € verminderten Bundesbankgewinn zurückzuführen.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	ls	t	Sol	l ¹	Ist - Entw	ricklung	Unterjährige	
	20	11	20	12	Januar bis März 2011	Januar bis März 2012	Veränderung ggü. Vorjahi in %	
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €		III /o	
Konsumtive Ausgaben	270 850	91,4	277 318	88,7	79 483	78 702	-1,	
Personalausgaben	27 856	9,4	27 897	8,9	7 817	7 598	-2,	
Aktivbezüge	20 702	7,0	20 749	6,6	5 733	5 471	-4,	
Versorgung	7 154	2,4	7 147	2,3	2 084	2 128	+2	
Laufender Sachaufwand	21 946	7,4	23 825	7,6	4 216	4 999	+18	
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 545	0,5	1 283	0,4	342	248	-27	
Militärische Beschaffungen	10 137	3,4	10 673	3,4	1 977	2 253	+14	
Sonstiger laufender Sachaufwand	10 264	3,5	11 869	3,8	1 898	2 498	+31	
Zinsausgaben	32 800	11,1	34 504	11,0	12 039	12 042	+0	
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 554	63,3	190 625	61,0	55 331	53 947	-2	
an Verwaltungen	15 930	5,4	17 700	5,7	3 2 1 9	3 502	+8	
an andere Bereiche	171 624	57,9	172 926	55,3	51 155	50 485	-1	
darunter:								
Unternehmen	23 882	8,1	25 106	8,0	6 642	6 442	-3	
Renten, Unterstützungen u. a.	26718	9,0	27 161	8,7	7 169	7 0 6 8	-1	
Sozialversicherungen	115 398	39,0	113 678	36,4	36 027	35 157	-2	
Sonstige Vermögensübertragungen	695	0,2	467	0,1	79	116	+46	
Investive Ausgaben	25 378	8,6	35 622	11,4	4 432	3 971	-10	
Finanzierungshilfen	18 202	6,1	27 625	8,8	3 729	3 201	-14	
Zuweisungen und Zuschüsse	14589	4,9	14706	4,7	2 906	2 725	-6	
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 825	1,0	4231	1,4	329	476	+44	
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	788	0,3	8 687	2,8	494	0	-100	
Sachinvestitionen	7 175	2,4	7 997	2,6	703	770	+9	
Baumaßnahmen	5814	2,0	6519	2,1	519	587	+13	
Erwerb von beweglichen Sachen	869	0,3	899	0,3	143	145	+1	
Grunderwerb	492	0,2	578	0,2	40	38	-5	
Globalansätze	0	0,0	- 240	-0,1	0	0		
Ausgaben insgesamt	296 228	100,0	312 700	100,0	83 915	82 673	-1,	

¹RegE zum Nachtragshaushalt 2012, Stand 21. März 2012.

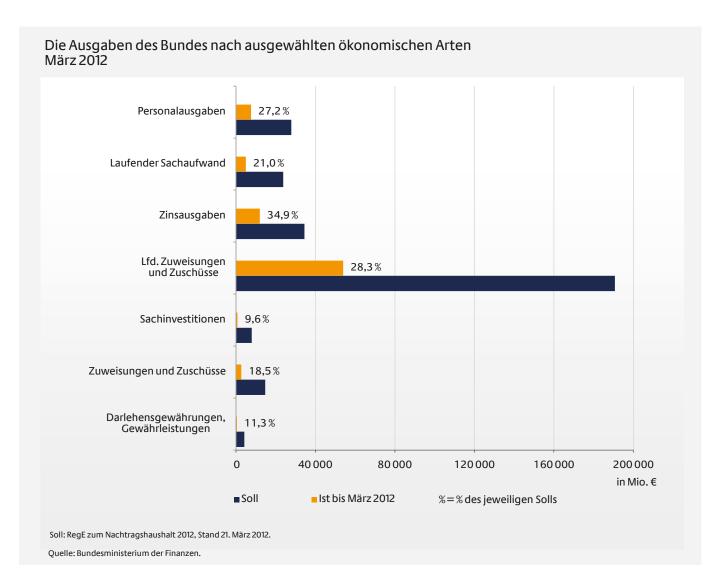
Finanzierungssaldo

Die Aussagekraft der Zahlen zu Jahresbeginn ist noch gering. Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von −24,0 Mrd. € ableiten.

Nachtragshaushalt

Im Rahmen der umfassenden Maßnahmenpakete zur Stabilisierung des Euroraums wurde mit Vertrag vom 2. Februar 2012 der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) errichtet. Der Vertrag zur Einrichtung des ESM soll zum 1. Juli 2012 in Kraft treten.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



Deutschland wird sich mit einem Betrag in Höhe von rund 21,7 Mrd. € am einzuzahlenden Kapital des ESM in Höhe von insgesamt 80 Mrd. € beteiligen. Das einzuzahlende Kapital wird in Teilbeträgen bereitgestellt. Die 2012 durch Deutschland einzuzahlenden Tranchen in Höhe von zusammen 8,7 Mrd. € sollen durch den Nachtragshaushalt etatisiert werden, dessen Regierungsentwurf vom Kabinett am 21. März 2012 beschlossen wurde. Auf dieser Grundlage wird die geplante Nettokreditaufnahme im laufenden Jahr nicht 26,1 Mrd. €, sondern 34,8 Mrd. € betragen (+8,7 Mrd. €). Gleichzeitig wird eine Reihe bereits jetzt feststehender Veränderungen nachvollzogen, die sich im Ergebnis aber ausgleichen.

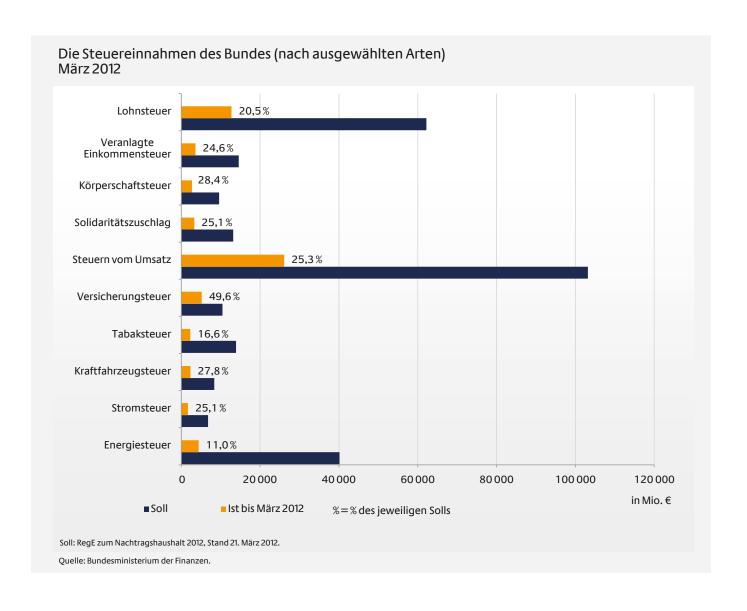
FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Is	t	Sol	l ¹	Ist - Entw	vicklung	11.1.296.2
	20	11	201	2	Januar bis März 2011	Januar bis März 2012	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mi	o. €	in%
I. Steuern	248 066	89,1	249 689	90,0	51 901	53 855	+3,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	196 908	70,7	203 249	73,2	45 968	49 322	+7
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	93 488	33,6	98 514	35,5	20 354	23 134	+13
davon:							
Lohnsteuer	59 475	21,4	62 178	22,4	12 146	12 743	+4
veranlagte Einkommensteuer	13 599	4,9	14589	5,3	2 871	3 595	+25
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	9 0 6 8	3,3	8 013	2,9	2 546	2 536	-0
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 529	1,3	3 670	1,3	1 548	1 525	-1
Körperschaftsteuer	7817	2,8	9 620	3,5	1 243	2 735	+120
Steuern vom Umsatz	101 899	36,6	103 169	37,2	25 528	26 126	+2
Gewerbesteuerumlage	1 520	0,5	1 566	0,6	86	63	-26
Energiesteuer	40 036	14,4	40 150	14,5	4 457	4 406	-1
Tabaksteuer	14414	5,2	13 900	5,0	2 893	2 305	-20
Solidaritätszuschlag	12781	4,6	13 200	4,8	3 072	3 308	+7
Versicherungsteuer	10755	3,9	10 450	3,8	4 8 6 9	5 180	+6
Stromsteuer	7 2 4 7	2,6	6 820	2,5	1 785	1714	-4
Kraftfahrzeugsteuer	8 422	3,0	8 3 7 5	3,0	2 349	2328	-0
Kernbrennstoffsteuer	922	0,3	1 470	0,5	0	-348	
Branntweinabgaben	2 151	0,8	2 121	0,8	575	577	+0
Kaffeesteuer	1 028	0,4	1 020	0,4	248	256	+3
Luftverkehrsteuer	905	0,3	945	0,3	119	187	+57
Ergänzungszuweisungen an Länder	-12 110	-4,3	-11 563	-4,2	-2 996	-2 812	-6
BNE-Eigenmittel der EU	-18 003	-6,5	-22 810	-8,2	-6 948	-7 890	+13
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-1 890	-0,7	-2 030	-0,7	- 646	- 805	+24
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 980	-2,5	-7 085	-2,6	-1 745	-1 771	+1
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,2	-2 248	-2 248	+0
II. Sonstige Einnahmen	30 455	10,9	27 848	10,0	6 541	4 758	-27
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4971	1,8	4244	1,5	2 402	743	-69
Zinseinnahmen	483	0,2	531	0,2	63	55	-12
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 267	1,9	6713	2,4	620	527	-15
Einnahmen zusammen	278 520	100,0	277 537	100,0	58 442	58 613	+0

 $^{^{\}rm 1}$ RegE zum Nachtragshaushalt 2012, Stand 21. März 2012.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



Steuereinnahmen von Bund und Ländern im März 2012

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im März 2012

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im März 2012 im Vorjahresmonatsvergleich um 7,2% gestiegen. Hierzu haben die gemeinschaftlichen Steuern mit + 12,0% und die Ländersteuern mit + 5,2% beigetragen. Die Bundessteuern sanken demgegenüber um 12,1%. Im Zeitraum Januar bis März 2012 erhöhte sich das Aufkommen der Steuereinnahmen im Vorjahresvergleich insgesamt um 6,1%.

Aufgrund des starken Rückgangs bei den Bundessteuern und deutlich höherer EU-Abführungen war der Zuwachs im Aufkommen des Bundes im März mit 1,1% wesentlich geringer als bei den Ländern (+10,5%). Im kumulierten Zeitraum Januar bis März liegen die Abstandsraten etwas näher beieinander: Bund + 3,8%, Länder + 7,1%. Im März setzt sich die Entwicklung der beiden Vormonate fort, sodass die Wachstumsdynamik der Steuereinnahmen 2012 deutlich geringer ist als 2011.

Die Kasseneinnahmen bei der Lohnsteuer lagen im März 2012 um 6,1% über dem Niveau des Vorjahresmonats. Das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer (vor Abzug des Kindergelds) nahm im Berichtsmonat um 5,0% zu. Damit liegt die Zuwachsrate wie bereits im Februar erheblich unter der Rate des Vorjahresmonats (+7,4%). Das Volumen der Kindergeldzahlungen dehnte sich um 1,6% aus. Im Zeitraum Januar bis März 2012 ist im Kassenaufkommen ein Plus von 5,0% zu verzeichnen.

Die Kasseneinnahmen der veranlagten Einkommensteuer verbesserten sich im März 2012 um 17,0 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer brutto stieg allerdings im Vorjahresmonatsvergleich lediglich um 3,0 %. Hierbei wirkten sich die Zunahme der Vorauszahlungen um circa 6 % und die Abnahme bei den Erstattungen um circa 7% aufkommenserhöhend aus, während der Rückgang der Nachzahlungen um circa 14% einen erheblichen Teil der Mehreinnahmen wieder egalisierte. Der gegenüber dem Bruttozuwachs wesentlich stärkere Anstieg der Kasseneinnahmen im März 2012 ist hauptsächlich auf den Abbau der aus dem Einkommensteueraufkommen gezahlten Eigenheimzulage zurückzuführen (Wegfall eines weiteren Förderjahrgangs). Im Zeitraum Januar bis März 2012 erreichte das Kassenaufkommen ein Plus von 25,2%.

Die Einnahmen bei der Körperschaftsteuer sind im März 2012 um 21,9 % gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen; sie haben damit wieder das "Vorkrisenniveau" erreicht. Die Vorauszahlungen (im März wird die erste Rate der Vorauszahlungen für das Jahr fällig) übertrafen das Ergebnis vom März 2011 um über 20 %. Im Zeitraum Januar bis März 2012 konnte das Ergebnis des Vorjahres von 2,5 Mrd. € auf nunmehr 5,5 Mrd. € erhöht werden.

Das Kassenaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag hat sich im Berichtsmonat gegenüber dem Vorjahresvergleichsmonat fast verdreifacht: von 0,7 Mrd. € auf 1,9 Mrd. €. Dieser Anstieg ist vorwiegend auf die Entwicklung in einem Bundesland zurückzuführen; abschließende Informationen liegen hierzu jedoch noch nicht vor. Das Brutto-Aufkommen erreichte im Zeitraum Januar bis März 2012 exakt das Vorjahresniveau. Aufgrund der um 4,6 % gestiegenen Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern sank das Kassenaufkommen in dieser Periode insgesamt leicht um 0,4 %.

Das Volumen der Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge unterschritt das Ergebnis des Vorjahresmonats um 15,1%, bedingt durch das nach wie vor sehr niedrige

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im März 2012

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2012	März	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis März	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2012 ⁴	Veränderung ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	10699	+6,1	34 106	+5,0	146 300	+4,7
veranlagte Einkommensteuer	8 024	+17,0	8 456	+25,2	34 400	+7,5
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1874	+179,9	5 071	-0,4	16 025	-11,6
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	444	-15,1	3 465	-1,5	8 341	+4,0
Körperschaftsteuer	5 171	+21,9	5 471	+120,1	19 240	+23,1
Steuern vom Umsatz	13 305	+3,1	48 966	+3,3	195 200	+2,7
Gewerbesteuerumlage	8	+11,3	151	-27,1	3 780	+3,0
erhöhte Gewerbesteuerumlage	2	-26,7	124	-22,0	3 234	+0,5
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	39 527	+12,0	105 810	+7,9	426 520	+3,9
Bundessteuern						
Energiesteuer	2 734	-9,7	4 406	-1,2	40 150	+0,3
Tabaksteuer	946	-45,1	2 3 0 5	-20,3	13 900	-3,6
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	127	+6,9	576	+0,5	2 120	-1,4
Versicherungsteuer	623	+6,3	5 180	+6,4	10 450	-2,8
Stromsteuer	566	-31,9	1714	-3,9	6 820	-5,9
Kraftfahrzeugsteuer	759	-7,2	2 3 2 8	-0,9	8 3 7 5	-0,6
Luftverkehrsteuer	68	+13,5	187	+57,3	1 000	+10,5
Kernbrennstoffsteuer	154	Х	-348	Х	1 470	+59,4
Solidaritätszuschlag	1 535	+8,8	3 3 0 8	+7,7	13 200	+3,3
übrige Bundessteuern	108	+22,1	402	+1,5	1 490	-0,8
Bundessteuern insgesamt	7 620	-12,1	20 059	-2,2	98 975	-0,2
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	387	-4,8	1 057	-9,7	4 484	+5,6
Grunderwerbsteuer	631	+16,8	1876	+20,6	6 980	+9,7
Rennwett- und Lotteriesteuer	120	-11,1	373	+1,0	1 459	+2,7
Biersteuer	48	+2,0	151	+1,2	690	-1,7
Sonstige Ländersteuern	135	+6,7	173	+4,5	355	-1,8
Ländersteuern insgesamt	1 321	+5,2	3 629	+6,5	13 968	+6,7
EU-Eigenmittel						
Zölle	398	+6,8	1 126	+0,2	4 440	-2,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	161	+78,8	805	+24,8	2 030	+7,4
BSP-Eigenmittel	1 622	+67,3	7 8 9 0	+13,6	22 810	+26,7
EU-Eigenmittel insgesamt	2 182	+52,3	9 821	+12,7	29 280	+19,7
Bund ³	22 378	+1,1	55 636	+3,8	249 918	+0,8
Länder ³	21 180	+10,5	57 390	+7,1	232 703	+3,8
EU	2 182	+52,3	9 821	+12,7	29 280	+19,7
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	3 127	+9,3	7 777	+7,2	32 002	+4,9
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	48 867	+7,2	130 623	+6,1	543 903	+3,2

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $^{^{\}rm 2}$ Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fn. 1).

 $^{^4\,}Ergebnis\,AK\,"Steuerschätzungen"\,vom\,November\,2011.$

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im März 2012

durchschnittliche Zinsniveau. Im Zeitraum Januar bis März 2012 wurde das Ergebnis des Vorjahres lediglich um 1,5 % unterschritten.

Die Steuern vom Umsatz übertrafen im Berichtsmonat März 2012 das Niveau vom März 2011 um 3,1%. Der Zuwachs ist damit geringer als noch im Februar (+ 5,2% gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer stiegen um 12,5%. Das Niveau der (Binnen-)Umsatzsteuer sank gegenüber dem Vorjahresvergleichsmonat um 0,8%. Im Zeitraum Januar bis März 2012 kam es bei den Steuern vom Umsatz insgesamt zu Mehreinnahmen von 3,3%.

Die reinen Bundessteuern sanken im März 2012 um 12,1% unter das Vorjahresmonatsaufkommen. Positive Ergebnisse verzeichneten der Solidaritätszuschlag (+8,8%) und die Versicherungsteuer (+6,3%). Auch die Luftverkehrsteuer konnte Mehreinnahmen von 13,5 % verbuchen (kumulierte Einnahmen Januar bis März 2012: 187,3 Mio. €). Die deutlichen Einbußen bei der Energiesteuer im Monat März (-9,7%) werden insbesondere durch Mindereinnahmen bei der Energiesteuer auf Erdgas verursacht. Da die Energiesteuer in den beiden vorhergegangenen Monaten Mehreinnahmen aufwies, ist das Aufkommen im 1. Quartal insgesamt nur um 1,2 % zurückgegangen. Die Tabaksteuer weist im Vergleich zum Vorjahresmonat eine Minderung der Einnahmen um 45,1% auf; kumuliert von Januar bis März beträgt der Rückgang 20,3%. Die mit Blick auf die sukzessiven Erhöhungen der Tabaksteuersätze seit Frühjahr 2011 von der Tabakindustrie verfolgte Strategie beim Erwerb von Steuerzeichen führt zu erheblichen Verwerfungen im

monatlichen Steueraufkommen. So war die Basis im März 2011 stark überhöht, da damals, vermutlich wegen der ersten Stufe der Steuererhöhungen am 1. Mai 2011, mehr Steuerzeichen als gewöhnlich erworben wurden. Die Entwicklungen des Aufkommens der Stromsteuer (- 31,9 %) und der Kraftfahrzeugsteuer (-7,2%) spiegeln nicht unübliche Schwankungen der Monatseinnahmen wider. Kumuliert ergeben sich im Zeitraum Januar bis März 2012 lediglich leichte Rückgänge von 3,9% (Stromsteuer) beziehungsweise 0,9 % (Kraftfahrzeugsteuer). Im März 2012 wurde aufgrund eines Beschlusses des Bundesfinanzhofes bereits erstattete Kernbrennstoffsteuer in Höhe von insgesamt 154,1 Mio. € wieder haushaltswirksam an den Bund gezahlt. Die Buchung weiterer Rückzahlungen wird im April 2012 erwartet. Die Bundessteuern insgesamt sanken im Berichtszeitraum Januar bis März 2012 leicht um 2.2%.

Die reinen Ländersteuern übertrafen im Berichtsmonat das Vorjahresniveau um 5,2%. Wie schon in den Vormonaten waren die Einnahmenzuwächse aus der Grunderwerbsteuer ausschlaggebend, die u.a. wegen im Verlauf des vergangenen Jahres vielfach gestiegener Steuersätze um 16,8 % gegenüber dem März 2011 zulegen konnte. Auch die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer (+ 6,1%) und der Biersteuer (+ 2,0 %) entwickelten sich positiv. Bei der Feuerschutzsteuer ist der März der Hauptabrechnungsmonat. Das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer sank hingegen um 4,8 %, das aus der Rennwett- und Lotteriesteuer um 11,1%. Insgesamt stiegen die Ländersteuern im Berichtszeitraum Januar bis März 2012 im Vorjahresvergleich um 6,5 %.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im März durchschnittlich 4,03% (4,45% im Februar).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende März 1,83 % (1,82 % Ende Februar).

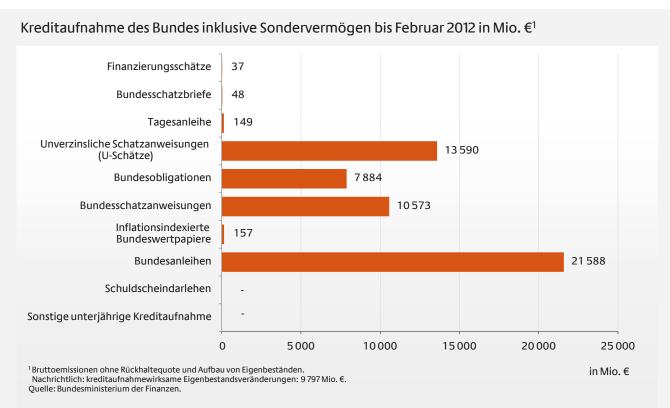
Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende März auf 0,78 % (0,98 % Ende Februar).

Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 4. April 2012 beschlossen, die geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % beziehungsweise 0,25 % zu belassen. Der deutsche Aktienindex betrug 6 947 Punkte am 30. März (6 856 Punkte am 29. Februar). Der Euro Stoxx 50 fiel von 2 512 Punkten am 29. Februar auf 2 477 Punkte am 30. März.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Februar 2012 bei 2,8 % nach 2,5 % im Januar 2012 und 1,6 % im Dezember 2011. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 für den Zeitraum von Dezember 2011 bis Februar 2012 erhöhte sich auf 2,3 % nach 2,0 % im Zeitraum von November 2011 bis Januar 2012 (der Referenzwert für das jährliche M3-Wachstum beträgt derzeit 4,5 %).

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Euroraum betrug im Februar 0,3 % nach 0,6 % im Vormonat.

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 0,51% im Februar gegenüber 1,06% im Januar.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

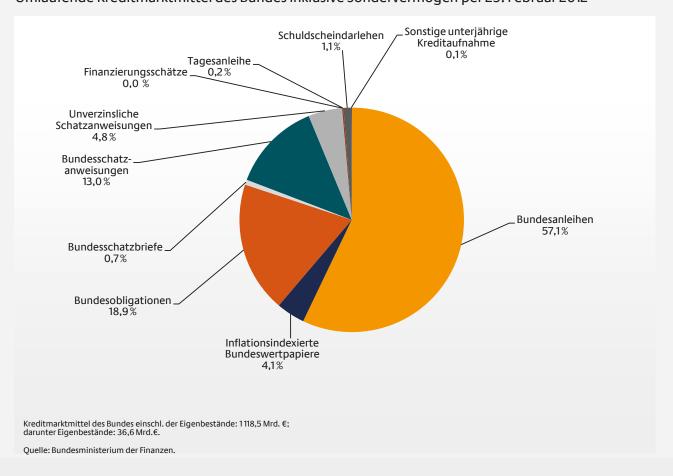
Bis einschließlich Februar 2012 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 54,03 Mrd. €. Davon wurden 43,99 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsabbau: 9,80 Mrd. €).

Die konkreten Kapital- und Geldmarktemissionen für die Finanzierung von Bund und Sondervermögen sind in der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2012" dargestellt.

Im Februar 2012 betrugen die Tilgungen für Bund und Sondervermögen 43,32 Mrd. € und die Zinszahlungen 11,98 Mrd. €.

Die aufgenommenen Mittel wurden zur Finanzierung des Bundeshaushalts in Höhe von 54,03 Mrd. € eingesetzt.

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inklusive Sondervermögen per 29. Februar 2012



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2012 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
		in Mrd. €											
Anleihen	25,0	-											25,0
Bundesobligationen	-	-											-
Bundesschatzanweisungen	-	-											-
U-Schätze des Bundes	8,9	8,9											17,9
Bundesschatzbriefe	0,1	0,1											0,3
Finanzierungsschätze	0,0	0,0											0,1
Tagesanleihe	0,1	0,1											0,1
Schuldscheindarlehen	-	-											-
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	0,0	-											-
Sonstige Schulden gesamt	34,2	-0,0											-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	34,5	9,2											43,3

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2012 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	11,2	0,8											12,0

 $Abweichungen \ in \ den \ Summen \ durch \ Runden \ der \ Zahlen.$

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2012 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll	Volumen ¹ Ist
Bundesanleihe ISIN DE0001135465 WKN 113546	Aufstockung	4. Januar 2012	10 Jahre/fällig 4. Januar 2022 Zinslaufbeginn 25. November 2011 erster Zinstermin 4. Januar 2013	5 Mrd. €	5 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141620 WKN 114162	Neuemission	11. Januar 2012	5 Jahre/fällig 24. Februar 2017 Zinslaufbeginn 13. Januar 2012 erster Zinstermin 24. Februar 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137362 WKN 113736	Aufstockung	18. Januar 2012	2 Jahre/fällig 13. Dezember 2013 Zinslaufbeginn 18. November 2011 erster Zinstermin 13. Dezember 2012	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135432 WKN 113543	Aufstockung	25. Januar 2012	30 Jahre/fällig 4. Juli 2042	3 Mrd.€	3 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135465 WKN 113546	Aufstockung	1. Februar 2012	10 Jahre/fällig 4. Januar 2022 Zinslaufbeginn 25. November 2011 erster Zinstermin 4. Januar 2013	5 Mrd.€	5 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141620 WKN 114162	Aufstockung	8. Februar 2012	5 Jahre/fällig 24. Februar 2017 Zinslaufbeginn 13. Januar 2012 erster Zinstermin 24. Februar 2013	4 Mrd.€	4 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137370 WKN113737	Neuemission	22. Februar 2012	2 Jahre/fällig 14. März 2014 Zinslaufbeginn 24. Februar 2012 erster Zinstermin 14. März 2013	5 Mrd.€	5 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135465 WKN 113546	Aufstockung	29. Februar 2012	10 Jahre/fällig 4. Januar 2022 Zinslaufbeginn 25. November 2011 erster Zinstermin 4. Januar 2013	4 Mrd.€	4 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141620 WKN 114162	Aufstockung	7. März 2012	5 Jahre/fällig 24. Februar 2017 Zinslaufbeginn 13. Januar 2012 erster Zinstermin 24. Februar 2013	4 Mrd.€	4 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137370 WKN 113737	Aufstockung	21. März 2012	2 Jahre/fällig 14. März 2014 Zinslaufbeginn 24. Februar 2012 erster Zinstermin 14. März 2013	5 Mrd.€	5 Mrd.€
			1. Quartal 2012 insgesamt	43 Mrd. €	43 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2012 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115996 WKN 111599	Neuemission	9. Januar 2012	6 Monate/fällig 11. Juli 2012	4 Mrd.€	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001116002 WKN 111600	Neuemission	23. Januar 2012	12 Monate/fällig 23. Januar 2013	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001116010 WKN 111601	Neuemission	13. Februar 2012	6 Monate/fällig 15. August 2012	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001116028 WKN 111602	Neuemission	27. Februar 2012	12 Monate/fällig 27. Februar 2013	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001116036 WKN 111603	Neuemission	12. März 2012	6 Monate/fällig 12. September 2012	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001116044 WKN 111604	Neuemission	26. März 2012	12 Monate/fällig 27. März 2013	3 Mrd. €	3 Mrd. €
			1. Quartal 2012 insgesamt	21 Mrd. €	21 Mrd. €

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2012 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll	Volumen ¹ Ist
Inflations indexierte Bundes wert papiere				2 -3 Mrd. €	2 -3 Mrd. €
			1. Quartal 2012 insgesamt	2 - 3 Mrd. €	2 - 3 Mrd. €

 $^{^{1}} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die Exporttätigkeit ist zu Jahresbeginn wieder leicht stärker geworden.
- Die Abwärtstendenz der Industrieindikatoren hat sich am aktuellen Rand etwas abgeschwächt.
- Der deutsche Arbeitsmarkt ist überaus robust.
- Die jährliche Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe lag im März erneut oberhalb der Zweiprozentmarke.

Nach der konjunkturellen Abschwächung zum Ende des vergangenen Jahres dürfte sich die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland im 1. Ouartal wieder etwas stabilisiert haben. Zwar scheint mit Blick auf die realwirtschaftlichen Indikatoren und der etwas vorsichtigeren Einschätzung der Geschäftslage im Verarbeitenden Gewerbe (ifo- und markit-Umfrage) die Schwächephase der deutschen Industrie noch nicht vollständig überwunden zu sein. Im Vergleich zum Schlussquartal 2011 hat sich der Abwärtstrend der Industrieindikatoren jedoch etwas abgeflacht. Die Entwicklung der vorlaufenden Stimmungsindikatoren bekräftigt zudem die Einschätzung, dass die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Sommermonaten wieder an Schwung gewinnen dürfte. So zeigten sich die vom ifo-Institut befragten Unternehmen und die Einkaufsmanager hinsichtlich der Geschäftsaussichten im März optimistischer als noch im Vormonat. Diese Einschätzung stützt sich allerdings maßgeblich auf die Erwartung einer anziehenden Exportnachfrage, die an der Entwicklung des Auftragseingangs jedoch noch nicht erkennbar ist.

Die Außenhandelstätigkeit hat sich zu Jahresbeginn nach der deutlichen Abschwächung im Schlussquartal 2011 allerdings wieder etwas belebt. So nahmen die nominalen Warenexporte – nach einem deutlichen Anstieg im Vormonat – im Februar um saisonbereinigt 1,6 % gegenüber Januar zu. Die Warenausfuhren sind somit erstmals nach drei Monaten tendenziell wieder leicht aufwärtsgerichtet (Zweimonatsvergleich). Auch nach Ursprungswerten überschritten die Ausfuhren das entsprechende Vorjahresniveau spürbar. Dabei war der Anstieg der Warenausfuhren in Drittländer deutlich höher als der in die Länder der Europäischen Union.

Die nominalen Warenimporte nahmen im Februar gegenüber dem Vormonat auch erneut deutlich zu. Im Zweimonatsvergleich zeigt sich nun ebenfalls ein Aufwärtstrend. Im Vergleich zum Vorjahr überschritt der Wert der Wareneinfuhren das entsprechende Vorjahresniveau um 6,1%. Dabei fiel der Importanstieg aus den Nicht-Euroländern der Europäischen Union etwas kräftiger als die Zunahme der Importe aus den Euro- und Drittländern aus. Der Anstieg der Nachfrage nach Gütern aus Drittländern zeigt sich auch in den Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer, die im Zeitraum von Januar bis März um 6,4% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum gesteigert werden konnten.

Insgesamt sprechen die jüngsten Außenhandelszahlen für einen günstigen Einstieg der deutschen Exportwirtschaft in das Jahr 2012. Impulse für die Exporttätigkeit kamen dabei vorwiegend aus dem Handel mit Ländern außerhalb des Euroraums. Der starke Rückgang der nominalen Warenausfuhren im Dezember stellt jedoch rein rechnerisch

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

noch eine gewisse Vorbelastung für das Ausfuhrergebnis im 1. Quartal dar. Die deutliche Zunahme der Warenimporte zu Jahresbeginn hat verschiedene Ursachen: Neben dem hohen Importgehalt schlagen auch Preiseffekte infolge der erheblichen Verteuerung von Rohstoffen und Energie zu Buche. Zudem könnte die Importtätigkeit durch eine binnenwirtschaftliche Belebung begünstigt worden sein.

Auch die vorlaufenden Indikatoren deuten auf günstige Perspektiven für die deutschen Exporteure im weiteren Jahresverlauf hin. So verbesserten sich die Exporterwartungen der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe (ifo-Umfrage) im März das vierte Mal in Folge. Auch der Welthandelsindikator des niederländischen CPB-Instituts erhöhte sich zuletzt spürbar. Zudem signalisiert der vierte Anstieg des OECD Leading Indicator eine allmähliche Erhöhung des weltwirtschaftlichen Expansionstempos. Von der damit einhergehenden stärkeren Welthandelsexpansion würde insbesondere die deutsche Wirtschaft profitieren, da sie im internationalen Wettbewerb – vor allem wegen ihres auf technisch hochwertige Industriegüter ausgerichteten Gütersortiments - sehr gut aufgestellt ist.

Nach der leichten Belebung der industriellen Aktivität zu Jahresbeginn blieb die Produktion der deutschen Industrie im Februar hingegen leicht hinter dem Ergebnis des Vormonats zurück. Im Zweimonatsvergleich ist die Industrieproduktion somit weiterhin abwärtsgerichtet, wenngleich sich die Abwärtstendenz gegenüber dem Jahresende 2011 deutlich abgeschwächt hat. Während die Produktion im Investitionsgüterbereich im Februar einen geringfügigen Anstieg verzeichnete, wurde die industrielle Erzeugung für Vorleistungs- und Konsumgüter am aktuellen Rand zurückgefahren.

Der Umsatz in der Industrie konnte im Februar dagegen das zweite Mal in Folge gesteigert werden. Dies ist ausschließlich auf einen spürbaren Anstieg der Auslandsumsätze zurückzuführen, während die Inlandsumsätze leicht zurückgingen. Insgesamt ist die industrielle Umsatzentwicklung im Zweimonatsvergleich nunmehr leicht aufwärtsgerichtet.

Auch das industrielle Bestellvolumen nahm im Februar nur geringfügig zu. Dabei ist die Ausweitung der Auslandsnachfrage jedoch ausschließlich auf die Zunahme der Bestellungen aus dem Nicht-Euroraum zurückzuführen. Die Inlandsnachfrage nach Industriegütern ging hingegen – nach einem Anstieg im Januar – in etwa gleicher Größenordnung zurück. Wie bereits in den Vormonaten fiel das Volumen der Großaufträge im Februar unterdurchschnittlich aus. Im Zweimonatsvergleich ist der industrielle Auftragseingang somit weiterhin abwärtsgerichtet.

Insgesamt steht die Entwicklung der Industrieindikatoren am aktuellen Rand im Einklang mit den weniger günstigen Lagebeurteilungen, der Einkaufsmanager (markit) und den Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe (ifo) und deutet darauf hin, dass die temporäre industrielle Schwächephase auch noch in das 1. Quartal dieses Jahres hineingereicht haben dürfte. Die erneute Verbesserung der Geschäftserwartungen der Industrieunternehmen signalisiert jedoch, dass die industrielle Produktionstätigkeit im weiteren Jahresverlauf allmählich wieder an Schwung gewinnen dürfte. Die immer noch schwache Nachfrage, vor allem aus dem Euroraum, dürfte jedoch vorerst noch dämpfend auf die industrielle Produktionstätigkeit wirken.

Der unerwartet starke Einbruch der Bauproduktion im Februar von saisonbereinigt 17,1% ist hingegen auf die sehr kalten Witterungsverhältnisse zurückführen. Diese witterungsbedingten Produktionsbeeinträchtigungen im Baubereich werden erfahrungsgemäß in der Folgezeit wieder aufgeholt. Angesichts des kräftigen Auftragsplus am aktuellen Rand und der

 $Konjunkturent wicklung \ aus \ finanz politischer \ Sicht$

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2011		Veränderung in % gegenüber					
Gesamtwirtschaft/Einkommen	Mrd. €		Vorpe	Vorperiode (saisonbereinigt) Vorjahr					
	bzw. Index	ggü. Vorj. in%	2. Q. 11	3. Q. 11	4. Q. 11	2. Q. 11	3. Q. 11	4. Q. 11	
Bruttoinlandsprodukt									
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	109,7	+3,0	+0,3	+0,6	-0,2	+3,0	+2,6	+1,5	
jeweilige Preise	2 5 7 1	+3,8	+0,7	+0,8	+0,0	+3,9	+3,5	+2,6	
Einkommen									
Volkseinkommen	1 963	+3,4	-0,5	+1,2	-0,3	+3,3	+3,7	+2,1	
Arbeitnehmerentgelte	1318	+4,4	+1,2	+0,2	+0,8	+5,0	+4,3	+3,9	
Unternehmens- und									
Vermögenseinkommen	644	+1,5	-3,8	+3,4	-2,5	-0,2	+2,6	-2,2	
Verfügbare Einkommen									
der privaten Haushalte	1 627	+3,2	+0,4	+0,9	+0,7	+3,3	+3,5	+2,8	
Bruttolöhne ugehälter	1 075	+4,7	+1,4	-0,0	+0,7	+5,4	+4,4	+4,1	
Sparen der privaten Haushalte	181	+0,3	+0,5	+0,1	+2,9	-0,1	+0,5	+3,2	
		2011	Veränderung in % gegenüber						
Außenhandel/Umsätze/			Vorperiode (saisonbereinigt)				Vorjahı	.1	
Produktion/Auftragseingänge	Mrd. € bzw. Index	ggü.Vorj. in%	Jan 12	Feb 12	Zweimonats- durchschnitt	Jan 12	Feb 12	Zweimonats- durchschnitt	
in jeweiligen Preisen									
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	92	+12,5	+1,6		+3,5	+19,5		+22,7	
Außenhandel (Mrd. €)									
Waren-Exporte	1 060	+11,4	+3,4	+1,6	+1,9	+9,3	+8,6	+8,9	
Waren-Importe	902	+13,2	+2,4	+3,9	+2,3	+6,2	+6,1	+6,2	
in konstanten Preisen von 2005									
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2005 = 100)	112,1	+7,9	+1,2	-1,3	-0,8	+1,5	-1,0	+0,2	
Industrie ²	114,0	+8,9	+1,0	-0,4	-0,2	+2,5	+0,7	+1,6	
Bauhauptgewerbe	123,0	+13,4	+4,7	-17,1	-7,5	+7,1	-21,4	-8,1	
Umsätze im Produzierenden Gewerbe									
Industrie (Index 2005 = 100) ²	110,5	+7,6	+1,1	+1,3	+0,8	+1,4	+1,7	+1,6	
Inland	106,4	+7,5	+1,6	-0,9	+0,3	+4,3	+1,5	+2,9	
Ausland	115,4	+7,7	+0,4	+3,8	+1,3	-1,6	+2,0	+0,2	
Auftragseingang (Index 2005 = 100)									
Industrie ²	114,0	+7,8	-1,8	+0,3	-1,0	-6,0	-6,1	-6,1	
Inland	110,3	+7,4	+1,9	-1,4	+0,0	-3,2	-6,1	-4,6	
Ausland	117,2	+8,1	-4,7	+1,7	-1,8	-8,3	-6,2	-7,3	
Bauhauptgewerbe	101,1	+4,5	+7,2		+5,2	+13,3		+13,5	
Umsätze im Handel (Index 2005 = 100)									
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	98,5	+1,2	-1,0	-0,9	-1,2	+1,9	+2,1	+2,0	
Handel mit Kfz	94,4	+6,0	-0,6	+0,8	-0,2	+1,3	-0,7	+0,2	

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2011		Veränderung in Tsd. gegenüber					
Arbeitsmarkt	Personen	ggü. Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
	Mio.		Jan 12	Feb 12	Mrz 12	Jan 12	Feb 12	Mrz 12
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,98	-8,1	-27	-3	-18	-261	-203	-182
Erwerbstätige, Inland	41,10	+1,3	+86	+40		+611	+587	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	28,38	+2,4	+61			+712		
	2011		Veränderung in % gegenüber					
Preisindizes 2005 = 100		Ni i- W	Vorperiode			Vorjahr		
2000 .00	Index	ggü. Vorj. in %	Jan 12	Feb 12	Mrz 12	Jan 12	Feb 12	Mrz 12
Importpreise	117,0	+8,0	+1,3	+1,0		+3,7	+3,5	
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	115,9	+5,7	+0,6	+0,4		+3,4	+3,2	
Verbraucherpreise	110,7	+2,3	-0,4	+0,7	+0,3	+2,1	+2,3	+2,1
ifo-Geschäftsklima				saisonbere	inigte Salden			
gewerbliche Wirtschaft	Aug 11	Sep 11	Okt 11	Nov 11	Dez 11	Jan 12	Feb 12	Mrz 12
Klima	+9,7	+7,5	+5,6	+6,0	+7,1	+9,1	+11,6	+12,0
Geschäftslage	+23,8	+23,7	+21,5	+21,4	+21,4	+20,6	+22,7	+22,7
Geschäftserwartungen	-3,6	-7,6	-9,1	-8,3	-6,2	-1,8	+1,1	+1,8

 $^{^{1}} Produktion\,arbeitst\"{a}glich; Umsatz, Auftragseingang\,Industrie\,kalenderbereinigt; Auftragseingang\,Bau\,saisonbereingt.$

Ouelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut,

wieder besser bewerteten Geschäftslage im Bauhauptgewerbe (ifo-Umfrage) dürfte sich die Erholung im Bauhauptgewerbe damit weiterhin als günstig darstellen.

Die Stimmungsindikatoren deuten nach wie vor auf eine günstige Konsumkonjunktur hin. So stieg der von der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) ermittelte Konsumklima-Indikator im März den sechsten Monat in Folge an. Allerdings wird für April von einer leichten Eintrübung der Verbraucherstimmung ausgegangen, was vor allem mit dem zuletzt kräftigen Anstieg der Kraftstoff- und Heizölpreise zusammenhängen dürfte. Die zunehmenden Aufwendungen für Energieprodukte beeinträchtigen die Kaufkraft der Konsumenten, was sich laut GfK in einer zurückhaltenderen Beurteilung der Einkommensperspektiven widerspiegelt.

Dagegen beurteilten die vom ifo-Institut befragten Einzelhandelsunternehmen ihre Geschäftsperspektiven im März so positiv wie zuletzt im Juli vergangenen Jahres. Der Geschäftsklimaindex für den Einzelhandel stieg gegenüber dem Vormonat überaus deutlich an, was sowohl auf eine verbesserte Lagebeurteilung als auch auf einen deutlichen Anstieg der Erwartungskomponente zurückzuführen war. Für sich genommen deutet dies auf eine weitere Ausweitung der Konsumnachfrage hin, die die konjunkturelle Erholung im weiteren Verlauf stützen dürfte.

Die Umsatzentwicklung im Einzelhandel steht jedoch weiterhin in gewissem Widerspruch zum positiven Stimmungsbild, das sich aus den Umfragedaten ergibt. In saison- und preisbereinigter Betrachtung sanken die Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz-Handel) im Februar um fast 1% gegenüber dem Vormonat und sind nach dem zweiten monatlichen Rückgang in Folge klar abwärtsgerichtet. Etwas günstiger stellt sich die Umsatzentwicklung im Kfz-Einzelhandel dar, wo im Februar gegenüber

²Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

dem Vormonat ein leichtes Umsatzplus verbucht werden konnte. Aufgrund eines ungünstigen Jahresauftakts sind die Einzelhandelsumsätze im Kfz-Bereich jedoch ebenfalls der Grundtendenz nach leicht abwärtsgerichtet. Die ungünstigen Ergebnisse der Einzelhandelsstatistik sollten aber auch wegen ihrer starken Revisionsanfälligkeit nicht überinterpretiert werden.

Insgesamt deutet das Indikatorenbild auf eine weitere Belebung der privaten Konsumnachfrage hin, die durch eine anhaltend positive Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt – einschließlich der jetzt mehr am trendmäßigen nominalen Produktivitätsfortschritt orientierten Lohnsteigerungen – begünstigt werden dürfte. So hielt die Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt auch in den ersten Monaten dieses Jahres an. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit hat sich im 1. Quartal gegenüber dem Schlussquartal 2011 wieder beschleunigt, und auch der Beschäftigungsaufbau setzte sich zuletzt weiter fort.

Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl verringerte sich im März gegenüber dem Vormonat um 18 000 Personen, nachdem sie im Januar bereits um 3 000 Personen gesunken war. Die Zahl registrierter Arbeitsloser betrug im März 3,03 Millionen Personen und unterschritt damit das Vorjahresniveau um 182 000 Personen. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag mit 7,2% um 0,4 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr.

Die Erwerbstätigenzahl (Inlandskonzept) lag im Februar bei 41,1 Millionen Personen, womit der Vorjahresstand um 587 000 Personen übertroffen wurde. In saisonbereinigter Betrachtung ergab sich gegenüber dem Vormonat damit eine Zunahme der Beschäftigtenzahl um 40 000 Personen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg im Januar – nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA) – gegenüber Dezember 2011 um saisonbereinigt 61 000 Personen an. Im Vorjahresvergleich ergab sich eine Zunahme um 712 000 Personen

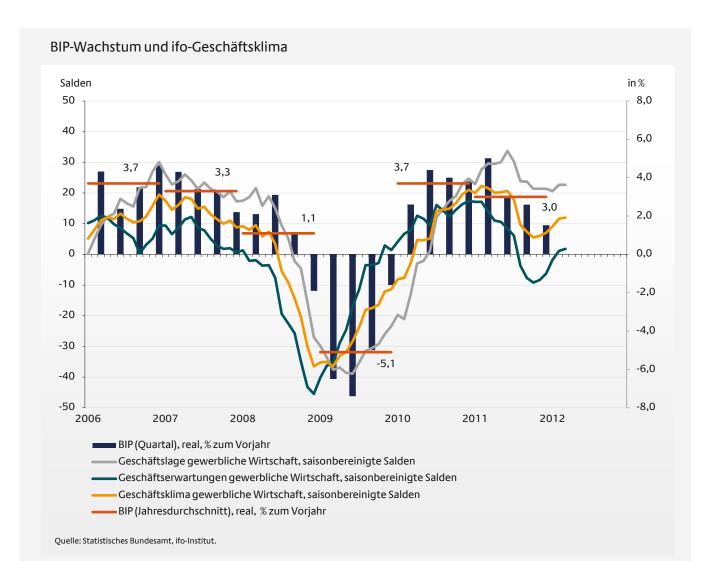
(Ursprungswerte). Dabei verzeichnete das Verarbeitende Gewerbe mit 160 000 Personen das größte Beschäftigungsplus. Beschäftigungsverluste gab es dagegen u. a. im Bereich der öffentlichen Verwaltung und Verteidigung.

Die Stimmungsindikatoren deuten darauf hin, dass der Arbeitsmarkt in einer robusten Verfassung bleiben dürfte. So ist das ifo-Beschäftigungsbarometer im Februar leicht angestiegen, zeigt jedoch seit Herbst vergangenen Jahres tendenziell eher eine Seitwärtsbewegung an. Am aktuellen Rand wollen u. a. die Einzelhändler wieder verstärkt Personal einstellen. Auch die Einstellungsbereitschaft im Verarbeitenden Gewerbe ist weiterhin sehr hoch, wenngleich weniger ausgeprägt als zuletzt. Ebenso deutet der Stellenindex der BA auf eine hohe Arbeitskräftenachfrage hin, obwohl der Indikator seit Herbst tendenziell ebenfalls auf erhöhtem Niveau stagniert. Insgesamt signalisiert die hohe Einstellungsbereitschaft der Unternehmen, dass diese von einer konjunkturellen Erholung im Verlaufe dieses Jahres ausgehen. Der verstärkte Beschäftigungsaufbau dürfte dabei positiv auf die Entwicklung der verfügbaren Einkommen privater Haushalte wirken und ein entscheidendes Gegengewicht zu der Kaufkraftbelastung darstellen, die sich im Zuge der gestiegenen Rohölpreise ergibt.

Die jährliche Teuerungsrate lag im März mit 2,1% erneut oberhalb der Zweiprozentmarke. Hierfür waren vor allem die Preissteigerungen für Rohöl verantwortlich, die auf die Entwicklung der Kraftstoff- und Heizölpreise durchwirkten. So lagen die Rohölpreise auf dem Weltmarkt (US-Dollar pro Barrel der Sorte Brent) im März um 10 % über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Unter Berücksichtigung der Entwicklung des Euro/Dollar-Wechselkurses fiel der Anstieg des Rohölpreises in Euro gerechnet gegenüber dem Vorjahr mit rund 17 % sogar noch höher aus.

Auf den dem Verbrauch vorgelagerten Preisstufen verringerte sich die jährliche

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT



Teuerungsrate im Februar etwas. So stieg der Importpreisindex im Februar 2012 um 3,5 % gegenüber dem Vorjahr an, nachdem der entsprechende Anstieg im Januar noch 3,7 % betragen hatte. Der Preisauftrieb ist weiterhin maßgeblich durch die Entwicklung der Einfuhrpreise für Energiegüter begründet. Ohne Berücksichtigung der Preise für Erdöl- und Mineralölerzeugnisse lag der Importpreisindex im Februar lediglich 1,4 % über dem Vorjahresniveau.

Eine ähnliche Tendenz zeigt sich auch mit Blick auf die Preisentwicklung auf der Erzeugerstufe. So nahm der Erzeugerpreisindex im Februar um 3,2% gegenüber dem Vorjahr zu, womit sich der Vorjahresabstand im Vergleich zum Januar geringfügig verringerte. Auch im Februar war der Anstieg der Erzeugerpreise insbesondere durch die Energiepreisentwicklung geprägt. Unter Vernachlässigung der Energiekomponente erhöhte sich das Preisniveau auf der Erzeugerstufe im Vorjahresvergleich lediglich halb so stark.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Januar und Februar 2012

Entwicklung der Länderhaushalte bis Januar und Februar 2012

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar und Februar 2012 vor.

In den ersten beiden Monaten des Jahres 2012 ist das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit etwas geringer ausgefallen als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Es betrug am Ende des Berichtszeitraums rund -4,9 Mrd. € und lag damit rund 0,2 Mrd. € unter dem Vorjahreswert. Aus der Entwicklung in ersten zwei Monaten können allerdings noch keine Rückschlüsse auf den weiteren Jahresverlauf gezogen werden. Auf die Darstellung der üblichen Schaubilder wurde verzichtet, da sie nur geringe Aussagekraft haben.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

20. bis 22. April 2012	Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington
25. April 2012	Frühjahrsprojektion zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Bundesregierung
14./15. Mai 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
19./20. Mai 2012	G8-Gipfel in Camp David (USA)
25. Mai 2012	Europäischer Rat in Brüssel
18./19. Juni 2012	G20-Gipfel in Los Cabos (Mexiko)
21./22. Juni 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Luxemburg
28./29. Juni 2012	Europäischer Rat in Brüssel
9./10. Juli 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2013 und des Finanzplans bis 2016

18. Januar 2012	Vorstellung Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
bis Ende Februar 2012	Entwicklung des Eckwertebeschlusses und Erarbeitung der Kabinettvorlage durch das BMF
21. März 2012	Kabinettsitzung für Eckwertebeschluss
8. bis 10. Mai 2012	Steuerschätzung in Frankfurt/Oder
24. Mai 2012	Sitzung des Stabilitätsrats
27. Juni 2012	Kabinettsitzung für Regierungsentwurf

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Mai 2012	April 2012	24. Mai 2012
Juni 2012	Mai 2012	21. Juni 2012
Juli 2012	Juni 2012	20. Juli 2012
August 2012	Juli 2012	20. August 2012
September 2012	August 2012	21. September 2012
Oktober 2012	September 2012	22. Oktober 2012
November 2012	Oktober 2012	22. November 2012
Dezember 2012	November 2012	21. Dezember 2012

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹ Telefax: 01805 / 77 80 94¹

¹Jeweils 0,14 € / Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Analysen und Berichte

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)	31
Deutsches Stabilitätsprogramm 2012	
Transparenz und Wirksamkeit öffentlicher Ausgaben als Elemente einer	
tragfähigen Finanzpolitik	45
Zollbilanz 2011	53

DER EUROPÄISCHE STABILITÄTSMECHANISMUS

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)

1	Hintergrund und Zweck des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)(ESM)	31
2	Die Instrumente des Europäischen Stabilitätsmechanismus	32
2.1	Vorsorgliche Finanzhilfen	32
2.2	Darlehen	32
2.3	Finanzhilfen zur Rekapitalisierung von Finanzinstituten eines ESM-Mitglieds	32
2.4	Primärmarktkäufe	32
2.5	Sekundärmarktinterventionen	32
3	Finanzielle Ausstattung des Europäischen Stabilitätsmechanismus	33
3.1	Ausleihvolumen und Kapitalstruktur	33
3.2	Beteiligung des Privatsektors	34
	Kapitalabruf	
	Die Funktionsweise des Europäischen Stabilitätsmechanismus	

- Die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets haben sich auf die Einrichtung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) geeinigt, der Finanzhilfen für in Not geratene Mitgliedstaaten des Euroraums bereitstellt, wenn dies unabdingbar ist, um die Stabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt zu wahren.
- Der ESM wird über 700 Mrd. € Stammkapital verfügen.
- Finanzhilfen können in Form unterschiedlicher Instrumente gegen strikte Auflagen zur Verfügung gestellt werden.
- Der ESM-Vertrag tritt nach Abschluss der nationalen Ratifizierungsverfahren zum 1. Juli 2012 in Kraft.

1 Hintergrund und Zweck des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)

Die Staats- und Regierungschefs des Euroraums haben in den vergangenen Monaten umfassende Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die in vielen Ländern zu hohe Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen und die Wirtschafts- und Währungsunion für die Zukunft krisenfest zu machen.

Mit der Einrichtung eines temporären intergouvernementalen Euro-Schutzschirms, der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), im Jahr 2010 wurde auf die akute Staatsschuldenkrise reagiert. Die EFSF wird noch für eine begrenzte Zeit – vorgesehen ist bis Mitte 2013 – Finanzhilfen an betroffene Mitgliedstaaten ausreichen können. Parallel dazu haben sich die 17 Mitgliedstaaten des Euroraums auf einen permanenten Europäischen Stabilitätsmechanismus, den ESM, geeinigt, der die EFSF ablösen und langfristig zur Stabilisierung des Euro-Währungsgebiets beitragen wird.

Der ESM wird durch völkerrechtlichen Vertrag als internationale Finanzinstitution mit Sitz in Luxemburg gegründet. Der ESM wird – beispielsweise durch Begebung von Anleihen – Finanzmittel auf den Kapitalmärkten aufnehmen. Diese Mittel werden anschließend

DER EUROPÄISCHE STABILITÄTSMECHANISMUS

den in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Mitgliedstaaten des Euroraums durch verschiedene Finanzhilfeinstrumente zur Verfügung gestellt. Finanzhilfen werden stets nur unter strikten wirtschaftspolitischen Auflagen gewährt und sofern sie unabdingbar sind, um die Stabilität des Euro-Währungsgebietes insgesamt zu wahren. Die Auflagen werden im Rahmen eines makroökonomischen Anpassungsprogramms, welches die wirtschaftlichen und finanziellen Ungleichgewichte des betroffenen Landes gezielt anspricht, vereinbart.

Derzeit laufen die nationalen
Ratifizierungsverfahren zur Umsetzung
des ESM in den Mitgliedstaaten. Das
Bundeskabinett hat am 14. März 2012 die
beiden Gesetzesentwürfe zur Ratifizierung des
Vertrages zur Errichtung des Europäischen
Stabilitätsmechanismus (ESM) und zur
finanziellen Beteiligung am ESM beschlossen.
Es ist vorgesehen, dass der ESM-Vertrag nach
Abschluss der erforderlichen nationalen
Umsetzungsverfahren zum 1. Juli 2012 in Kraft
tritt.

2 Die Instrumente des Europäischen Stabilitätsmechanismus

Dem ESM stehen verschiedene Instrumente für die Gewährung von Stabilitätshilfen zur Verfügung, die bei Erfüllung strikter Auflagen vergeben werden können:

2.1 Vorsorgliche Finanzhilfen

Mitgliedstaaten des Euroraums, die grundsätzlich über gesunde Fundamentaldaten verfügen, können bei kurzfristigen Finanzierungsschwierigkeiten Unterstützung des ESM durch Bereitstellung einer Kreditlinie erhalten, um das Vertrauen der Märkte zu stärken und das Entstehen einer tatsächlichen Krise sowie deren Übergreifen auf andere Länder des Euroraums zu verhindern.

2.2 Darlehen

ESM-Mitglieder können
Darlehen zur Überbrückung von
Finanzierungsschwierigkeiten erhalten.
Das betreffende Land muss sich im
Gegenzug verpflichten, im Rahmen eines
makroökonomischen Anpassungsprogramms
umfangreiche Reformen zur Erreichung einer
gesunden wirtschaftlichen und finanziellen
Situation durchzuführen.

2.3 Finanzhilfen zur Rekapitalisierung von Finanzinstituten eines ESM-Mitglieds

Sofern durch spezifische Probleme im Finanzsektor eines Mitgliedstaats die finanzielle Stabilität gefährdet ist, kann der ESM einem Mitgliedstaat ein Darlehen zur Verfügung stellen, das dieser zur Rekapitalisierung von Finanzinstituten verwendet. Das europäische Beihilferecht muss dabei eingehalten werden. Verantwortlich für die Rückzahlung und Einhaltung der Konditionalität ist der empfangende Mitgliedstaat.

2.4 Primärmarktkäufe

Der ESM kann sich in Ausnahmefällen am Ankauf von Anleihen eines ESM-Mitglieds auf dem Primärmarkt (Emissionsmarkt) beteiligen, um das entsprechende Land auf dem Primärmarkt zu halten oder es – beispielsweise am Ende eines Anpassungsprogramms – wieder an den Primärmarkt heranzuführen.

2.5 Sekundärmarktinterventionen

Im Falle durch die Europäische Zentralbank (EZB) nachzuweisender außergewöhnlicher Umstände auf dem Finanzmarkt und Gefahren für die Finanzstabilität können in Ausnahmefällen Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt (Umlaufmarkt) aufgekauft werden. Ziel dieser Maßnahme ist, die Funktion der Anleihemärkte zu unterstützen und eine

DER EUROPÄISCHE STABILITÄTSMECHANISMUS

ausreichende Liquidität im Anleihemarkt zu gewährleisten.

3 Finanzielle Ausstattung des Europäischen Stabilitätsmechanismus

3.1 Ausleihvolumen und Kapitalstruktur

Der ESM wird über 700 Mrd. € Stammkapital verfügen. Diese Summe teilt sich auf in 80 Mrd. € eingezahltes und 620 Mrd. € abrufbares Kapital.

Die Finanzierungsanteile der einzelnen Mitgliedstaaten ergeben sich aus dem Anteil am Kapital der EZB, mit befristeten Übergangsvorschriften für einige neue Mitgliedstaaten. Der deutsche Finanzierungsanteil am ESM beträgt entsprechend dem EZB-Schlüssel 27,15 %. Dies entspricht rund 22 Mrd. € eingezahltem und rund 168 Mrd. € abrufbarem Kapital.

Das eingezahlte Kapital ist von den ESM-Mitgliedern in Raten zu entrichten. Die Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebiets haben bei ihrem Treffen im März 2012 festgelegt, die ersten beiden Tranchen noch im laufenden Jahr einzuzahlen. Für Deutschland sind dies rund 8,7 Mrd. €. Bei der Aufstellung des Bundeshaushaltes 2012 und des Finanzplans bis 2015 konnte für diese Zahlungen noch keine Vorsorge getroffen werden, da entsprechend der ursprünglichen Beschlusslage zum ESM-Vertrag deutsche Einzahlungen erst ab dem Jahr 2013 in Höhe von jährlich rund 4,3 Mrd. € berücksichtigt

Abbildung 1: Finanzierungsanteile der Mitgliedstaaten der Eurozone am Europäischen Stabilitätsmechanismus Deutschland 27,15 % Malta 0,07% Estland 0,19 %. Zypern 0,20 %_ Luxemburg 0,25% Slowenien 0.43 % Slowakei 0,82% Frankreich 20,39 % Irland 1,59 % _ Finnland 1,80%. Portugal 2,51%. Österreich 2,78% Griechenland 2,82% Belgien 3,48%. Niederlande 5,72% Italien 17,91% Spanien 11,90 % _ Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

DER EUROPÄISCHE STABILITÄTSMECHANISMUS

wurden. Mit dem Nachtragshaushaltsgesetz 2012 werden nunmehr die haushaltsmäßigen Voraussetzungen für die vorgezogene und erhöhte Einzahlung geschaffen.

Die zu leistenden Bareinzahlungen werden von Eurostat als Beteiligungserwerb am ESM angesehen. Sie werden dementsprechend bei der Berechnung des Maastricht-Defizits nicht berücksichtigt. Auch nach dem Regelwerk der im Grundgesetz verankerten Schuldenregel sind sie hinsichtlich des strukturellen Defizits neutral. Dennoch führen sie zu einer Erhöhung der Nettokreditaufnahme (NKA). Für den Haushalt 2012 betrug die NKA bisher 26,1 Mrd. €. Durch die Beitragszahlungen an den ESM erhöht sich die Nettokreditaufnahme nunmehr auf 34,8 Mrd. €, bleibt damit aber immer noch unter der vom Grundgesetz vorgeschriebenen Neuverschuldungsgrenze. Die Schuldenbremse wird eingehalten.

Der deutsche Anteil am abrufbaren Kapital wird in Form von Gewährleistungen im Bundeshaushalt bereitgestellt werden.

EU-Mitgliedstaaten, die nicht dem Euro-Währungsgebiet angehören, können sich auf ad-hoc-Basis zusammen mit dem ESM an einer Finanzhilfeaktion für Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets beteiligen.

3.2 Beteiligung des Privatsektors

Wenn ein ESM-Mitglied Finanzhilfe erhält, wird je nach Einzelfall sowie im Einklang mit der Praxis des Internationalen Währungsfonds (IWF) eine Beteiligung des Privatsektors in angemessener und verhältnismäßiger Form angestrebt.

Art und Ausmaß dieser Beteiligung sind abhängig vom Ergebnis einer Schuldentragfähigkeitsanalyse und tragen dem Ansteckungsrisiko und den potenziellen Auswirkungen auf andere Mitgliedstaaten und Drittstaaten Rechnung.

Kann ein makroökonomisches Anpassungsprogramm die Staatsverschuldung auf ein langfristig tragbares Niveau zurückführen ("Liquiditätsfall"), ergreift der betreffende Mitgliedstaat Initiativen, um private Anleger zur Beibehaltung ihres Engagements zu ermutigen.

Kann ein makroökonomisches
Anpassungsprogramm die Staatsverschuldung
nicht auf ein langfristig tragbares Niveau
zurückführen ("Solvenzfall"), muss der
betreffende Mitgliedstaat zwingend mit seinen
Gläubigern Verhandlungen aufnehmen.
Die Gewährung von Finanzhilfe wird in
diesem Fall davon abhängig gemacht, dass
der Mitgliedstaat einen glaubwürdigen
Plan vorlegt, um eine angemessene und
verhältnismäßige Beteiligung des Privatsektors
sicherzustellen.

3.3 Kapitalabruf

Muss der ESM einen Zahlungsausfall ausgleichen, so werden entsprechende Verluste zunächst aus einem Reservefonds ausgeglichen, der durch die Gewinne des ESM gespeist wird. Auch finanzielle Sanktionen gegen ESM-Mitgliedsländer im Rahmen des verschärften Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie des Fiskalpakts werden dem Reservefonds zufließen.

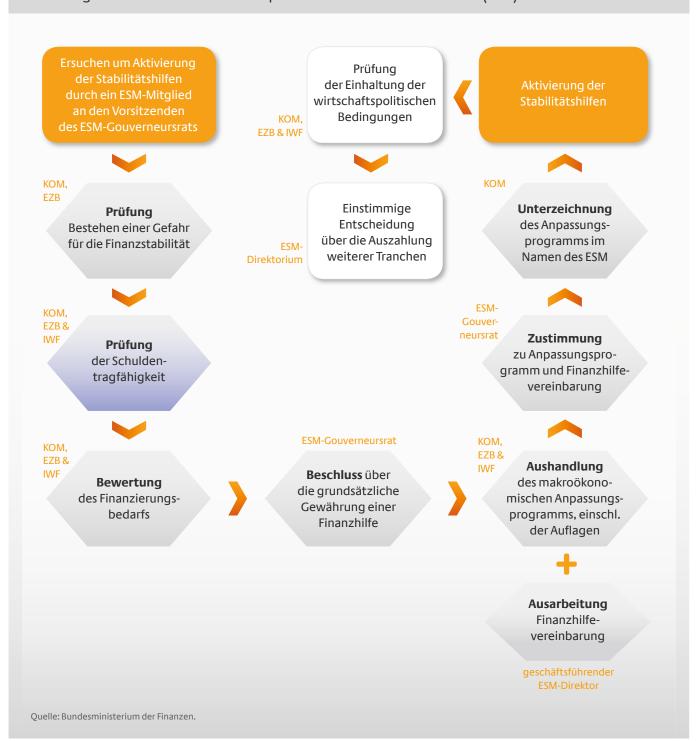
Erst wenn dieser Reservefonds zum Ausgleich von Verlusten nicht ausreicht, wird auf das abrufbare Kapital zurückgegriffen, um die vereinbarte Höhe des eingezahlten Kapitals wiederherzustellen.

4 Die Funktionsweise des Europäischen Stabilitätsmechanismus

Der ESM funktioniert nach einem im Vertrag festgelegten Verfahren.

DER EUROPÄISCHE STABILITÄTSMECHANISMUS

Abbildung 2: Funktionsweise des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)



DER EUROPÄISCHE STABILITÄTSMECHANISMUS

ESM-Mitglieder, die um Finanzhilfen ersuchen, haben einen entsprechenden Antrag an den Vorsitzenden des Gouverneursrats der ESM zu richten.

Nach Eingang eines solchen Ersuchens erfolgt eine Bewertung der folgenden Aspekte durch die Europäische Kommission, in Absprache mit der Europäischen Zentralbank und gegebenenfalls dem Internationalen Währungsfonds, der sogenannten Troika:

- liegt eine Gefahr für die Finanzstabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt vor;
- ist die Tragbarkeit der Staatsverschuldung des betreffenden ESM-Mitglieds gegeben;
- wie hoch ist der tatsächliche
 Finanzierungsbedarfs des ESM-Mitglieds
 und in welcher Form ist gegebenenfalls der
 Privatsektor zu beteiligen.

Der Gouverneursrat des ESM beschließt auf Grundlage dieser Bewertung, ob grundsätzlich Finanzhilfe gewährt werden kann. Wird ein Beschluss zur grundsätzlichen Gewährung einer Finanzhilfe gefasst, so beauftragt der Gouverneursrat die Europäische Kommission, mit dem betreffenden Land eine Absichtserklärung (sogenanntes Memorandum of Understanding, MoU) auszuhandeln, in der die wirtschaftspolitischen Bedingungen der Finanzhilfe festgelegt werden.

Dieses MoU ist anschließend durch den Gouverneursrat zu billigen, der sodann eine abschließende Entscheidung über die Gewährung der Finanzhilfe trifft.

Die Troika überwacht die Einhaltung der an die Finanzhilfe geknüpften wirtschafts- und finanzpolitischen Bedingungen und berichtet hierüber an das Direktorium der ESM. Die fortlaufende Auszahlung der Finanzhilfen ist an die Einhaltung der Auflagen geknüpft.

DEUTSCHES STABILITÄTSPROGRAMM 2012

Deutsches Stabilitätsprogramm 2012

Deutschland erreicht bereits in diesem Jahr mittelfristiges Haushaltsziel

1	Deutsche Finanzpolitik im europäischen Zusammenhang	37
2	Institutionelle Rahmenbedingungen	
3	Finanzpolitische Ausgangslage und strategische Ausrichtung	39
4	Projektion der Entwicklung der öffentlichen Haushalte	

- Durch die deutliche Verbesserung des Finanzierungssaldos wurde bereits im Jahr 2011 das gesamtstaatliche Defizit um 3,3 Prozentpunkte auf 1,0 % des BIP reduziert. Damit hielt Deutschland bereits im vergangenen Jahr die Vorgaben des korrektiven Arms des Stabilitäts- und Wachstumspakts im Hinblick auf den Finanzierungssaldo wieder ein.
- Bereits ab diesem Jahr wird Deutschland sein mittelfristiges Haushaltsziel eines strukturellen Defizits von maximal 0,5 % des BIP nach der präventiven Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspakts einhalten. Der strukturelle Finanzierungssaldo verbessert sich in den kommenden Jahren weiter, so dass ab 2014 sowohl der tatsächliche als auch der strukturelle Finanzierungssaldo ausgeglichen sein werden.
- Mit der im Stabilitätsprogramm dargelegten finanzpolitischen Ausrichtung wird Deutschland die europäischen und nationalen finanzpolitischen Vorgaben in vollem Umfang erfüllen. Deutschland leistet damit auch durch seine nationale Finanzpolitik einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

Gemäß den Bestimmungen des präventiven Arms des Stabilitäts- und Wachstumspakts arbeiten die Mitgliedstaaten des Euroraums jährliche Stabilitätsprogramme und die übrigen Mitgliedstaaten Konvergenzprogramme aus, die dann in der Regel im April der Europäischen Kommission und dem ECOFIN-Rat vorgelegt werden. Die diesjährige Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms wurde am 18. April 2012 durch das Bundeskabinett gebilligt.

Deutsche Finanzpolitik im europäischen Zusammenhang

Deutschland setzt sich im Rahmen der präventiven Komponente des Stabilitätsund Wachstumspakts und im Einklang mit dem "Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion" das Mittelfristziel eines strukturellen Defizits in Höhe von maximal 0,5% in Relation zum BIP. Im Hinblick auf die neue Ausgabenregel des präventiven Arms darf Deutschland 2012 aufgrund der Einhaltung des Mittelfristziels einen maximalen nominalen Ausgabenzuwachs (bereinigt u. a. um Zinszahlungen) von 2,7% aufweisen; dieser Referenzwert wird mit einem nominalen Ausgabenzuwachs von rund 2% deutlich unterschritten.

Die korrektive Komponente schreibt neben einem maximalen Defizit von 3 % des BIP mit dem verschärften Stabilitätsund Wachstumspakt jetzt auch eine kontinuierliche Rückführung der Schuldenstandsquote auf den Referenzwert

DEUTSCHES STABILITÄTSPROGRAMM 2012

von 60 % des BIP vor (1/20-Regel), falls dieser Referenzwert überschritten wird. Bei der aktuellen Schuldenstandsquote Deutschlands entspräche diese Anforderung einer durchschnittlichen jährlichen Reduktion um rund 1 Prozentpunkt. Aufgrund der in der Verordnung vorgesehenen Übergangsfrist für diejenigen Mitgliedstaaten, die sich zum Zeitpunkt der Verabschiedung (November 2011) in einem Defizitverfahren befanden, also auch für Deutschland, wird die 1/20-Regel für Deutschland ab 2015 relevant. Nichtsdestotrotz sind aber bereits im Übergangszeitraum Anstrengungen zu unternehmen, die Schuldenstandsquote zurückzuführen.

Mit dem Aktionsprogramm 2011 im Rahmen des Euro-Plus-Pakts verpflichtete sich Deutschland zu zwei finanzpolitischen Zielen, die innerhalb der nächsten zwölf Monate erreicht werden sollten: Unterschreitung des 3%-Referenzwerts bereits 2011 (und damit zwei Jahre früher als im Defizitverfahren verlangt) und eine Nettokreditaufnahme im Bundeshaushalt 2011 und 2012, die deutlich unter der von der Schuldenregel vorgegebenen Obergrenze bleibt. Beide Ziele wurden erreicht. Das Aktionsprogramm 2012 sieht im Hinblick auf finanzpolitische Maßnahmen insbesondere vor, dass Deutschland sein mittelfristiges Haushaltsziel im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts bereits im Jahr 2012 erreichen wird (strukturelles Finanzierungsdefizit von maximal 0,5 % des BIP). Die Bundesregierung wird zudem den Abbaupfad der Schuldenbremse auch im Bundeshaushalt 2013 unterschreiten.

2 Institutionelle Rahmenbedingungen

Die institutionellen Rahmenbedingungen sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für tragfähige öffentliche Haushalte und eine hohe Qualität der öffentlichen Finanzen. Fiskalregeln sind das klassische Instrument, mit dem Staaten anstreben, dauerhaft solides Finanzgebaren und eine effiziente Organisation des Budgetprozesses zu gewährleisten. In der EU

wird diesen Zielen mit den Instrumenten der finanz- und wirtschaftspolitischen Koordinierung Rechnung getragen. Nicht zuletzt soll durch die neuen Vorgaben für die nationalen haushaltspolitischen Rahmen auch eine Verbesserung der haushaltspolitischen Überwachung der Mitgliedstaaten durch die EU-Ebene gewährleistet werden.

Bereits im vergangenen Jahr wurde ein "Peer Review" zu den nationalen Fiskalregeln vereinbart und durchgeführt. Infolge der in diesem Rahmen durchgeführten Analysen wurde in Bezug auf Deutschland festgestellt, dass die neue Schuldenbremse eine effektive Stärkung des deutschen Fiskalrahmens darstellt, welche die Defizite wirksam begrenzen kann. Angeregt wurde in diesem Zusammenhang, Überwachung und Durchsetzung der Schuldenbremse auch auf Länderebene zu stärken, insbesondere durch die Sicherstellung einer vollständigen Umsetzung der Schuldenregel auf Länderebene und einen angemessenen Kontroll- und Sanktionsmechanismus im Falle einer Nichteinhaltung.

Den Ländern ist künftig keine (strukturelle) Neuverschuldung mehr erlaubt. Im Übergangszeitraum bis 2019 können die Länder nach Maßgabe der geltenden landesrechtlichen Regelungen von dieser Vorgabe des Grundgesetzes abweichen. Sie müssen ihre Haushalte nach der im Grundgesetz verankerten Übergangsregelung jedoch so aufstellen, dass der strukturelle Haushaltsausgleich 2020 erreicht wird. Fünf der 16 deutschen Länder erhalten aufgrund besonders schwieriger Haushaltslagen vom Bund und der Ländergemeinschaft je zur Hälfte finanzierte Konsolidierungshilfen in Höhe von insgesamt jährlich 800 Mio. €. Hierfür müssen sie ihre im Jahr 2010 verzeichneten strukturellen Defizite bis 2020 in gleichen Schritten auf null reduzieren. Der ebenfalls im Grundgesetz verankerte Stabilitätsrat, dem die Finanzminister von Bund und Ländern sowie der Bundeswirtschaftsminister angehören, überprüft jährlich – erstmalig im Mai 2012 - die Einhaltung der mit den fünf

DEUTSCHES STABILITÄTSPROGRAMM 2012

Konsolidierungshilfeländern vereinbarten Defizitobergrenzen und entscheidet auf dieser Grundlage über die Gewährung der Konsolidierungshilfen.

Darüber hinaus obliegt dem Stabilitätsrat die Koordinierung der Haushalts- und Finanzplanungen der föderalen Ebenen, nicht zuletzt auch mit Blick auf die Einhaltung der europäischen Verpflichtungen. Der Stabilitätsrat hat inzwischen mit den Ländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein Sanierungsprogramme vereinbart, deren Einhaltung er fortlaufend überwacht. Im Rahmen der Sanierungsverfahren müssen diese Länder, die zugleich Empfänger von Konsolidierungshilfen sind, zusätzlich zum Nachweis des vereinbarten Defizitabbaus auch darlegen, mit welchen Maßnahmen sie die Rückführung ihrer Defizite erreichen wollen.

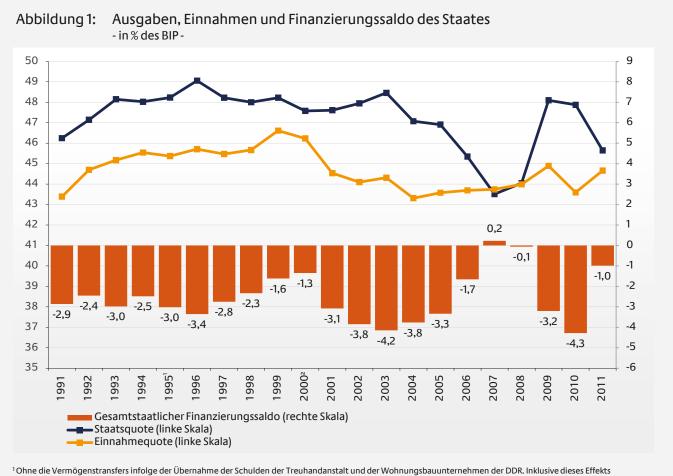
3 Finanzpolitische Ausgangslage und strategische Ausrichtung

Die öffentlichen Finanzen in Deutschland wurden durch die Finanz- und Wirtschaftskrise und die staatlichen Stabilisierungsmaßnahmen erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Nach in etwa ausgeglichenen öffentlichen Haushalten in den Jahren 2007 und 2008 verschlechterte sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo Deutschlands auf Defizite von 3,2 % und 4,3 % des BIP im Jahr 2009 beziehungsweise 2010. Der Schuldenstand erhöhte sich ebenfalls deutlich, insbesondere wegen der Maßnahmen zur Finanzmarktstabilisierung und der Unterstützungsmaßnahmen für EU-Mitgliedstaaten, auf 83,0 % des BIP im Jahr 2010.

Vor diesem Hintergrund sowie aufgrund der Bestimmungen der deutschen Schuldenbremse und europäischer Vorgaben leitete die deutsche Finanzpolitik unmittelbar im Anschluss an die Überwindung der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise einen nachhaltigen, wachstumsorientierten Konsolidierungskurs ein. Mit einer deutlichen Verbesserung um 3,3 Prozentpunkte auf ein gesamtstaatliches Defizit in Höhe von 1,0 % des BIP hielt Deutschland bereits 2011 die Vorgaben des korrektiven Arms des Stabilitäts- und Wachstumspakts im Hinblick auf den Finanzierungssaldo wieder ein. Hiermit erfüllte Deutschland die letztjährige Selbstverpflichtung im Rahmen des Euro-Plus-Pakts, indem der Referenzwert einer Defizitquote von 3 % zwei Jahre früher unterschritten wurde als im Defizitverfahren vorgegeben. Auf den Schuldenstand hatte auch der Konsolidierungskurs einen spürbaren Effekt, die Schuldenstandsquote sank auf 81,2 % im Jahr 2011.

Die Bundesregierung schreitet mit ihrer wachstumsorientierten Konsolidierungsstrategie auf dem Pfad in Richtung ausgeglichener und zukunftsgerechter Haushalte schneller voran, als dies noch bei Vorlage des Stabilitätsprogramms 2011 absehbar war. Die wesentlichen finanzpolitischen Grundlagen hierfür wurden bereits 2010 und 2011 gelegt. Zentral war die Entscheidung über das Zukunftspaket, mit dem für den Bund die Voraussetzungen für die Einhaltung der im Jahr 2011 in Kraft getretenen Schuldenbremse geschaffen wurden. Seit der Beschlussfassung über das Zukunftspaket insbesondere als Folge der Energiewende und des deutschen Beitrags am ESM - haben sich zusätzliche Haushaltsbelastungen ergeben. Die Bundesregierung hat mit Blick auf Haushaltsentlastungen an anderer Stelle bewusst entschieden, Abstriche am Zukunftspaket hinzunehmen und nicht durch neue Maßnahmen zu kompensieren. Dies gilt z.B. für die Haushaltsbelastungen aus Mindereinnahmen bei der Kernbrennstoffsteuer sowie Verzögerungen bei der Einführung einer Besteuerung von Finanztransaktionen. Durch Entlastungen an anderer Stelle wird die Einhaltung der Konsolidierungsziele jedoch unverändert sichergestellt. Das Zukunftspaket sollte die Einhaltung der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts sicherstellen und die Voraussetzungen für

DEUTSCHES STABILITÄTSPROGRAMM 2012



¹Ohne die Vermögenstransfers infolge der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungsbauunternehmen der DDR. Inklusive dieses Effekts belief sich das gesamtstaatliche Defizit auf 9,5 % des BIP.

² Ohne UMTS-Erlöse. Inklusive dieses Effekts wies der Staatshaushalt einen Überschuss in Höhe von 1,1% des BIP auf.

Ouelle: Bundesministerium der Finanzen.

die vollständige und dauerhafte Einhaltung der verfassungsrechtlichen Schuldenregel ab dem Jahr 2016 schaffen. Diese Zielsetzung wird erreicht, die Bundesregierung unterschreitet mit den Eckwerten zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2013 und des Finanzplans bis zum Jahr 2016 die nach der Schuldenbremse maximal zulässige Nettokreditaufnahme in allen Jahren deutlich.

Auf der Ausgabenseite setzt die Bundesregierung im Rahmen des wachstumsorientierten Konsolidierungskurses weiter gezielt Schwerpunkte. Sie hat den Bereich Bildung und Forschung in der laufenden Legislaturperiode mit mehr als 12 Mrd. € zusätzlichausgestattet. Für den Finanzplan bis 2016 ist vorgesehen, das erreichte hohe Niveau

fortzuschreiben. Dies ist zugleich ein Beitrag des Bundes, die FuE-Quote auf 3 % des BIP zu erhöhen. Dazu leisten auch die Länder und die privaten Akteure ihren Beitrag. Der Anteil der Investitionsausgaben im Bundeshaushalt wird weiter erhöht. Die Bundesregierung hat zur Stärkung der Verkehrsinfrastruktur ein Infrastrukturbeschleunigungsprogramm für die Bundesverkehrswege mit einem Gesamtvolumen von 1 Mrd. € für die Jahre 2012 bis 2016 beschlossen. Neben den Barmitteln von über 500 Mio. € für 2012 wurden im Haushalt 2012 zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 500 Mio. € ausgebracht.

Die deutschen Verpflichtungen im Rahmen der umfassenden Maßnahmenpakete zur

DEUTSCHES STABILITÄTSPROGRAMM 2012

Stabilisierung des Euroraums werden im Rahmen der finanzpolitischen Strategie abgedeckt. So wurde mit Vertrag vom 2. Februar 2012 der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) errichtet, der Mitgliedstaaten des Euroraums, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, Finanzhilfen unter strikten wirtschaftspolitischen Auflagen zur Verfügung stellen wird, sofern dies unabdingbar ist, um die Stabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt zu wahren. Er soll nach Abschluss der nationalen Ratifizierungsverfahren bereits im Juli 2012 in Kraft treten – ein Jahr früher als ursprünglich geplant. Deutschland wird sich am einzuzahlenden Kapital mit einem Betrag in Höhe von insgesamt rund 21,7 Mrd. € beteiligen. Dieser wird aufgeteilt in fünf Tranchen, wovon zwei bereits 2012 eingezahlt werden. Die entsprechende haushaltsrechtliche Ermächtigung für diese vorgezogene Zahlung wird durch den Nachtragshaushalt 2012 geschaffen, dessen Entwurf am 21. März 2012 von der Bundesregierung beschlossen wurde.

Zu einer wachstumsfreundlichen Finanzpolitik gehört auch, den Bürgern und Unternehmen mehr von dem zu lassen, was sie sich erarbeitet haben. Die Bundesregierung hat daher am 7. Dezember 2011 einen Gesetzentwurf beschlossen, mit dem in zwei Schritten zum 1. Januar 2013 und zum 1. Januar 2014 Steuermehrbelastungen aufgrund der kalten Progression im Volumen von insgesamt rund 6 Mrd. € abgebaut werden. Die für die Jahre 2013 und 2014 vorgesehene Tarifkorrektur lässt die bestehende Struktur des progressiven Einkommensteuertarifs unverändert, sorgt aber dafür, dass es bei Einkommenserhöhungen im Ausmaß der Inflation zu keinem Anstieg der

durchschnittlichen Steuerbelastung kommt.
Ziel ist ein Mehr an Steuergerechtigkeit
durch einen Ausgleich für die verdeckten
Steuererhöhungen aus der kalten Progression.
Eine regelmäßige Überprüfung der Wirkung
der kalten Progression im Tarifverlauf soll ab der
18. Legislaturperiode im Zweijahresrhythmus
stattfinden.

4 Projektion der Entwicklung der öffentlichen Haushalte

Im Projektionszeitraum wird der Zuwachs der gesamtstaatlichen Ausgaben im Durchschnitt bei rund 2% p. a. liegen. In diesem Jahr wird der um Zinszahlungen, vollständig durch Einnahmen aus EU-Fonds ausgeglichene Ausgaben für Unionsprogramme und nichtdiskretionäre Änderungen der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung bereinigte Ausgabenzuwachs ebenfalls bei rund 2% liegen und damit den entsprechenden Referenzwert des präventiven Arms des Stabilitäts- und Wachstumspakts für Deutschland von 2.7% deutlich unterschreiten. Die moderate Ausgabenentwicklung führt mittelfristig zu einer rückläufigen Staatsquote, die Staatsausgaben in Relation zum BIP dürften sich zum Ende des Projektionshorizonts auf rund 44 1/2 % belaufen. Die stabile Einnahmenquote und die rückläufige Staatsquote führen zu einer stetigen Verbesserung des Finanzierungssaldos. Schon im Jahr 2014 dürfte der gesamtstaatliche Haushalt nahezu ausgeglichen sein und in den folgenden beiden Jahren eine "schwarze Null" aufweisen (Tabelle 1).

Tabelle 1: Entwicklung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in% des BIP					
Projektion April 2012	-1,0	-1	- 1/2	-0	0	0
Projektion April 2011	-2 1/2	-1 1/2	-1	- 1/2	- 1/2	-

 $\label{lem:property} \mbox{Die Finanzierungssalden sind auf halbe Prozent des BIP gerundet.}$

Ouelle: Bundesministerium der Finanzen.

DEUTSCHES STABILITÄTSPROGRAMM 2012

Bereits im vergangenen Jahr konnten alle staatlichen Ebenen mit zum Teil sehr deutlichen Verbesserungen ihrer Haushalte zur Verringerung der gesamtstaatlichen Defizitquote beitragen. Während Bund und Länder, trotz erheblicher Saldenverbesserungen, noch Defizite aufwiesen, erzielten die Kommunen und insbesondere die Sozialversicherung Überschüsse. Im gesamten Projektionszeitraum tragen die Haushalte der Gebietskörperschaften mit der Fortsetzung ihrer Konsolidierung zum mittelfristigen Haushaltsausgleich bei. Bei der Verbesserung auf Bundesebene spielt auch die strikte Einhaltung der Schuldenbremse eine maßgebliche Rolle. So unterschreitet der Bundeshaushalt bereits 2014 die eigentlich erst ab 2016 geltende Grenze für die strukturelle Neuverschuldung von 0,35 % des BIP. Die Extrahaushalte des Bundes werden ab 2012 wieder in eine Überschussposition kommen. Im vergangenen Jahr hatten sie insgesamt wegen des Konjunkturpakets und der damit verbundenen Auszahlungen des Investitions- und Tilgungsfonds noch ein Defizit aufgewiesen. Während die Länder langsam ihr Defizit senken, können die Gemeinden insgesamt – bei großer Streuung im Einzelnen – ab 2012 stetig steigende Überschüsse verzeichnen.

Die Sozialversicherung weist insgesamt im gesamten Projektionszeitraum einen ausgeglichenen Haushalt oder Überschüsse auf. Der hohe Überschuss des vergangenen Jahres war wesentlich durch die gute Beitragsentwicklung bei gleichzeitig moderatem Ausgabenanstieg

der Gesetzlichen Krankenversicherung bedingt. In diesem Jahr machen sich der Rückgang des einmaligen zusätzlichen Bundeszuschusses und im kommenden Jahr die einmalige Verringerung des regulären Bundeszuschusses auf der Einnahmenseite belastend bemerkbar. Mittelfristig steigen die Ausgaben wieder stärker, sodass die Gesetzliche Krankenversicherung bei gleichbleibendem Beitragssatz ab dem kommenden Jahr ein Defizit ausweist, das durch Vermögensabbau finanziert werden kann. Auch die Gesetzliche Rentenversicherung konnte 2011 einen deutlichen Überschuss erzielen und damit ihre Nachhaltigkeitsreserve weiter ausbauen. Der Beitragssatz kann im kommenden Jahr trotz Reduktion des Bundeszuschusses nochmals reduziert werden. Die Bundesagentur für Arbeit erhält ab dem kommenden Jahr keinen Bundeszuschuss mehr, als Ausgleich entfällt jedoch die Abführung des Eingliederungsbeitrags an den Bund. Gleichzeitig kommt es zu weiteren Einsparungen auf der Ausgabenseite, sodass der Überschuss mittelfristig wieder etwas ausgeweitet werden kann.

Die Verbesserung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos im vergangenen Jahr um 3,3 Prozentpunkte auf - 1,0 % des BIP war mit 1½ Prozentpunkten knapp zur Hälfte strukturell bedingt. Über 1 Prozentpunkt der Verbesserung lässt sich mit dem Wegfall von Einmaleffekten, hauptsächlich im Zusammenhang mit den Abwicklungsanstalten, erklären. Ein knapper Prozentpunkt ist auf die konjunkturelle Erholung zurückzuführen.

Tabelle 2: Struktureller Finanzierungssaldo im Vergleich zum tatsächlichen Finanzierungssaldo sowie zur Entwicklung des BIP

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Struktureller Finanzierungssaldo (in % des BIP)	-0,7	- 1/2	- 1/2	0	0	0
Tatsächlicher Finanzierungssaldo (in % des BIP)	-1,0	-1	- 1/2	-0	0	0
Reales BIP (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)	3,0	0,7	1,6	1,6	1,6	1,6

 $Die Finanzierungssalden sind für den Projektionszeitraum \ ab \ 2012 \ auf \ halbe \ Prozent \ des \ BIP \ gerundet.$

Ouelle: Bundesministerium der Finanzen.

DEUTSCHES STABILITÄTSPROGRAMM 2012

Tabelle 3: Sensitivität der Projektion des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
BIP-Entwicklung gemäß			Finanzierungss	aldo in % des BIP		
Basisszenario	-1,0	-1	- 1/2	-0	0	0
Alternativszenarien						
-1/2 %-Punkt p.a. gegenüber Basisszenario		-1	-1	-1	-1	-1
+1/2 %-Punkt p.a. gegenüber Basisszenario		- 1/2	-0	1/2	1	1 1/2

Die Finanzierungssalden sind für den Projektionszeitraum ab 2012 auf halbe Prozent des BIP gerundet. Struktureller Saldo bleibt unverändert. Siehe Tabelle 2.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Angesichts der schwächeren konjunkturellen Dynamik in diesem Jahr öffnet sich die gesamtwirtschaftliche Produktionslücke wieder etwas. Da aktuell keine Einmaleffekte absehbar sind, kommt es so zu einer weiteren strukturellen Verbesserung. Deutschland wird damit bereits 2012 sein mittelfristiges Haushaltsziel eines strukturellen Defizits von maximal 0,5 % des BIP einhalten (Tabelle 2). Der strukturelle Finanzierungssaldo verbessert sich in den kommenden Jahren kontinuierlich, ab 2014 werden sowohl der tatsächliche als auch der strukturelle Finanzierungssaldo ausgeglichen sein.

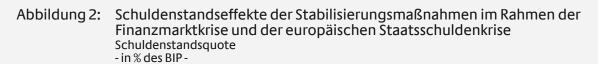
In einer Sensitivitätsanalyse werden die Entwicklungen des Finanzierungssaldos dargestellt, die sich bei Änderungen der gesamtwirtschaftlichen Annahmen ergeben. Es werden zwei Alternativszenarien betrachtet, die sich aus einem um jeweils ½ Prozentpunkt p. a. geringeren beziehungsweise höheren Anstieg des realen BIP in den Jahren 2012 bis 2016 ergeben. Dabei werden gegenüber dem Basisszenario ein konstanter BIP-Deflator sowie eine konstante BIP-Zusammensetzung unterstellt.

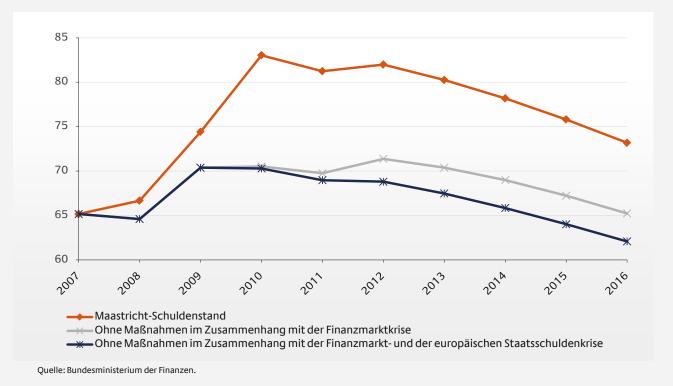
Sollte der BIP-Zuwachs jährlich nur noch bei nominal 2½% liegen, wird sich der tatsächliche Finanzierungssaldo zwar nicht verschlechtern, aber auch nur langsam und kaum merklich verbessern (Tabelle 3). Am Ende des Programmzeitraums beliefe sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo nach wie vor auf -1% in Relation zum BIP. Demgegenüber würde eine um ½ Prozentpunkt p. a. günstigere BIP-Entwicklung als im Basisszenario bereits

im Jahr 2013 zu einem ausgeglichenen Haushalt und in der Folge zu deutlichen Überschüssen führen, die sich bis zum Ende des Projektionshorizonts rechnerisch auf 1½% des BIP beliefen.

Die Entwicklung der Schuldenstandsquote in der Maastricht-Abgrenzung wird derzeit maßgeblich von zwei gegenläufigen Effekten beeinflusst. Zum einen erhöhen die Maßnahmen im Rahmen der europäischen Staatsschuldenkrise den Schuldenstand, zum anderen wird die staatliche Schuldenguote durch die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und eine solide gesamtwirtschaftliche Entwicklung, aber auch infolge der Rückführung von Staatshilfen im Bankensektor sowie der Abwicklung der Portfolien der Abwicklungsanstalten reduziert. Im vergangenen Jahr überwogen die schuldenquotenverringernden Effekte: Die Schuldenquote sank um 1,8 Prozentpunkte auf 81,2%. Im laufenden Jahr hingegen wird die Ouote durch die zusätzlichen Maßnahmen im Rahmen der europäischen Staatsschuldenkrise auf rund 82% steigen. Die Auswirkungen des zweiten Hilfspakets für Griechenland, die Zahlungen der laufenden Programme der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) für Irland und Portugal sowie die Zahlungen an den ESM erhöhen die Schuldenquote 2012 für sich genommen um 1,8 Prozentpunkte. Mittelfristig überwiegen jedoch die positiven Effekte der Finanzpolitik, sodass die Schuldenquote ab dem Jahr 2013 wieder sukzessive bis 2016 auf rund 73 % zurückgeht.

DEUTSCHES STABILITÄTSPROGRAMM 2012





Die folgende Abbildung verdeutlicht die Entwicklung der Schuldenquote, wenn sie um die Effekte der Maßnahmen im Zusammenhang mit der Finanzmarkt- und der europäischen Staatsschuldenkrise bereinigt wird. Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte für sich genommen zeigt aufgrund des Auslaufens der Konjunkturpakete und der eingeschlagenen Konsolidierungsstrategie seit 2010 eine

durchweg sinkende Schuldenquote. Während 2009 und 2010 die Stützungsmaßnahmen im Rahmen der Finanzmarktkrise den Anstieg der Quote wesentlich prägten, ist die Zunahme 2012 allein durch die Maßnahmen im Zusammenhang mit der europäischen Staatsschuldenkrise bedingt.

Transparenz und Wirksamkeit öffentlicher Ausgaben als Elemente einer tragfähigen Finanzpolitik

Transparenz und Wirksamkeit öffentlicher Ausgaben als Elemente einer tragfähigen Finanzpolitik

Ergebnisse einer Politikwerkstatt des BMF im Februar 2012

1	Einleitung	45
	Europäische Ansätze für mehr Transparenz und Wirksamkeit der öffentlichen Finanzen	
2.1	Konzeptionen	46
	Qualitätsindikatoren	
3	Transparenz und Wirksamkeit öffentlicher Ausgaben am Beispiel von Ausgaben für Forschur	ıg
	und Entwicklung	48
4	Österreichische Reformansätze	49
4.1	Verbindliche Ausgabenobergrenzen	49
4.2	Transparenz und Aussagekraft des Rechnungswesens	50
5	Schlussfolgerungen und Ausblick für Deutschland	51

- Die Schuldenbremse ist das rechtliche Fundament einer tragfähigen Finanzpolitik. Darauf aufsetzen muss eine Strategie für eine wachstums- und nachhaltig wirksame Finanzpolitik.
- Neben den vielfältigen Vorarbeiten der Arbeitsgruppe "Qualität der öffentlichen Finanzen" auf EU-Ebene bieten dazu auch die österreichischen Reformansätze im Bereich wirkungsorientierter Haushaltsführung eine aktuelle Diskussionsgrundlage.
- Ein auf Transparenz und Wirksamkeit ausgerichtetes Ausgabensystem erfordert neben Evaluierungen einen institutionellen Rahmen, der systemimmanent zu einem verbesserten Mitteleinsatz anregt.

1 Einleitung

Die derzeitige Staatsschuldenkrise verdeutlicht eindrücklich, wie wichtig solide öffentliche Finanzen für die Funktionsfähigkeit eines Staates sind. Um auch langfristig die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in Deutschland sicherstellen zu können, sind weiterhin erhebliche Anstrengungen erforderlich. Denn in den kommenden Jahrzehnten wird sich der demografische Wandel spürbar auf das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung der öffentlichen Finanzen auswirken.

Mit der Schuldenbremse haben Bund und Länder schon im Jahr 2009 die rechtlichen Voraussetzungen für tragfähige öffentliche Finanzen geschaffen. Um ihre Einhaltung langfristig abzusichern und dabei als Staat finanziellen Handlungsspielraum zu bewahren, reichen quantitative Konsolidierungsziele allein nicht aus. Ergänzend wird es darauf ankommen, Effizienz und Effektivität der Einnahmen und Ausgaben zu optimieren und knappe Mittel in wachstumswirksamen Ausgabenbereichen einzusetzen.

Dass nicht nur die quantitative Konsolidierungsaufgabe, sondern auch die Qualität der öffentlichen Finanzen, insbesondere mit Blick auf zukünftige Herausforderungen, einen immer größeren Stellenwert einnehmen muss, ist schon seit einigen Jahren Teil der europäischen und internationalen Debatte. Von 2004 bis

Transparenz und Wirksamkeit öffentlicher Ausgaben als Elemente einer tragfähigen Finanzpolitik

2010 tagte eine von Deutschland initiierte Arbeitsgruppe des Wirtschaftspolitischen Ausschusses (WPA) der Europäischen Union zur Qualität der öffentlichen Finanzen. Durch die Arbeitsgruppe wurden wichtige konzeptionelle Vorarbeiten geleistet. Auch die OECD setzt sich aktiv mit Fragen der Qualitätssteigerung öffentlicher Finanzen auseinander, unter anderem mit einem "Senior Budget Officials' Network on Performance and Results", das ein Forum für internationalen Austausch zum wirkungsorientierten Haushaltswesen darstellt.

Um den aktuellen Diskussionsstand des Themas zu erarbeiten, seine Bedeutung für eine tragfähige Finanzpolitik zu erörtern und Vorschläge zu seiner institutionellen Umsetzung zu entwickeln. hat das Bundesministerium der Finanzen in Kooperation mit dem Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW) im Februar 2012 eine Politikwerkstatt veranstaltet. Vortragende waren Dr. Michael Thöne vom FiFo Köln, Dr. Gerhard Steger vom österreichischen Bundesministerium für Finanzen, Dr. Rainer Kambeck vom RWI Essen, Dr. Jan Wessels vom Institut für Innovation und Technik (iit) in der VDI/VDE-IT Berlin und Dr. Bettina Peters vom ZEW Mannheim. Im Folgenden werden wesentliche Ergebnisse der Politikwerkstatt vorgestellt.

2 Europäische Ansätze für mehr Transparenz und Wirksamkeit der öffentlichen Finanzen

2.1 Konzeptionen

Bei einer in erster Linie auf quantitative Einsparziele ausgerichteten Konsolidierungspolitik besteht die Gefahr, insbesondere diejenigen Ausgabenbereiche zu kürzen, die sich langfristig positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirken, deren Effekt aber nicht unmittelbar zum
Tragen kommt. Eine auf die langfristige
Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen
ausgerichtete Finanzpolitik erfordert
aber eine wachstumsorientierte
Konsolidierungsstrategie, die zugleich
auf Effizienz und Wirkungsorientierung
der öffentlichen Ausgaben ausgerichtet
ist. Der Blick auf die Wirksamkeit der
öffentlichen Ausgaben ist daher ausdrücklich
kein "Zusatz in Schönwetterzeiten". Er
soll Konsolidierungsforderungen nicht
relativieren, sondern sie sinnvoll begleiten
und es erleichtern, ihnen dauerhaft gerecht zu
werden.

Auf EU-Ebene werden dazu unter der Überschrift "Qualität der öffentlichen Finanzen" Überlegungen angestellt. Nach Definition der WPA-Arbeitsgruppe zu diesem Thema sind unter "Qualität der öffentlichen Finanzen" alle fiskalpolitischen Maßnahmen und Institutionen zu verstehen, die die wichtigsten makroökonomischen Ziele der Regierung unterstützen, insbesondere das langfristige Wirtschaftswachstum. Damit umspannt das Qualitätskonzept fünf Dimensionen der öffentlichen Haushalte die Zusammensetzung und Effektivität der Einnahmenseite, die Zusammensetzung und Effektivität der Ausgabenseite, die derzeitige Haushaltslage und langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, die Größe des öffentlichen Sektors und schließlich die institutionellen Rahmenbedingungen, unter denen finanzpolitische Entscheidungen getroffen werden. Daneben können öffentliche Finanzen auch über eine sechste, indirekte Dimension das langfristige Wirtschaftswachstum beeinflussen, und zwar über Strukturpolitik, wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Markteffizienz.

Die wichtigsten Ergebnisse der WPA-Arbeitsgruppe "Qualität der öffentlichen Finanzen" lassen sich in die Bereiche der Indikatoren und die der Prozesse und Institutionen gliedern.

Transparenz und Wirksamkeit öffentlicher Ausgaben als Elemente einer tragfähigen Finanzpolitik

2.2 Qualitätsindikatoren

In der Absicht, das an sich wenig präzise Qualitätskonzept greifbarer und "Qualität" messbar zu machen, wurden drei verschiedene Arten von Indikatoren entwickelt: Indikatoren zur Zusammensetzung der staatlichen Ausgaben, Effizienzindikatoren und zusammengesetzte Indikatoren.

Indikatoren zur Zusammensetzung der staatlichen Ausgaben stellen den Versuch dar, öffentliche Ausgaben hinsichtlich ihrer empirischen Wachstumsfreundlichkeit zu klassifizieren. Mithilfe dieser Indikatoren lassen sich positive und negative Trends im

einzelstaatlichen Längsschnitt und in deren zwischenstaatlichem Vergleich identifizieren. Da es sich jedoch um reine Inputindikatoren handelt, lassen sie sich kaum für konkrete Politikempfehlungen nutzen. Denn ein hoher Mitteleinsatz in wachstumsfreundlichen Bereichen sagt allein nichts darüber aus, ob diese Ausgaben auch effizient und zielorientiert eingesetzt werden und die gewünschte Wirkung entfalten. Um diese Schwäche anzugehen, wurden Indikatoren entwickelt, die die Effizienz der staatlichen Ausgaben in allen Tätigkeitsfeldern messen. Anhand von zusammengesetzten Indikatoren wurde schließlich der Versuch unternommen, die Vielschichtigkeit des Qualitätsthemas zu erfassen.

EU-"Quality of public finance"-Indikatoren

Indikatoren zur Zusammensetzung der staatlichen Ausgaben

- Funktionale Klassifizierung der Strukturen öffentlicher Ausgaben hinsichtlich ihrer empirischen Wachstumsfreundlichkeit.
- Stärke: Im einzelstaatlichen Längsschnitt und in zwischenstaatlichen Vergleichen können positive/negative Trends identifiziert werden.
- Schwäche: Reine Inputindikatoren (→ "Viel hilft viel"-Trugschluss).

Effizienzindikatoren

- Messung der Effizienz der staatlichen Leistungserbringung. Der Fokus auf Zukunftsausgaben entfällt.
- Nicht-parametrische Top-Down-Ansätze: Ableitung von Effizienzunterschieden zwischen Ländern ist möglich. Allerdings lassen sich keine politischen Handlungsansätze ableiten.
- Betriebswirtschaftliche Bottom-Up-Ansätze: Diese erlauben eine genauere Ableitung der Ursachen von Effizienzunterschieden und –veränderungen. Sie stoßen allerdings in der komparativen Betrachtung wegen unterschiedlicher Rahmenbedingungen schnell an ihre Grenzen.

Zusammengesetzte Indikatoren

Versuch, die Vielschichtigkeit des Qualitätskonzepts zu erfassen. Die Europäische Kommission hat einen derartigen Ansatz als Teil der finanzpolitischen Beobachtung vorgeschlagen. Dieser wurde allerdings von den Mitgliedsstaaten in der vorgeschlagenen Form zunächst einmal abgelehnt.

Transparenz und Wirksamkeit öffentlicher Ausgaben als Elemente einer tragfähigen Finanzpolitik

Einen Erfolg hat die Indikatorendiskussion unter anderem dahingehend gebracht, dass die Datengrundlagen zu Staatsausgaben deutlich verbessert wurden. Die funktionale Gliederung der Staatstätigkeiten erfasst mittlerweile 69 Kategorien anstatt wie vorher zehn Kategorien. So gibt es beispielsweise für jede der zehn thematisch geordneten Oberkategorien (Gesundheit, Bildung, Umweltschutz, etc.) eine Unterkategorie, die besagt, wie viel im jeweiligen Ausgabenbereich für Forschung und Entwicklung aufgewendet wird.

Prozesse und Institutionen

Im Bereich der Prozesse und Institutionen wurden zwei Bereiche behandelt, zum einen Fiskalregeln zur Sicherung tragfähiger öffentlicher Finanzen und zum anderen Budget- und Public-Management-Reformen mit dem Ziel, die allokative und operative Effizienz der öffentlichen Ausgabenerfüllung zu verbessern. In diesen beiden Bereichen spiegelt sich die doppelte Zielsetzung des Qualitätskonzepts - die Schaffung eines guten Klimas für Stabilität und Wachstum - deutlich wider.

Die Analyse von Fiskalregeln zeigte, dass numerische Regeln grundsätzlich empirisch erfolgreicher waren als Regeln, die keine eindeutigen, kontrollierbaren Obergrenzen festlegen. Deswegen sollten bei der Schaffung von Fiskalregeln stets eindeutige Zielgrößen für Defizit- und Ausgabengrenzen angestrebt werden.

In Bezug auf die Reformen des öffentlichen Managements und der Haushaltsaufstellung haben einige Länder bereits wichtige Erfahrungen gesammelt. So haben u. a. Dänemark, die Niederlande, Schweden, Österreich und Großbritannien zielorientierte Haushaltssysteme etabliert. Dänemark arbeitet bereits seit 1985 in seiner Haushaltsaufstellung mit einem Top-Down-Ansatz. Dieses Verfahren wird in Deutschland auf Bundesebene seit dem vergangenen Jahr ebenfalls angewandt. Von diesen Reformerfahrungen können alle EU-

Länder durch einen Best-Practice-Austausch profitieren.

3 Transparenz und Wirksamkeit öffentlicher Ausgaben am Beispiel von Ausgaben für Forschung und Entwicklung

Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Institutionen und Maßnahmen wachstumsförderlich ausgerichtet und öffentliche Mittel gleichzeitig möglichst effizient eingesetzt werden können, um die Haushaltskonsolidierung zu stützen. Um sich dieser Frage konkreter zu nähern, wurde im Rahmen der Politikwerkstatt exemplarisch der Bereich der staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung herausgegriffen. Dass FuE-Investitionen Wachstumstreiber sind, gilt als allgemein anerkannt. In welchem Maße aber öffentliche Ausgaben zur Stärkung von FuE wachstumsförderlich sind, war ebenfalls Gegenstand der Politikwerkstatt und soll im Folgenden dargelegt werden.

Worin liegt die Motivation des Staates, Forschungsaktivitäten zu fördern? Ökonomen gehen in diesem Bereich von einem Marktversagen aus: Von neuen Erkenntnissen profitiert in der Regel nicht allein das Unternehmen, das in FuE investiert, sondern über kurz oder lang durch Wissens-Spillover die gesamte Gesellschaft. Diese nicht ausschließliche Verfügbarkeit über Ergebnisse von FuE-Projekten schränkt den privaten Finanzierungswillen ein. Auch die Unsicherheit über den Erfolg von FuE-Projekten führt zu Kreditrationierungen. Ohne Eingreifen des Staates kann es daher zu einer Unterinvestition in Forschung und Entwicklung kommen. Finanzierungsbedarf besteht insbesondere bei jungen, kleinen Firmen und im Bereich der Grundlagenforschung. Staatliche Finanzierung sollte allerdings stets sorgfältig durchdacht sein. Denn übernimmt der Staat Bereiche, die auch privat finanziert

Transparenz und Wirksamkeit öffentlicher Ausgaben als Elemente einer tragfähigen Finanzpolitik

worden wären, kommt es zu Mitnahmebeziehungsweise Crowding-out-Effekten, d. h. der Staat verdrängt private Initiativen.

Empirische Arbeiten bestätigen Produktivitätsund Wachstumswirkungen öffentlicher Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Nach einer Studie von Guellec und van Pottelsberghe (2001)¹, in der 16 OECD-Länder von 1980 bis 1998 untersucht wurden, bestehen signifikant positive Produktivitätseffekte bei öffentlich finanzierter Grundlagenforschung. Bei privaten FuE-Projekten sind die Effekte ebenfalls positiv, aber geringer.

Im Bereich der Wirtschaft sind privat finanzierte FuE-Ausgaben häufig mit substantiellen und signifikanten Produktivitätserträgen verbunden. Wenn nach der Herkunft der Finanzierung differenziert wird, sind die Ergebnisse sehr gemischt. So findet eine Großzahl der Studien eine positive, wenn auch geringere Ertragsrate öffentlich finanzierter privater Forschung. Es gibt aber auch Studien, die keinerlei oder sogar negative Effekte nachweisen.

Für die Debatte um die Wirksamkeit öffentlicher Ausgaben lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass positive, signifikante Produktivitätseffekte staatlich finanzierter FuE ein Indikator für einen erfolgreichen Mitteleinsatz sind. Viele öffentlich geförderte Projekte sind grundlagenorientiert und wirken sich eher langfristig auf die Produktivität aus. Eine Bewertung staatlicher FuE-Ausgaben anhand ihres unmittelbaren Wachstumsbeitrags allein ist daher unvollständig. Vielmehr sollte differenziert geprüft werden, ob die jeweils vorher definierten Zielsetzungen anhand der getroffenen Maßnahmen möglichst effizient erreicht wurden.

4 Österreichische Reformansätze

Österreich befindet sich derzeit in einem umfassenden Modernisierungsprozess seines öffentlichen Ausgabensystems. Die aktuelle Haushaltsrechtsreform schafft ein institutionelles Rahmenwerk, das zu mehr Transparenz und Wirkungsorientierung beim Einsatz öffentlicher Mittel führen soll. Sie verankert dazu die Ausrichtung der öffentlichen Ausgaben an diesen Zielen institutionell. Im Vorfeld stand die österreichische Administration über die OECD in einem intensiven Erfahrungsaustausch mit anderen Ländern, die ähnliche Reforminitiativen bereits angegangen haben. So sollten häufig auftretende Fehler im Voraus vermieden und erfolgversprechende Elemente eingearbeitet und an nationale Gegebenheiten angepasst werden.

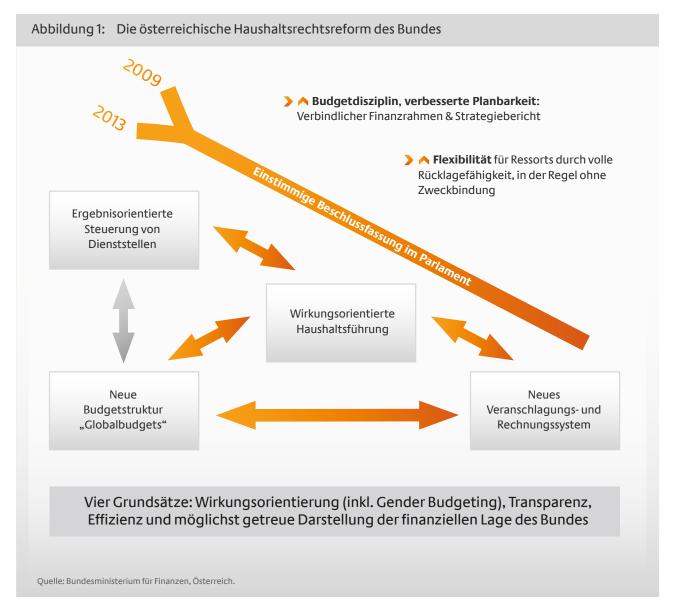
Die Reform vollzieht sich von 2009 bis 2013 in mehreren Schritten. Sie adressiert grundsätzlich die Schwächen der bisherigen Haushaltsführung in Österreich, wie beispielsweise das Fehlen einer mehrjährigen Ausrichtung, die vorherrschende Inputorientierung und die ausschließliche Nutzung der Kameralistik. Die Funktion des Budgets als Steuerungsinstrument soll so gestärkt werden. Zur Umsetzung der Reform wurden vier neue Grundsätze in der Verfassung verankert: Wirkungsorientierung, Transparenz, Effizienz und eine getreue Darstellung der finanziellen Lage des Bundes.

4.1 Verbindliche Ausgabenobergrenzen

In der ersten Phase der Reform wurden beginnend mit dem Haushaltsjahr 2009 verbindliche Ausgabenobergrenzen eingeführt. Diese werden auf der Ebene von fünf Ausgabenrubriken rollierend für die kommenden vier Jahre im Voraus verbindlich festgelegt. Ausgabenobergrenzen für tiefer gegliederte Einheiten sind jeweils nur für das erste Finanzjahr bindend. Ein Großteil

¹ Guellec, D. und B. van Pottelsberghe de la Potterie (2001), R&D and Productivity Growth: Panel Data Analysis of 16 OECD Countries, OECD Economic Studies 33, S. 104-126.

Transparenz und Wirksamkeit öffentlicher Ausgaben als Elemente einer tragfähigen Finanzpolitik



der Ausgaben (circa 75 %) wird hinsichtlich des Betrages fix gedeckelt. Da nicht alle Entwicklungen der kommenden vier Jahre abschätzbar sind, werden 25 % der Ausgaben variabel festgelegt. Ihre Obergrenzen lassen sich anhand eindeutig festgelegter Parameter und in Abhängigkeit von Konjunkturentwicklungen (antizyklisch) oder Entwicklungen des Abgabenaufkommens berechnen. Dies betrifft beispielsweise die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung. Durch diese antizyklische Komponente trägt das Budget zugleich dazu bei, die Wirtschaftslage zu stabilisieren. Zu den fix und variabel gedeckelten Ausgabenobergrenzen werden die Mittel addiert, die als Rücklagen

zur Verfügung stehen. Die verbindlichen Obergrenzen werden demnächst durch eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild ergänzt.

4.2 Transparenz und Aussagekraft des Rechnungswesens

Mit dem Ziel, Transparenz und Aussagekraft des Rechnungswesens zu erhöhen und eine getreue Darstellung der finanziellen Situation des Bundes zu erreichen, stellt Österreich das öffentliche Rechnungswesen von der Kameralistik auf die Doppik um. Die Kameralistik stellt Zahlungsströme dar. Das neue auf der

Transparenz und Wirksamkeit öffentlicher Ausgaben als Elemente einer tragfähigen Finanzpolitik

Doppik basierende System orientiert sich an der kaufmännischen Buchführung, soll aber zugleich die Besonderheiten eines öffentlichen Haushalts berücksichtigen. Es enthält eine Ergebnisrechnung, eine Finanzierungsrechnung und eine Vermögensrechnung. Es werden also nicht nur Einzahlungen und Auszahlungen, sondern auch Erträge und Aufwendungen sowie Vermögen und Fremdmittel des Staates gegenübergestellt. Ab dem 1. Januar 2013 wird das Finanzjahr mit einer Eröffnungsbilanz beginnen. Darüber hinaus wird das Rechnungswesen um eine langfristige Budgetprognose ergänzt. Diese ist bereits gesetzlich im Budgetprozess verankert und soll dazu dienen, insbesondere demografische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Trends frühzeitig zu erkennen und in die Budgetplanung mit einzubeziehen. Die erste dieser Prognosen soll 2013 beziehungsweise 2014 für die nächsten 30 Jahre erstellt werden und dann im Dreijahresrhythmus fortgesetzt werden.

Wirkungsorientierte Haushaltsführung

Ein weiteres Element der österreichischen Haushaltsrechtsreform ist die Einführung einer wirkungsorientierten Haushaltsführung. Das neue Budget verknüpft Inputinformationen über die zur Verfügung stehenden Ressourcen mit Ergebnisinformationen. Dadurch soll transparent dargestellt werden, welche Wirksamkeit der Einsatz öffentlicher Steuergelder entfaltet.

Die vorher circa 1 000 den deutschen Haushaltstiteln äquivalenten sogenannten Ansätze werden durch 70 Globalbudgets ersetzt und verstärkt sachorientiert und dadurch ressortübergreifend gegliedert. Erstmalig bei der Erstellung des Bundesfinanzgesetzes 2013 müssen die jeweils zuständigen Ministerien je Untergliederung ein Leitbild formulieren, das u. a. die strategische Ausrichtung und die Kernaufgaben der Untergliederung

darlegt. Ergänzend dazu werden ein bis fünf Wirkungsziele benannt. Diese Wirkungsziele werden im weiteren Verlauf der Planung näher erläutert. Je Globalbudget werden bis zu fünf Maßnahmen dargelegt, die zur Erreichung der Wirkungsziele beitragen sollen. Abschließend werden Meilensteine oder Kennzahlen bestimmt, an denen der Erfolg des Wirkungszieles gemessen werden kann. Die Beschränkung von Zielen und Maßnahmen wurde gesetzt, um eine Datenflut zu vermeiden. Auch insgesamt wird darauf geachtet, Budgetinformationen nicht zu komplex, sondern praxisorientiert zu gestalten.

Neben der Schaffung von mehr Transparenz im Budget ist ein weiterer Vorteil der neuen Haushaltsaufstellung, dass die Kommunikation unter den Ressorts gefördert wird. So können etwaige Doppelgleisigkeiten ermittelt und an einer Verbesserung der Organisationsstrukturen gearbeitet werden.

Mitentscheidend für den Erfolg einer wirkungsorientierten Haushaltsführung dürfte – neben einer unabhängigen Evaluierung der Wirkungs- und Leistungserfüllung – sein, dass die Politik diese Leistungsorientierung aufgreift.

Die österreichische Reform bedingt nicht nur einen Kulturwandel auf der administrativen Ebene, sondern durch klare Prioritätensetzung und die Transparenz von Entscheidungen auch auf der politischen Ebene.

5 Schlussfolgerungen und Ausblick für Deutschland

Mit der Schuldenbremse steht das rechtliche Fundament einer tragfähigen Finanzpolitik in Deutschland. Die finanzpolische Herausforderung der nächsten Jahre wird sein, Strukturen und Konzepte weiterzuentwickeln, die auf nachhaltiges Wachstum abzielen und die langfristige Einhaltung der Schuldenbremse sicherstellen.

Transparenz und Wirksamkeit öffentlicher Ausgaben als Elemente einer tragfähigen Finanzpolitik

Dabei wird es insbesondere darauf ankommen, Transparenz und Wirksamkeit der öffentlichen Finanzen weiter zu steigern. Anreize sollten so gesetzt werden, dass Akteure von sich aus zu einer wirksamen und zugleich sparsamen Mittelvergabe angeregt werden. Deswegen hat der Bund bereits sein regierungsinternes Haushaltsaufstellungsverfahren geändert. Seit dem vergangenen Jahr wird der Bundeshaushalt top-down aufgestellt. Dieses neue Verfahren zwingt alle Beteiligten, sich frühzeitiger und klarer auf politische Prioritäten, wachstumsfreundliche Schwerpunkte und haushaltspolitische Notwendigkeiten zu verständigen. Die österreichischen Erfahrungen zeigen, dass derartige institutionelle Reformen möglichst praxisorientiert und handhabbar ausgestaltet werden sollten.

Im Sinne der Transparenz und der fiskalischen Nachhaltigkeit bietet sich zudem an, langfristige Tragfähigkeitsberechnungen der öffentlichen Finanzen stärker in den Haushaltskreislauf einzubinden. So könnten langfristige Wirkungszusammenhänge der öffentlichen Finanzen unmittelbarer in den politischen Meinungsbildungsprozess einfließen.

Für eine tragfähige Finanzpolitik wird es aber auch weiter darum gehen, ordnungspolitische Rahmenbedingungen für Wachstum, Beschäftigung und ein gutes Wirtschafts- und Unternehmensklima in Deutschland stetig zu verbessern.

ZOLLBILANZ 2011

Zollbilanz 2011

Zusammenfassung der Jahrespressekonferenz vom 16. März 2012

1	Einleitung	53
2	Steuererhebung	
3	Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung	
4	Bekämpfung der Marken- und Produktpiraterie	
5	Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels	
6	Bekämpfung des Zigarettenschmuggels	
7	Barmittelkontrollen	
8	Artenschutz	58

- Der Zoll vereinnahmte im Jahr 2011 mit 123,3 Mrd. € rund 12 Mrd. € mehr als 2010.
- Auch im vergangenen Jahr fertigte der deutsche Zoll enorme Warenmengen ab, bekämpfte erfolgreich den Schmuggel und ging wirksam gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung vor.
- Der Zoll ist eine zentrale Stütze der staatlichen Verwaltung und ein wichtiger Dienstleister für die exportorientierte deutsche Wirtschaft.

1 Einleitung

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble stellte am 16. März 2012 in Berlin die Bilanz der Deutschen Zollverwaltung für 2011 vor. Dabei würdigte er insbesondere die hohe Einsatzbereitschaft der 39 000 Zöllnerinnen und Zöllner und deren überzeugende Jahresergebnisse. Mit 100 Mio. Zollabfertigungen im Warenverkehr mit Nicht-EU-Staaten im Wert von über 760 Mrd. €, 168 000 Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Schwarzarbeit, 29 Tonnen an beschlagnahmten Rauschgiften und 160 Mio. Stück aus dem Verkehr gezogenen Schmuggelzigaretten sowie den Erfolgen bei der Bekämpfung der Produktpiraterie sei der Zoll eine zentrale Stütze der staatlichen Verwaltung und ein wichtiger Dienstleister für die deutsche exportorientierte Wirtschaft.

2 Steuererhebung

Mit 123,3 Mrd. € hat der Zoll 2011 fast 12 Mrd. € mehr eingenommen als im Jahr 2010. Das entspricht rund der Hälfte der Steuereinnahmen des Bundes.

Der größte Anteil an diesen Einnahmen entfällt mit 66,8 Mrd. € auf die besonderen Verbrauchsteuern. Die drei aufkommensstärksten besonderen Verbrauchsteuern sind die Energiesteuer mit 40 Mrd. €, die Tabaksteuer mit 14,4 Mrd. € und die Stromsteuer mit 7,2 Mrd. €.

Hinzu kommen 51 Mrd. € Umsatzsteuer bei der Einfuhr von Waren nach Deutschland und 4,6 Mrd. € als klassische Zölle.

ZOLLBILANZ 2011

Tabelle 1: Erhobene Abgaben insgesamt in Mrd. €

	2009	2010	2011
I. Einnahmen der EG			
Zölle	3,6	4,4	4,6
II. Nationale Einnahmen			
Verbrauchsteuern	63,8	63,6	66,8
Luftverkehrsteuer	-		0,9
Einfuhrumsatzsteuer	35,1	43,6	51,0
Insgesamt	102,5	111,6	123,3

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

3 Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung

Die rund 6.500 Mitarbeiter der "Finanzkontrolle Schwarzarbeit" überprüften im vergangenen Jahr über 524 000 Personen und annähernd 68 000 Arbeitgeber. Dabei deckten sie Schäden von über 660 Mio. € auf und leiteten über 168 000 Ermittlungsverfahren wegen Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten ein. Aufgrund der Ermittlungen des Zolls verhängten die Gerichte Freiheitsstrafen von zusammengenommen mehr als 2 100 Jahren. Abgeschlossene Verfahren führten zu Geldstrafen und Geldbußen von 49 Mio. €. Der Zoll schützt durch konsequente Kontrollen die Ehrlichen vor jenen, die sich ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile verschafften, indem sie ihre Steuern und Abgaben nicht entrichteten, gleichzeitig aber selbst von der staatlichen Infrastruktur profitierten. Dabei werde deutlich: "Illegal ist unsozial".

Tabelle 2: Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung

	2009	2010	2011
Personenbefragungen	472 542	510 425	524 015
Prüfung von Arbeitgebern	51 600	65 756	67 680
Eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Straftaten	103 947	117 453	109 166
Abgeschlossene Ermittlungsverfahren wegen Straftaten	104 003	115 980	112 474
Summe der Geldstrafen aus Urteilen und Strafbefehlen (in Mio. €)	33,7	29,8	30,6
Summe der erwirkten Freiheitsstrafen (in Jahren)	1813	1 981	2 110
Eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Ordnungswidrigkeiten	53 032	59 870	59 218
Abgeschlossene Ermittlungsverfahren wegen Ordungswidrigkeiten	61 531	70 146	76 367
Summe der festgesetzten Geldbußen, Verwarnungsgelder und Verfall (in Mio. €)	55,3	44,0	45,2
Summe der vereinnahmten Geldbußen, Verwarnungsgelder und Verfall (in Mio. €)¹	15,2	14,2	18,7
Schadenssumme im Rahmen der straf- und bußgeldrechtlichen Ermittlungen (in Mio. €)	624,6	710,5	660,5
Steuerschäden aus Ermittlungsverfahren der Länderfinanzverwaltungen, die aufgrund von Prüfungs- und	37,8	42,4	31,5
Ermittlungserkenntnissen des Zolls veranlasst wurden (in Mio. €) ²			

¹ Bei diesen Einnahmen handelt es sich ausschließlich um die des Bundes. In welchem Umfang die Länder Einnahmen z.B. aus Bußgeldverfahren, die im Einspruchsverfahren an die Amtsgerichte abgegeben wurden, erzielt haben, ist dem BMF nicht bekannt.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

² Angaben der Länderfinanzverwaltungen, die der Zollverwaltung zur Verfügung gestellt wurden.

ZOLLBILANZ 2011

4 Bekämpfung der Markenund Produktpiraterie

Der Zoll hat im vergangenen Jahr verhindert, dass gefälschte Waren im Wert von 82,6 Mio. € in den Verkehr gebracht werden konnten. Davon stammten circa 75% aus der Volksrepublik China und Hongkong, Am häufigsten geschmuggelt wurde persönliches Zubehör wie Taschen, Sonnenbrillen, Uhren und Schmuck sowie Schuhe und Bekleidung. Ideenklau und Produktpiraterie sind für den Wirtschaftsstandort Deutschland - und damit auch für deutsche Arbeitsplätze – eine ernstzunehmende Bedrohung. Die deutschen Unternehmen könnten nur deshalb so gut im internationalen Wettbewerb bestehen, weil sie innovative, qualitativ hochwertige Produkte und Spitzentechnologie anböten. Die OECD schätzt den weltweiten Handel mit gefälschten Produkten inzwischen auf rund 250 Mrd. US-Dollar pro Jahr.

5 Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels

Mit rund 29 Tonnen zog der Zoll 2011 zwei Tonnen mehr an verbotenen Rauschgiften aus dem Verkehr als im Vorjahr. An der Spitze der sichergestellten Drogen stand Kokain mit 1,6 Tonnen und einem Schwarzmarktwert von etwa 100 Mio. €, gefolgt von 1,3 Tonnen Marihuana, 1,2 Tonnen Haschisch und 357 kg Heroin. Der Schutz der Gesellschaft vor Rauschgift bleibt auch weiterhin eine Kernaufgabe des Zolls.

6 Bekämpfung des Zigarettenschmuggels

Der Zoll hat im vergangenen Jahr insgesamt 160 Mio. Stück Schmuggelzigaretten sichergestellt. Maßgeblich für die erfolgreiche Arbeit war insbesondere die internationale Kooperation, Der deutsche Zoll arbeitet, ebenso wie in anderen Deliktbereichen, auch bei der Bekämpfung des Zigarettenschmuggels eng mit den Partnerverwaltungen in den EU-Mitgliedstaaten sowie dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) und weiteren internationalen Institutionen wie z. B. EUROPOL zusammen. Nur so lassen sich kriminelle Strukturen grenzüberschreitend aufdecken und unabhängig vom betroffenen EU-Mitgliedstaat verfolgen. Der Anteil an Rauchern, der legal versteuerte Zigaretten kauft, bleibt bundesweit weiterhin stabil. Das zeigt sich beispielsweise darin, dass der Bund mit 14,4 Mrd. € noch nie mehr Tabaksteuer eingenommen hat als im vergangenen Jahr. Dabei stieg die Menge der ordnungsgemäß versteuerten Tabakwaren allein bei Zigaretten um 4,8%.

Tabelle 3: Beschlagnahmen durch Zolldienststellen

	2009	2010	2011
Anträge auf Grenzbeschlagnahme	911	990	1 046
Grenzbeschlagnahmen	9 622	23 713	23 635
Wert beschlagnahmter Waren (in Mio. €)	363,7	95,8	82,6

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

ZOLLBILANZ 2011

Tabelle 4: Wertmäßige Aufteilung auf Warenkategorien in Mio. €

Warenkategorie	Wert der aufgegriffenen Warer
Persönliches Zubehör	26,1
Sonnenbrillen und andere Brillen	
Taschen, Handtaschen, Reisegepäck; Brieftaschen, Geldbeutel, Zigarettenetuis und andere in Taschen mitgeführte ähnliche Artikel	
Uhren	
Schmuck und anderes Zubehör	
Sonstige	12,8
Maschinen und Werkzeuge	
Fahrzeuge einschließlich Zubehör und Bauteile	
Bürobedarf	
Feuerzeuge	
Etiketten, Anhänger, Aufkleber	
Textile Waren	
Verpackungsmaterialien	
Andere Waren	
Kleidung und Zubehör	11,4
Kleidung (Konfektionskleidung)	
Bekleidungszubehör	
Spielzeug, Spiele (einschließlich elektronischer Spielekonsolen) und Sportgeräte	8,5
Spielzeug	
Spiele einschließlich elektronischer Spielekonsolen	
Sportgeräte einschließlich Freizeitartikel	
Elektrische/Elektronische Ausrüstung und Computerausrüstung	6,7
Audio-/Videogeräte einschließlich technischen Zubehörs und Bauteilen	
Speicherkarten, USB-Speicher	
Druckerpatronen und Toner	
Computerausrüstung (Hardware) einschließlich technischen Zubehörs und Bauteilen	
Andere Elektrogeräte einschließlich technischen Zubehörs und Bauteilen	
Schuhe einschließlich Bestandteile und Zubehör	6,2
Sportschuhe	
Andere Schuhe	
Mobiltelefone einschließlich technischen Zubehörs und Teilen	5,4
Mobiltelefone	
Bauteile und technisches Zubehör für Mobiltelefone	
Arzneimittel	3,1
Körperpflegeprodukte	1,3
Parfum und Kosmetik	
Andere Körperpflegeprodukte	
CDs, DVDs, Kassetten	1,0
Bespielt mit Musik, Film, Software, Spielesoftware	
Unbespielt	

ZOLLBILANZ 2011

noch Tabelle 4: Wertmäßige Aufteilung auf Warenkategorien in Mio. €

Warenkategorie	Wert der aufgegriffenen Ware
Tabakwaren	0,1
Zigaretten	
Andere Tabakerzeugnisse	
Nahrungsmittel, alkoholische und andere Getränke	0,03
Nahrungsmittel	
Alkoholische Getränke	
Alkoholfreie Getränke	
Gesamt	82,63

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 5: Sichergestellte Betäubungsmittel

	2009	2010	2011
		in kg	
Heroin	431	218	357
Opium	75	14	111
Kokain	1 383	1 060	1 625
Amphetamine	668	361	532
Haschisch	739	1 328	1 215
Marihuana	1 738	2 281	1 260
Sonstige Betäubungsmittel	20 141	21 494	24 495
		in Stück	
Amphetaminderivate	349 010	230 685	421 071

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 6: Bekämpfung des Zigarettenschmuggels

	2009 2010 2011 in Mio. Stück				
Sichergestellte Zigaretten	281	157	160		

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

7 Barmittelkontrollen

Der Zoll kontrolliert den grenzüberschreitenden Barmittelverkehr, um Geldwäsche und die Finanzierung von Terrorismus zu verhindern. Im vergangenen Jahr wurden Zahlungsmittel in Höhe von über 14 Mio. € vorläufig sichergestellt, da die legale Herkunft zunächst nicht zu klären war. Zudem wurden Bußgelder von mehr als 7 Mio. € festgesetzt – vornehmlich, weil Reisende die Beträge nicht ordnungsgemäß anmeldeten. In über 3 600 Fällen übermittelte der Zoll den Landesfinanzbehörden Informationen, z. B. Belege über Vermögensanlagen im Ausland,

ZOLLBILANZ 2011

Tabelle 7: Überwachung des grenzüberschreitenden Barmittelverkehrs

	2009	2010	2011
Vorläufig sichergestellte Zahlungsmittel (in Mio. €)	15,5	38,1	14,4
Bußgeldbescheide	1 860	2 282	2 295
Festgesetzte Bußgelder (in Mio. €)	5,4	8,0	7,22

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

die bei Barmittelkontrollen gewonnen werden konnten. Betroffen hiervon war ein Volumen von über 769 Mio. €.

8 Artenschutz

Der Zoll stellte 2011 hauptsächlich an den Flughäfen in 1 200 Fällen über

109 000 Exemplare geschützter Tier- und Pflanzenarten sowie daraus hergestellte Waren sicher. Lebende Tiere werden dabei sehr oft unter unwürdigsten Bedingungen, eingepfercht in enge Behältnisse, transportiert. Dabei kalkulieren die Schmuggler von vornherein den Tod eines Teils der Tiere bewusst ein. Der Zoll tut auch weiterhin alles, um diese Tierquälerei zu unterbinden.

Tabelle 8: Aufgriffe und Sicherstellungen im Bereich des Artenschutzes

	2009	2010	2011
Aufgriffe	1 428	1 365	1 208
Sicherstellungen (Tiere, Pflanzen, Objekte)	162 969	93 010	109 375

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Über	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	61
1	Kreditmarktmittel	61
2	Gewährleistungen	
3	Bundeshaushalt 2007 bis 2012	
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
	2007 bis 2012	63
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen,	
	Soll 2012	65
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012	
7	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
10	Entwicklung der Staatsquote	
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012	
Über	rsichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	88
1	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
	Länder bis Januar 2012	88
2	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
	Länder bis Februar 2012	90
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2012	92
4	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2012	
Kenr	nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	100
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	100
2	Preisentwicklung	101
3	Außenwirtschaft	
4	Einkommensverteilung	103
	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	
5	Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten	
6	Prouktionspotenzial und -lücken	
7	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	
	Potenzialwachstum	107
8	Bruttoinlandsprodukt	108
9	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	
10	Kapitalstock und Investitionen	
11	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	
12	Preise und Löhne	
13	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	

14	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	115
15	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	116
16	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	117
17	Übersicht Weltfinanzmärkte	118
Abb. 1	Entwicklung von DAX und Dow Jones	119
18	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	120
19	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	124

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand: 31. Januar 2012	Zunahme	Abnahme	Stand: 29. Februar 2012				
		in Mio. €						
Inflations indexier te Bundes wert papiere	46 000	0	0	46 000				
Anleihen ¹	633 736	5 000	0	638 736				
Bundesobligationen	207 000	4 000	0	211 000				
Bundesschatzbriefe ²	8 107	22	126	8 003				
Bundesschatzanweisungen	140 000	5 000	0	145 000				
Unverzinsliche Schatzanweisungen	55 895	6 9 9 6	8 932	53 959				
Finanzierungsschätze ³	450	18	37	431				
Tagesanleihe	2 181	56	67	2 170				
Schuldscheindarlehen	12 061	0	0	12 061				
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	1 115	0	0	1 115				
Kreditmarktmittel insgesamt	1 106 545			1 118 475				

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	31. Januar 2012			29. Februar 2012
		in M	lio. €	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	219 621			217 655
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	344 056			364983
langfristig (mehr als 4 Jahre)	542 868			535 836
Kreditmarktmittel insgesamt	1 106 545			1 118 475

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

² Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

 $^{^3}$ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 31. März 2012	Belegung am 31. März 2011				
	in Mrd. €						
Ausfuhren	135,0	120,3	111,4				
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	50,0	40,7	35,2				
FZ-Vorhaben	9,00	3,8	2,4				
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0				
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	171,0	108,6	105,8				
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	55,9	54,1				
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,18	1,0	1,0				
Zinsausgleichsgarantien	8,0	6,0	6,0				
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4				
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	211,0	95,3	9,2				

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2007-2012 Gesamtübersicht

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll ¹
			Mrc	d . €		
1. Ausgaben	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	312,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	+3,6	+4,4	+3,5	+3,9	-2,4	+5,6
2. Einnahmen ²	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	277,5
Veränderung gegen Vorjahr in %	+9,8	+5,8	- 4,7	+0,6	+7,4	-0,4
darunter:						
Steuereinnahmen	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	249,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	+12,8	+4,0	- 4,8	-0,7	+9,7	+0,7
3. Finanzierungssaldo	-14,7	-11,8	-34,5	-44,4	-17,7	-35,2
in % der Ausgaben	5,4	4,2	11,8	14,6	6,0	11,2
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme³ (-)	222,1	229,6	269,0	288,2	274,2	255,7
5. sonst. Einnahmen und haushalterische	-8,4	0,5	-6,4	5,0	3,1	11,1
Umbuchungen						
6. Tilgungen (+)	216,2	216,2	228,5	239,2	260,0	232,0
7. Nettokreditaufnahme	-14,3	-11,5	-34,1	-44,0	17,3	34,8
8. Münzeinnahmen	-0,4	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	35,6
Veränderung gegen Vorjahr in %	+15,4	-7,2	+11,5	-3,8	-2,7	+40,3
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,5	3,5	2,2	2,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: April 2012.

¹ RegE zum Nachtragshaushalt 2012, Stand 21. März 2012.

 $^{^2}$ Gem. BHO \S 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

³ Nach Abzug der Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2007 bis 2012

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Ausgabeart	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll 1
			in Mi	o.€		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 038	27 012	27 939	28 196	27 856	27 897
Aktivitätsbezüge	19 662	20 298	20977	21 117	20 702	20 749
Ziviler Bereich	8 498	8 870	9 2 6 9	9 443	9274	10 868
Militärischer Bereich	11 164	11 428	11 708	11 674	11 428	9 881
Versorgung	6376	6714	6962	7 0 7 9	7154	7 147
Ziviler Bereich	2 334	2 416	2 462	2 459	2 472	2 483
Militärischer Bereich	4 041	4298	4500	4 620	4 682	4 665
Laufender Sachaufwand	18 757	19 742	21 395	21 494	21 946	23 825
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 365	1 421	1 478	1 544	1 545	1 283
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	8 908	9 622	10281	10 442	10 137	10 673
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 484	8 699	9 635	9 508	10 264	11 869
Zinsausgaben	38 721	40 171	38 099	33 108	32 800	34 504
an andere Bereiche	38 721	40 171	38 099	33 108	32 800	34 504
Sonstige	38 721	40 171	38 099	33 108	32 800	34504
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	38 677	40 127	38 054	33 058	32 759	34462
an Ausland	3	3	3	8	0	(
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	160 352	168 424	177 289	194 377	187 554	190 625
an Verwaltungen	14 003	12 930	14396	14114	15 930	17 700
Länder	8 698	8 341	8 754	8 579	10 642	11 956
Gemeinden	38	21	18	17	12	11
Sondervermögen	5 267	4 5 6 8	5 624	5 5 1 8	5 2 7 6	5 732
Zweckverbände	1	0	1	1	1	1
an andere Bereiche	146 349	155 494	162 892	180 263	171 624	172 926
Unternehmen	15 399	22 440	22 951	24212	23 882	25 106
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 123	29 120	29 699	29 665	26718	27 161
an Sozialversicherung	97 712	99 123	105 130	120 831	115 398	113 678
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	869	1 099	1 249	1 336	1 665	1 673
an Ausland	3 240	3 708	3 858	4216	3 958	5 305
an Sonstige	5	4	5	3	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	243 868	255 350	264 721	277 175	270 156	276 851

 $^{^1\,\}text{RegE}\,\text{zum}$ Nachtragshaushalt 2012, Stand 21. März 2012.

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2007 bis 2012

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Ausgabeart	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll 1
			in Mi	o.€		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	6 903	7 199	8 504	7 660	7 175	7 997
Baumaßnahmen	5 478	5 777	6830	6 2 4 2	5814	6 5 1 9
Erwerb von beweglichen Sachen	909	918	1 030	916	869	899
Grunderwerb	516	504	643	503	492	578
Vermögensübertragungen	16 947	16 660	15 619	15 350	15 284	15 173
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	16 580	14018	15 190	14944	14 589	14 706
an Verwaltungen	8 234	5 713	5 852	5 209	5 243	5 006
Länder	6 030	5 654	5 804	5 142	5 178	4 9 3 0
Gemeinden und Gemeindeverbände	54	59	48	68	65	74
Sondervermögen	2 150	0	0	0	0	2
an andere Bereiche	8 345	8 305	9 3 3 8	9 735	9 3 4 6	9 700
Sonstige - Inland	6 099	5 836	6 462	6 599	6 060	6 3 4 0
Ausland	2 247	2 469	2876	3 136	3 287	3 360
Sonstige Vermögensübertragungen	367	2 642	429	406	695	467
an andere Bereiche	367	2 642	429	406	695	467
Unternehmen - Inland	0	2 267	0	0	260	C
Sonstige - Inland	162	149	148	137	123	145
Ausland	205	225	282	269	311	322
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	2 732	3 099	3 409	3 473	3 613	12 919
Darlehensgewährung	2 100	2 3 9 5	2 490	2 663	2 825	4231
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	79
Länder	1	1	1	1	1	1
Sondervermögen	0	0	0	0	0	78
an andere Bereiche	2 100	2 3 9 5	2 490	2 662	2 825	4 153
Sozialversicherung	0	0	0	0	0	0
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	900	922	872	1 075	1 115	2 271
Ausland	1 199	1 473	1 618	1587	1710	1 881
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	632	704	919	810	788	8 687
Inland	28	26	13	13	0	1
Ausland	604	678	905	797	788	8 687
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 582	26 958	27 532	26 483	26 072	36 089
Darunter: Investive Ausgaben	26 215	24316	27 103	26 077	25 378	35 622
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	0	0	0	0	- 240
Ausgaben zusammen	270 450	282 308	292 253	303 658	296 228	312 700

¹ RegE zum Nachtragshaushalt 2012, Stand 21.03.2012

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012 ¹

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe				in Mio. €		
)	Allgemeine Dienste	63 904	49 101	23 258	19 096	-	6 747
I	Politische Führung und zentrale Verwaltung	5 798	5 585	3 450	1 363	-	772
2	Auswärtige Angelegenheiten	17967	4773	508	175	-	4089
3	Verteidigung	31 734	31 461	14 546	15 908	-	1 008
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 707	3 3 3 0	2 108	998	-	224
5	Rechtsschutz	371	356	248	92	-	16
5	Finanzverwaltung	4326	3 596	2 398	560	-	638
I	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	17 966	14 714	479	892	-	13 343
13	Hochschulen	4032	3 0 3 7	10	10	-	3 018
4	Förderung von Schülern, Studenten	2 491	2 491	-	-	-	2 491
15	Sonstiges Bildungswesen	616	540	9	65	-	465
6	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 083	8 091	459	812	-	6 820
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	743	555	1	6	-	549
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	155 207	154 268	229	397	-	153 642
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	109 004	109 004	52	-	-	108 953
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	8 327	8 327	-	3	-	8 324
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 524	2 198	-	30	-	2 168
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	33 379	33 263	49	113	-	33 101
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	280	280	-	-	-	280
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 693	1 195	128	251	-	817
3	Gesundheit und Sport	1 548	918	277	312	-	329
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	455	372	147	177	-	48
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	455	372	147	177	-	48
32	Sport	131	115	-	4	-	111
33	Umwelt- und Naturschutz	440	254	80	72	-	102
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	521	176	50	59	-	68
1	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 066	818	-	19	-	799
41	Wohnungswesen	1387	801	_	2	-	799
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	12	-	-	-	-	-
14	Städtebauförderung	666	17	-	17	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	957	546	29	179	-	338
52	Verbesserung der Agrarstruktur	567	199	-	1	-	198
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	132	132	-	70	-	62
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	132	132	-	70	-	62
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	258	215	29	108	-	78

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012 ¹

Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunte Investive Ausgabe
0	Allgemeine Dienste	901	2 681	11 219	14 802	14 770
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	211	2	- 11213	212	212
2		114	2512	10 568	13 194	13 193
3	Auswärtige Angelegenheiten Verteidigung	205	67	10 308	273	241
4		278	99	_	377	377
4 5	Öffentliche Sicherheit und Ordnung Rechtsschutz	15	99	-	15	15
6		78	1	651	730	730
0	Finanzverwaltung Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle	70	ı	031	730	730
1	Angelegenheiten	133	3 119	-	3 252	3 252
13	Hochschulen	1	993	-	995	995
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	•	
15	Sonstiges Bildungswesen	0	77	-	77	7
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	131	1 861	-	1 992	1 992
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	188	-	188	188
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	9	930	1	940	50
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung		-	-	-	
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-	-	
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	324	1	326	;
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	4	113	-	116	
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	494	-	498	498
3	Gesundheit und Sport	417	213	-	630	63
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	72	11	-	83	8
312	Krankenhäuser und Heilstätten		-	-	-	
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	72	11	-	83	8
32	Sport	-	16	-	16	1
33	Umwelt- und Naturschutz	6	180	-	186	18
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	339	6	-	345	34!
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 244	4	1 248	1 24
41	Wohnungswesen		583	4	587	58
 42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen		-	-	-	
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste		12	-	12	1
44	Städtebauförderung		649	-	649	64
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2	409	1	411	41
52	Verbesserung der Agrarstruktur		367	1	368	368
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen		_	-	-	
533	Gasölverbilligung		_	-	-	
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53		_	-	_	
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	2	42		44	4

 $^{^{1}\,\}text{RegE}\,\text{zum}$ Nachtragshaushalt 2012, Stand 21. März 2012.

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012 ¹

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss				
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €									
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 715	2 309	62	473	-	1 773				
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	720	557	-	353	-	204				
621	Kernenergie	288	188	-	-	-	188				
622	Erneuerbare Energieformen	51	20	-	4	-	16				
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	381	349	-	349	-	-				
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 443	1 425	-	0	-	1 425				
64	Handel	63	63	-	9	-	54				
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	635	9	-	8	-	1				
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 855	254	62	103	-	89				
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 384	4 173	1 050	1 982	-	1 141				
72	Straßen	7 462	1 040	-	886	-	154				
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 770	889	511	310	-	69				
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	3	-	-	-	3				
	Luftfahrt	203	200	50	24	-	126				
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 615	2 042	489	762	-	790				
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 407	12 257	-	6	-	12 251				
81	Wirtschaftsunternehmen	11 090	7018		6	-	7012				
832	Eisenbahnen	4016	76		5	-	71				
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	7 074	6 942	-	2	-	6 940				
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5317	5 239	-	-	-	5 239				
873	Sondervermögen	5317	5 2 3 9	-	-	-	5 2 3 9				
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-				
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	37 546	37 747	2 513	469	34 504	262				
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	300	261	-	-	-	261				
92	Schulden	34517	34517	-	13	34504	-				
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	2 729	2 969	2513	456	-	0				
Summe al	ler Hauptfunktionen	312 700	276 851	27 897	23 825	34 504	190 625				

 $^{^{\}rm 1}$ RegE zum Nachtragshaushalt 2012, Stand 21. März 2012.

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012 ¹

		Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben	
Funktion	Ausgabengruppe						
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	101	714	1 591	2 407	2 407	
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	100	62	-	162	162	
621	Kernenergie	100	-	-	100	100	
622	Erneuerbare Energieformen	-	31	-	31	31	
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	32	-	32	32	
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	19	-	19	19	
64	Handel	-	-	-	-	-	
69	Regionale Förderungsmaßnahmen		626	-	626	626	
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	8	1 591	1 600	1 600	
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 434	1 777	-	8 211	8 211	
72	Straßen	4992	1 429	-	6 421	6 421	
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	881	-	-	881	881	
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333	
75	Luftfahrt	3	-	-	3	3	
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	558	16	-	573	573	
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	4 047	103	4 150	4 150	
81	Wirtschaftsunternehmen	-	4 0 4 7	25	4072	4072	
832	Eisenbahnen	-	3 9 1 5	25	3 940	3 940	
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	132	-	132	132	
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	78	78	78	
873	Sondervermögen	-	-	78	78	78	
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38	
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38	
92	Schulden	-	-	-	-	-	
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-	
Summe a	ıller Hauptfunktionen	7 997	15 173	12 919	36 089	35 622	

¹RegE zum Nachtragshaushalt 2012, Stand 21. März 2012.

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

		-	_		_			
Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
				Ist-Erg	jebnisse			
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten								
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
Anteil a. d. Personalausgaben des								
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9
öffentl. Gesamthaushalts ³								
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5
Anteil a. d. investiven Ausgaben des	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0
öffentl. Gesamthaushalts³	M-d C	40.2	61.0	00.1	105,5	132,3	187,2	198,8
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1				
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7
Anteil a.d. investiven Ausgaben des						·		
Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9
nachrichtlich: Schuldenstand ³								
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	Ist-Ergebnisse								
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	312,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	- 2,4	5,
Einnahmen	Mrd.€	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	277,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,8	1,9	9,8	5,8	- 4,7	0,6	7,4	- 0,
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-31,4	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 35,
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 34,
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,2	- 0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,4	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,9	27
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,4	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	0,9	- 1,2	0
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,4	8
Anteil a. d. Personalausgaben des									
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	15,3	14,9	14,8	15,0	14,4	14,2	13,1	
Zinsausgaben	Mrd.€	37,4	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	32,8	34
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,0	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	- 0,9	5
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,1	11
Anteil an den Zinsausgaben des	%	58,3	57,9	58,6	59,7	61,0	55,5	43,1	
öffentl. Gesamthaushalts ³ Investive Ausgaben	Mrd.€	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	35
Veränderung gegenüber Vorjahr	wiid.e %	6,2	-4,4	15,4	- 7,2	11,5	- 3,8	- 2,7	40
	%	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	8,6	11
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. investiven Ausgaben des	/6	9,1	0,7	9,7	0,0	9,5	0,0	0,0	11
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,2	33,7	39,9	37,1	25,3	29,5	27,0	
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	249
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,7	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 0,7	9,7	0
Anteil an den Bundesausgaben	%	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	83,7	79
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	83,2	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,1	90
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	42,1	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	43,3	
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 34
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	5,9	11
Anteil a.d. investiven Ausgaben des	%	131,3	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	68,3	97
Bundes	70	151,5	122,0	57,7	71,4	120,0	100,0	00,5	51
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	59,5	68,8		111,2	37,1	54,5	67,3	
nachrichtlich: Schuldenstand ³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 489,9	1 545,4	1 552,4	1 577,9	1 694,4	2 011,5	2 030	2 0 5
darunter: Bund	Mrd.€	903,3	950,3	957,3	985,7	1 053,8	1 287,5	1 282	130

 $^{^{1}\,}Nach\,Abzug\,der\,Erg\"{a}nzungszuweisungen\,an\,L\"{a}nder.$

² Ab 1991 Gesamtdeutschland.

 $^{^3}$ Stand April 2012; 2011, 2012 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

 $^{^4\,\}text{RegE}$ zum Nachtragshaushalt 2012; Stand 21. März 2012.

Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011				
				in Mrd. €							
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹											
Ausgaben	626,7	638,0	649,2	679,2	729,0	736,0	774,5				
Einnahmen	574,2	597,6	648,5	668,9	634,7	652,9	746,6				
Finanzierungssaldo	-52,5	-40,5	-0,6	-10,4	-92,0	-80,8	-25,5				
darunter:											
Bund ²											
Ausgaben	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2				
Einnahmen	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5				
Finanzierungssaldo	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,				
Länder ³											
Ausgaben	260,0	260,0	265,5	277,2	286,1	286,7	295,3				
Einnahmen	237,2	250,1	273,1	276,2	258,9	265,9	285,4				
Finanzierungssaldo	-22,7	-10,1	7,6	-1,1	-27,2	-20,8	-9,8				
Gemeinden ⁴											
Ausgaben	153,2	157,4	161,5	168,0	178,3	182,2	185,3				
Einnahmen	150,9	160,1	169,7	176,4	170,8	174,5	183,6				
Finanzierungssaldo	-2,2	2,8	8,2	8,4	-7,5	-7,7	-1,7				
		Veränderungen gegenüber Vorjahr in %									
Öffentlicher Gesamthaushalt											
Ausgaben	2,0	1,8	1,7	4,6	7,3	1,0	5,2				
Einnahmen	4,6	4,1	8,5	3,2	-5,1	2,9	14,4				
darunter:											
Bund											
Ausgaben	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4				
Einnahmen	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4				
Länder											
Ausgaben	1,1	0,0	2,1	4,4	3,2	0,2	3,0				
Einnahmen	1,6	5,4	9,2	1,1	-6,2	2,7	7,4				
Gemeinden											
Ausgaben	2,0	2,8	2,6	4,0	6,1	2,2	1,7				
Einnahmen	3,3	6,0	6,0	3,9	-3,2	2,1	5,2				

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
				Quoten in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-2,4	-1,8	-0,0	-0,4	-3,9	-3,3	-1,0
darunter:							
Bund	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,5	-1,8	-0,7
Länder	-1,0	-0,4	0,3	-0,0	-1,1	-0,8	-0,4
Gemeinden	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3	-0,3	-0,1
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-8,4	-6,4	-0,1	-1,5	-12,6	-11,0	-3,3
darunter:							
Bund	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8	-14,6	-6,0
Länder	-8,7	-3,9	2,9	-0,4	-9,5	-7,2	-3,3
Gemeinden	-1,5	1,8	5,1	5,0	-4,2	-4,2	-0,9
Ausgaben in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,2	27,6	26,7	27,5	30,7	29,7	30,1
darunter:							
Bund	11,7	11,3	11,1	11,4	12,3	12,3	11,5
Länder	11,7	11,2	10,9	11,2	12,0	11,6	11,5
Gemeinden	6,9	6,8	6,7	6,8	7,5	7,4	7,2

¹Bund, Länder, Gemeinden und ihre jeweiligen Extrahaushalte. Der Öffentliche Gesamthaushalt ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: April 2012.

² Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

³ Kernhaushalte; bis 2008 Rechnungsergebnisse; 2009 bis 2011: Kassenergebnisse.

 $^{^4\,\}mathrm{Kernhaushalte}; bis\,2009\,\mathrm{Rechnung} sergebnisse; 2010 bis\,2011; Kassenergebnisse.$

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

			Steueraufkommen				
			dav	on			
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern		
Jahr		in Mrd. €		in	in %		
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990			
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4		
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7		
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2		
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7		
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4		
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2		
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5		
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,		
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,7		
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3		
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,		
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0		
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,		
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9		
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6		
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5		
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3		
		Bundesrepublik	Deutschland				
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,		
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0		
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8		
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,		
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,7		
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8		
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6		
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,		
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,		

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
			dav	/on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
		Bundesrepublik	Deutschland		
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011 ²	571,2	281,0	290,2	49,2	50,8
2012 ²	592,0	296,3	295,7	50,0	50,0
2013 ²	613,2	312,5	300,7	51,0	49,0
2014 ²	635,8	328,8	306,9	51,7	48,3
2015 ²	658,5	345,2	313,3	52,4	47,6
2016 ²	680,0	361,2	318,9	53,1	46,9

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: November 2011.

² Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2011.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk Gesamtrech		Abgrenzung der F	Finanzstatistik ³
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr		in Relation zu	m BIP in %	
1960	23,0	33,4	22,6	32
1965	23,5	34,1	23,1	33
1970	23,0	34,8	21,8	32
1975	22,8	38,1	22,5	36
1980	23,8	39,6	23,7	38
1981	22,8	39,1	22,9	38
1982	22,5	39,1	22,5	38
1983	22,5	38,7	22,6	37
1984	22,6	38,9	22,5	37
1985	22,8	39,1	22,7	38
1986	22,3	38,6	22,3	3
1987	22,5	39,0	22,5	38
1988	22,2	38,6	22,2	3.
1989	22,7	38,8	22,8	3.
1990	21,6	37,3	22,2	3.
1991	22,0	38,9	22,0	38
1992	22,3	39,6	22,7	39
1993	22,4	40,1	22,6	39
1994	22,3	40,5	22,5	39
1995	21,9	40,5	22,5	40
1996	21,8	41,0	21,8	40
1997	21,5	41,0	21,3	39
1998	22,1	41,3	21,7	39
1999	23,3	42,3	22,6	40
2000	23,5	42,1	22,8	40
2001	21,9	40,2	21,3	38
2002	21,5	39,9	20,7	38
2003	21,6	40,1	20,6	38
2004	21,1	39,2	20,2	3
2005	21,4	39,2	20,3	3.
2006	22,2	39,5	21,1	38
2007	23,0	39,5	22,2	3.
2008	23,1	39,7	22,7	3
2009	23,0	40,3	22,1	38
2010	22,2	39,1	21,4	3.
2011	22,9	39,8	22,3	3

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet.

²⁰⁰⁷ bis 2010 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2011.

^{2011:} Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2012.

 $^{^{\}rm 3}$ Bis 2008 Rechnungsergebnisse. 2008 bis 2011: Kassenergebnisse.

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

	Ausgaben des Staates							
lab.	insgesamt	darunte	er					
Jahr	insgesami	Gebietskörperschaften³	Sozialversicherung ³					
		in Relation zum BIP in %						
1960	32,9	21,7	11					
1965	37,1	25,4	11					
1970	38,5	26,1	12					
1975	48,8	31,2	17					
1980	46,9	29,6	17					
1981	47,5	29,7	17					
1982	47,5	29,4	18					
1983	46,5	28,8	17					
1984	45,8	28,2	17					
1985	45,2	27,8	17					
1986	44,5	27,4	17					
1987	45,0	27,6	17					
1988	44,6	27,0	17					
1989	43,1	26,4	16					
1990	43,6	27,3	16					
1991	46,2	28,2	18					
1992	47,1	27,9	19					
1993	48,1	28,2	19					
1994	48,0	28,0	20					
1995 ⁴	48,2	27,7	20					
1995	54,9	34,3	20					
1996	49,1	27,6	21					
1997	48,2	27,0	21					
1998	48,0	26,9	21					
1999	48,2	27,0	21					
2000 ⁵	47,6	26,4	21					
2000	45,1	23,9	21					
2001	47,6	26,3	21					
2002	47,9	26,2	21					
2003	48,5	26,4	22					
2004	47,1	25,8	21					
2005	46,9	26,0	20					
2006	45,3	25,4	19					
2007	43,5	24,5	19					
2008	44,0	25,0	19					
2009	48,1	27,0	21					
2010	47,9	27,4	20					
2011	45,6	26,0	19					

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet. 2007 bis 2010 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2011. 2011: Vorläufige Ergebnis; Stand: Februar 2012.

 $^{^{\}rm 3}$ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt ²	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 93
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 81
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959 918	991 28
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 54
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	59 53
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 99
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	52674
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 34
Kreditmarktmittel iwS	414952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 00
Kassenkredite	8714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte	-	-	-	996	1124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1124	1 325	2082
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 864	113 81
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 03
Kreditmarktmittel iwS	84069	84257	83 804	81 877	79 239	76 381	7638
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	3465
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 5 4 6	2 702	2612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 5 6 0	2 626	2 72
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	531 197	560 418	586 571	595 026	595 102	592 132	640 55
Maastricht-Schuldenstand	1 383 997	1 455 032	1 526 322	1 574 606	1 582 362	1 649 271	176794
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-		
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	-	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	16 478	16983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	_	-	-	7 49
FMS Wertmanagement							

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	56
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	53
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-	53
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	3
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-	3
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
			Anteil a	ın den Schulden	(in %)		
Bund	60,9	64,0	66,5	70,0	70,5	72,6	77,
Kernhaushalte	56,5	59,8	65,4	67,7	69,2	70,7	73,
Extrahaushalte	4,3	4,2	1,1	2,3	1,3	1,9	4,
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,
			Anteil de	r Schulden am B	IP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71,
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,
Kernhaushalte	35,7	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2,
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22,
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4,
Gesetziche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27,
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,3	68,6	68,0	65,2	66,7	74,
			Schu	ılden insgesamt	(€)		
je Einwohner	16 454	17331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 70
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 3 1 3,9	2 428,5	2 473,8	2 374,
Einwohner 30.06.	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 86

¹Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $^{^2\,\}mathrm{Kreditmarktschulden}\,\mathrm{im}\,\mathrm{weiteren}\,\mathrm{Sinne}\,\mathrm{zuz\ddot{u}glich}\,\mathrm{Kassenkredite}.$

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte¹ Neue Systematik

	2009	2010	2009	2010	2009	2010
	in M	io.€	in % der S insge	samt	in % de	es BIP
Öffentlicher Gesamthaushalt ²		2 011 537				81,
Bund						
Kern- und Extrahaushalte		1 287 460		64,0		52,
Wertpapierschulden und Kredite	1 032 599	1 271 204		63,2	43,5	51,
Kassenkredite		16256		0,8		0,
Kernhaushalte		1 035 647		51,5		41,
Wertpapierschulden und Kredite	973 067	1 022 192		50,8	41,0	41,
Kassenkredite		13 454		0,7		0
Extrahaushalte		251 813		12,5		10
Wertpapierschulden und Kredite	59 533	249 011		12,4	2,6	10
Kassenkredite		2802		0,1		0
im Einzelnen:						
Entschädigungsfonds	0	0		0,0	0,0	0
SoFFin	36 540	28 552		1,4	1,5	1
Investitions- und Tilgungsfonds	7493	13 991		0,7	0,3	0,
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation		17 302		0,9		0
Wertpapierschulden und Kredite	15 500	14 500		0,7	0,7	0
Kassenkredite		2 802		0,1		0
FMS Wertmanagement		191 968		9,5		7.
Länder						
Kern- und Extrahaushalte		599 970		29,8		24
Wertpapierschulden und Kredite		595 039		29,6		24
Kassenkredite		4930		0,2		0,
Kernhaushalte		524182		26,1		21
Wertpapierschulden und Kredite	498 655	519 347		25,8	21,0	21
Kassenkredite		4835		0,2		0
Extrahaushalte		75 788		3,8		3
Wertpapierschulden und Kredite	27 702	75 692		3,8	1,2	3
Kassenkredite		95		0,0		0

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte¹ Neue Systematik

	2009	2010	2009	2010	2009	2010
	in M	io.€		Schulden esamt	in % de	es BIP
Gemeinden						
Kernhaushalte, Zweckverbände und Extrahaushalte		123 569		6,1		5,
Wertpapierschulden und Kredite		84363		4,2		3,
Kassenkredite		39 206		1,9		1,
Kernhaushalte		115 253		5,7		4.
Wertpapierschulden und Kredite	75 037	76 326		3,8	3,2	3,
Kassenkredite		38 927		1,9		1,
Zweckverbände ³		1602		0,1		0
Wertpapierschulden und Kredite	1 428	1 551		0,1	0,1	0
Kassenkredite		52		0,0		0
Sonstige Extrahaushalte der Gemeinden		6713		0,3		0
Wertpapierschulden und Kredite	6322	6 486		0,3	0,3	0
Kassenkredite		227		0,0		0
Gesetzliche Sozialversicherung						
Kern- und Extrahaushalte		539		0,0		0
Wertpapierschulden und Kredite		539		0,0		0
Kassenkredite		0		0,0		0
Kernhaushalte		506		0,0		0
Wertpapierschulden und Kredite	531	506		0,0	0,0	0
Kassenkredite		0		0,0		0
Extrahaushalte ⁴		32		0,0		0
Wertpapierschulden und Kredite	36	32		0,0	0,0	0
Kassenkredite		0		0,0		0
chulden insgesamt (Euro)						
je Einwohner		24606				
Maastricht-Schuldenstand	1 766 943	2 056 711			74,4	83
nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. Euro)	2 3 7 5	2 477				
Einwohner 30.06.	81 861 862	81750716				

 $^{^{1}} Aufgrund\ method is cher\ \ddot{A}nderungen\ und\ Erweiterung\ des\ Berichtskreises\ nur\ eingeschränkt\ mit\ den\ Vorjahren\ vergleichbar.$

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $^{^2} Einschließlich aller \"{o}ffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.$

 $^{^3}$ Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

 $^{^4}$ Nur Extrahaushalte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzun	g der Volkswirtscha	aftlichen Gesam	trechungen ²		Abgrenzung de	er Finanzstatistik
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher G	esamthaushalt³
		in Mrd. €		i	n Relation zum BIP i	n %	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3
1995 ⁴	-55,8	-48,3	-7,5	-3,0	-2,6	-0,4	-55,9	-3,0
1995	-175,4	-167,9	-7,5	-9,5	-9,1	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5
1998	-45,8	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3
2000 ⁵	-27,5	-27,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0	-34,0	-1,7
2000	23,3	23,4	-0,1	1,1	1,1	0,0	-	-
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-82,0	-76,0	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-56,8	-2,7
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,2
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-1,4	-8,6	7,2	-0,1	-0,3	0,3	-10,4	-0,4
2009	-76,1	-60,9	-15,2	-3,2	-2,6	-0,6	-92,0	-3,9
2010	-106,0	-108,3	2,3	-4,3	-4,4	0,1	-80,5	-3,3
2011	-25,3	-40,4	15,1	-1,0	-1,6	0,6	-25,5	-1,0

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet. 2007 bis 2010 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2011. 2011: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2012.

 $^{^3\,}Ohne\,Sozial versicherungen, ab\,1997\,ohne\,Kranken h\"{a}user.\,Bis\,2008\,Rechnungsergebnisse, 2009\,bis\,2011\,Kassenergebnisse.$

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise gel. Vermögensübertragungen (DKB).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

11	in% des BIP												
Land	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,0	-1,4	-3,3	-0,1	-3,2	-4,3	-1,3	-1,0	-0,7	
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,7	-1,3	-5,8	-4,1	-3,6	-4,6	-4,5	
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	-2,9	-2,0	0,2	0,8	-1,8	-0,8	
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-9,8	-15,8	-10,6	-8,9	-7,0	-6,8	
Spanien	-	-	-	-7,2	-1,0	1,3	-4,5	-11,2	-9,3	-6,6	-5,9	-5,3	
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-3,3	-7,5	-7,1	-5,8	-5,3	-5,1	
Irland	-	-10,7	-2,8	-2,1	4,7	1,7	-7,3	-14,2	-31,3	-10,3	-8,6	-7,8	
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,5	-2,0	-4,4	-2,7	-5,4	-4,6	-4,0	-2,3	-1,2	
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	0,9	-6,1	-5,3	-6,7	-4,9	-4,7	
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	3,0	-0,9	-1,1	-0,6	-1,1	-0,9	
Malta	-	-	-	-4,2	-5,8	-2,9	-4,6	-3,7	-3,6	-3,0	-3,5	-3,6	
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-0,3	0,5	-5,6	-5,1	-4,3	-3,1	-2,7	
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-1,7	-0,9	-4,1	-4,4	-3,4	-3,1	-2,9	
Portugal	-6,9	-8,4	-6,1	-5,0	-3,2	-5,9	-3,6	-10,1	-9,8	-5,8	-4,5	-3,2	
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-2,1	-8,0	-7,7	-5,8	-4,9	-5,0	
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-1,9	-6,1	-5,8	-5,7	-5,3	-5,7	
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,8	2,7	4,3	-2,5	-2,5	-1,0	-0,7	-0,7	
Euroraum	-	-	-	-5,0	-1,2	-2,5	-2,1	-6,4	-6,2	-4,1	-3,4	-3,0	
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	1,7	-4,3	-3,1	-2,5	-1,7	-1,3	
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	3,2	-2,7	-2,6	-4,0	-4,5	-2,1	
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-4,2	-9,7	-8,3	-4,2	-3,3	-3,2	
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-3,3	-9,5	-7,0	-5,0	-3,0	-3,4	
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-3,7	-7,3	-7,8	-5,6	-4,0	-3,1	
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-5,7	-9,0	-6,9	-4,9	-3,7	-2,9	
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	2,2	-0,7	0,2	0,9	0,7	0,9	
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-2,2	-5,8	-4,8	-4,1	-3,8	-4,0	
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-3,7	-4,6	-4,2	3,6	-2,8	-3,7	
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-5,0	-11,5	-10,3	-9,4	-7,8	-5,8	
EU	-	-	-	5,2	-0,6	-2,5	-2,4	-6,9	-6,6	-4,7	-3,9	-3,2	
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,6	-6,7	-2,2	-8,7	-6,8	-7,2	-7,4	-7,2	
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-6,4	-11,5	-10,6	-10,0	-8,5	-5,0	

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

 $F\"{u}rdie\ Jahre\ 1980\ bis\ 2005: EU-Kommission, "Europ\"{a}ische\ Wirtschaft", Statistischer\ Anhang,\ November\ 2011.$

 $F\ddot{u}r~die~Jahre~ab~2008:~EU-Kommission,~Herbstprognose,~November~2011.$

Stand: November 2011.

² Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP												
Lanu	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,5	66,7	74,4	83,2	81,7	81,2	79,9	
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	89,3	95,9	96,2	97,2	99,2	100,3	
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	4,5	7,2	6,7	5,8	6,0	6,1	
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	101,2	113,0	129,3	144,9	162,8	198,3	198,5	
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,3	43,0	40,1	53,8	61,0	69,6	73,8	78,0	
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,4	57,4	66,7	68,2	79,0	82,3	85,4	89,2	91,7	
Irland	69,0	100,6	93,1	82,1	37,5	27,2	44,3	65,2	94,9	108,1	117,5	121,1	
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	108,5	105,4	105,8	115,5	118,4	120,5	120,5	118,7	
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	48,9	58,5	61,5	64,9	68,4	70,9	
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	13,7	14,8	19,1	19,5	20,2	20,3	
Malta	-	-	-	35,3	55,0	69,7	62,2	67,8	69,0	69,6	70,8	71,5	
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	58,5	60,8	62,9	64,2	64,9	66,0	
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,2	66,2	64,2	63,8	69,5	71,8	72,2	73,3	73,7	
Portugal	29,6	56,5	53,3	59,2	48,5	62,8	71,6	83,0	93,3	101,6	111,0	112,1	
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	27,8	35,5	41,0	44,5	47,5	51,1	
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	21,9	35,3	38,8	45,5	50,1	54,6	
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	33,9	43,3	48,3	49,1	51,8	53,5	
Euroraum	33,4	50,3	56,5	72,1	69,2	70,2	70,1	79,8	85,6	88,0	90,4	90,9	
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	13,7	14,6	16,3	17,5	18,3	18,5	
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	34,5	41,8	43,7	44,1	44,6	44,8	
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	19,8	36,7	44,7	44,8	45,1	47,1	
Litauen	-	-	-	11,4	23,6	18,3	15,5	29,4	38,0	37,7	38,5	39,4	
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	47,1	50,9	54,9	56,7	57,1	57,5	
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	13,4	23,6	31,0	34,0	35,8	35,9	
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	38,8	42,7	39,7	36,3	34,6	32,4	
Tschechien	-	-	-	14,0	17,9	28,4	28,7	34,4	37,6	39,9	41,9	44,0	
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	72,9	79,7	81,3	75,9	76,5	76,7	
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	51,2	41,0	42,5	54,8	69,6	79,9	84,0	88,8	85,9	
EU	-	-	-	69,7	61,9	62,8	62,5	74,7	80,3	82,5	84,9	84,9	
Japan	48,4	69,4	63,9	86,2	135,4	175,3	174,1	194,1	197,6	206,2	210,0	215,7	
USA	42,2	55,9	63,6	71,2	54,8	61,8	71,8	85,8	95,2	101,0	105,6	107,1	

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005 - EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Nov. 2011; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2007 - EU-Kommission, Herbstprognose, Nov. 2011.

Stand: November 2011

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

land					Steu	ıern in % des I	BIP				
Land	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010
Deutschland ^{2,3}	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,8	21,0	22,8	23,1	22,9	22,1
Belgien	21,3	27,6	30,3	28,0	29,2	30,9	30,9	30,1	30,2	28,7	29,6
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	49,7	47,9	47,1	47,1	47,2
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,9	31,1	30,9	29,9	29,6
Frankreich	22,5	21,1	24,3	23,5	24,4	28,4	27,8	27,5	27,3	25,7	26,3
Griechenland	12,2	13,7	16,4	18,3	19,5	23,6	20,6	20,9	20,5	19,8	20,2
Irland	23,3	24,8	29,5	28,2	27,8	27,0	25,7	26,2	23,9	22,2	22,3
Italien	16,8	13,7	22,0	25,4	27,5	30,2	28,3	30,4	29,8	29,7	29,4
Japan	14,1	14,7	18,9	21,3	17,8	17,5	17,3	18,0	17,4	15,9	-
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,4	28,2	27,5	27,0	26,2
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	26,0	27,3	29,1	27,1	25,8	25,5	26,3	25,8
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,4	25,3	24,7	24,4	-
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,6	34,5	33,9	32,8	33,0
Österreich	25,4	26,5	27,8	26,6	26,5	28,4	27,7	27,7	28,5	27,8	27,5
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	20,7	22,8	22,9	20,4	-
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,6	22,9	22,7	24,0	23,8	21,6	22,3
Schweden	29,2	33,2	35,6	38,0	34,4	37,9	35,8	35,0	34,9	35,3	34,4
Schweiz	14,9	19,0	19,9	19,7	20,2	22,7	22,2	22,1	22,4	22,6	22,9
Slowakei	-	-	-	-	25,3	19,9	18,8	17,7	17,4	16,3	16,1
Slowenien	-	-	-	-	22,3	23,1	24,4	24,0	23,0	22,4	22,5
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,3	23,7	25,2	21,2	18,6	19,7
Tschechien	-	-	-	-	22,0	19,6	21,5	21,1	20,0	19,4	19,3
Ungarn	-	-	-	-	26,7	27,8	25,7	27,2	27,1	27,4	26,1
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,0	29,4	28,9	27,6	28,3
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	20,5	21,4	19,8	17,6	18,3

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2011.

Stand: Dezember 2011.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik, \, werden \, Finanzstatistik \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, Deutschen \, Finanzstatistik \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, Oder \, Deutschen \, Finanzstatistik \, Deutschen \, Finanzstatistik \, Deutschen \, Finanzstatistik \, Deutschen \, Deutschen$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP												
Land	1970	1980	1990	2000	2005	2008	2009	2010					
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,5	35,0	36,4	37,3	36,3					
Belgien	33,9	41,3	42,0	44,7	44,6	44,1	43,2	43,8					
Dänemark	38,4	43,0	46,5	49,4	50,8	48,1	48,1	48,2					
Finnland	31,6	35,8	43,7	47,2	43,9	42,9	42,6	42,1					
Frankreich	34,2	40,2	42,0	44,4	44,1	43,5	42,4	42,9					
Griechenland	20,0	21,6	26,2	34,0	31,9	31,5	30,0	30,9					
Irland	28,4	31,0	33,1	31,2	30,3	29,1	27,8	28,0					
Italien	25,7	29,7	37,8	42,2	40,8	43,3	43,4	43,0					
Japan	19,5	25,1	29,0	27,0	27,4	28,3	26,9	-					
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	33,4	32,2	32,0	31,0					
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	39,1	37,6	35,5	37,6	36,7					
Niederlande	35,6	42,9	42,9	39,6	38,4	39,1	38,2	-					
Norwegen	34,5	42,4	41,0	42,6	43,5	42,9	42,9	42,8					
Österreich	33,8	38,9	39,7	43,0	42,1	42,8	42,7	42,0					
Polen	-	-	-	32,8	33,0	34,2	31,8	-					
Portugal	17,8	22,2	26,9	30,9	31,2	32,5	30,6	31,3					
Schweden	37,8	46,4	52,3	51,4	48,9	46,4	46,7	45,8					
Schweiz	19,7	25,2	25,8	30,0	29,2	29,1	29,7	29,8					
Slowakei	-	-	-	34,1	31,5	29,4	29,0	28,4					
Slowenien	-	-	-	37,3	38,6	37,0	37,4	37,7					
Spanien	15,9	22,6	32,5	34,2	35,7	33,3	30,6	31,7					
Tschechien	-	-	-	35,2	37,5	36,0	34,7	34,9					
Ungarn	-	-	-	39,3	37,3	40,1	39,9	37,6					
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	36,3	35,7	35,7	34,3	35,0					
USA	27,0	26,4	27,4	29,5	27,1	26,3	24,1	24,8					

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2011.

Stand: Dezember 2011.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ der \ deutschen \ Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

11					Gesamtau	sgaben des	Staates in :	% des BIP				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland ¹	45,2	43,6	48,4	45,1	46,9	43,5	44,0	48,1	47,9	45,7	45,5	45,0
Belgien	58,4	52,2	52,1	49,0	51,9	48,3	49,9	53,7	52,8	52,3	53,1	53,0
Estland	-		41,3	36,1	33,6	34,0	39,5	45,2	40,6	38,4	40,4	38,9
Finnland	46,5	48,1	61,4	48,3	49,9	47,1	48,9	55,2	54,9	54,3	54,4	54,7
Frankreich	51,9	49,6	54,4	51,7	53,5	52,6	53,3	56,7	56,6	56,6	57,1	56,9
Griechenland	-	45,2	46,2	47,1	44,4	47,3	50,5	53,8	50,1	50,3	49,5	49,4
Irland	53,2	42,8	41,4	31,2	33,8	36,6	42,8	48,9	66,8	45,7	43,9	42,9
Italien	49,8	52,9	52,5	45,8	47,9	47,7	48,6	51,7	50,4	49,7	49,2	48,6
Luxemburg	-	37,7	39,7	37,6	41,5	36,3	37,1	43,0	42,5	43,2	44,6	44,9
Malta	-	-	39,7	40,3	44,6	42,7	44,0	43,3	42,9	42,4	42,7	42,4
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,2	46,2	51,6	51,3	50,3	49,9	50,0
Österreich	53,5	51,5	56,2	51,8	49,9	48,5	49,3	52,9	52,5	51,5	51,4	51,0
Portugal	37,5	38,5	41,5	41,1	45,8	44,3	44,7	49,9	51,3	49,1	47,2	45,4
Slowenien	-	-	52,3	46,5	45,3	42,5	44,2	49,3	50,1	51,0	50,5	50,9
Spanien	-	-	44,5	39,2	38,4	39,2	41,5	46,3	45,6	43,0	42,3	41,9
Zypern	-	-	33,4	37,1	43,1	41,3	42,1	46,2	46,4	46,8	45,1	44,8
Euroraum	-	-	50,6	46,1	47,3	46,0	47,1	51,2	50,9	49,4	49,2	48,8
Bulgarien	-	-	45,4	41,3	37,3	39,8	38,3	40,7	38,1	37,0	36,1	35,4
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	50,8	51,9	58,3	58,3	58,0	58,5	56,7
Lettland	-	31,6	38,6	37,6	35,8	35,9	39,1	44,2	44,4	41,4	40,4	38,5
Litauen	-	-	34,2	38,9	33,2	34,6	37,2	43,8	40,9	38,2	37,1	37,3
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	42,2	43,2	44,5	45,4	45,2	44,8	44,0
Rumänien	-	-	34,1	38,6	33,6	38,2	39,3	41,1	40,9	38,8	38,4	37,9
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	50,9	51,7	54,8	52,6	51,2	51,4	51,1
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	34,2	34,9	41,5	40,0	38,9	38,5	37,7
Tschechien	-	-	53,0	41,6	43,0	41,0	41,2	44,9	44,2	43,6	43,7	43,7
Ungarn	-	-	55,8	47,7	50,1	50,7	49,2	51,5	49,4	48,5	48,8	48,6
Vereinigtes Königreich	48,7	41,1	43,9	36,8	44,1	43,9	47,9	51,5	50,6	49,8	48,6	47,2
EU-27	-	-	50,2	44,7	46,8	45,6	47,1	51,0	50,6	49,3	49,0	48,4
USA	36,8	37,2	37,1	33,9	36,3	36,8	39,1	42,7	42,5	42,1	41,2	39,3
Japan	32,7	31,6	36,0	39,0	38,4	35,9	37,2	42,0	41,1	42,8	43,4	44,2

 $^{^{1}1985\,}bis\,1990\,nur\,alte\,Bundesländer.$

Stand: November 2011.

 $Quelle: \hbox{EU-Kommission\,,} \hbox{Statistischer\,Anhang\,der\,Europ\"{a}ischen\,Wirtschaft".}$

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

		Eu-Haush	nalt 2011 ¹		EU-Haushalt 2012 ²				
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	igen	Verpflicht	tungen	Zahluı	ngen	
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio.€	in%	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Rubrik									
1. Nachhaltiges Wachstum	64 504,4	45,4	53 629,0	42,3	68 155,6	46,1	55 336,7	42,9	
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	47,6	-	500,0	0,3	50,0	0,0	
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	58 659,2	41,3	55 983,9	44,2	59 975,8	40,6	57 034,2	44,2	
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 059,9	1,4	1 700,1	1,3	2 065,2	1,4	1 484,3	1,1	
4. Die EU als globaler Akteur	8 759,3	6,2	7 242,5	5,7	9 405,9	6,4	6 955,1	5,4	
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	253,9	0,2	100,0	0,1	258,9	0,2	110,0	0,1	
5. Verwaltung	8 172,8	5,7	8 171,5	6,4	8 279,6	5,6	8 277,7	6,4	
Gesamtbetrag	142 155,7	100,0	126 727,1	100,0	147 882,2	100,0	129 088,0	100,0	

¹ EU-Haushalt 2011 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-6/2011).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

	Differe	nz in %	Differenz in Mio. €			
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4		
Rubrik	10	11	12	13		
1. Nachhaltiges Wachstum	5,7	3,2	3 651,2	1 707,7		
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	50,0		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	2,2	1,9	1 316,5	1 050,3		
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	0,3	- 12,7	5,4	- 215,8		
4. Die EU als globaler Akteur	7,4	-4,0	646,6	-287,4		
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	10,0	5,0	10,0		
5. Verwaltung	1,3	1,3	106,8	106,2		
Gesamtbetrag	4,0	1,9	5 726,5	2.360,9		

² EU-Haushalt 2012 (endgültig festgestellter Haushalt vom 1. Dezember 2011 einschl. Entwurf Berichtigungshaushaltsplan Nr. 1/2012).

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Januar 2012

						in Mio. €						
164			Januar 2011		De	ezember 2011			Januar 2012			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt		
	Seit dem 1. Januar gebuchte											
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende	17 245	20 369	36 086	278 520	285 080	544 239	18 162	21 151	37 602		
11	Haushaltsjahr Einnahmen der laufenden Rechnung	16972	18 508	35 480	272 135	267 049	539 184	17878	19 603	37 48		
111	Steuereinnahmen	15 693	15 832	31 526	248 066	202 331	450 396	16 590	16533	33 12:		
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	180	1718	1 897	7 482	51 090	58 572	207	1 955	2 162		
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	2 536	2536	-				
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-			
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	273	1 861	2 134	6385	18 031	24416	284	1 548	1 83		
121	Veräußerungserlöse	6	95	101	3 307	558	3 865	23	303	32		
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	0	60	61	2 579	107	2 686	0	280	280		
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	8	1 322	1 330	719	12 659	13 378	3	931	93		
_	Bereinigte Ausgaben ¹											
2	für das laufende Haushaltsjahr	42 404	27 490	68 366	296 228	294 445	571 311	42 651	27 646	68 58		
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	40 097	25 805	65 902	270 156	258 436	528 592	40 671	26012	66 68		
211	Personalausgaben	3 164	11338	14 502	27 856	104 470	132 326	2 999	11720	1471		
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	920	3 356	4276	7 745	29 724	37 469	943	3 501	4 44		
212	Laufender Sachaufwand	1 570	2 136	3 706	20 671	26 086	46 757	1 795	2 123	3 91		
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	559	1 387	1 946	9 9 7 6	17 212	27 188	663	1 407	2 07		
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	12 241	3 206	15 447	32 800	19 291	52 091	12 750	3 073	15 82		
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	834	4156	4 990	15 929	60 667	76 597	977	4343	5 32		
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	51	51	-	540	540	-	105	10		
2142	Zuweisungen an Gemeinden	0	3 684	3 684	12	55 220	55 231	1	3 772	3 77		
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 307	1 685	3 992	26 072	36 008	62 081	1 980	1 634	3 61		
221	Sachinvestitionen	166	183	349	7 175	7 264	14440	211	195	40		
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	679	674	1 353	5 243	13 932	19 175	677	483	116		
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 248	1 680	3 928	25 378	35 253	60 630	1 923	1 631	3 55		

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 1: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Januar 2012

						in Mio. €					
			Januar 2011		De	zember 2011	l	Januar 2012			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 25 149 ²	-7 120	-32 269	-17 667 ²	-9 365	-27 032	-24 484 ²	-6 495	-30 97	
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	28 208	6 6 7 6	34884	277 327	85 913	363 240	23 614	12 076	35 69	
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	24 347	15 249	39 596	259 983	83 219	343 202	23 364	16 030	39 39	
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	3 861	-8 573	-4712	17 343	2 694	20 037	250	-3 955	-3 70	
	Zum Ende des Monats bestehende										
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	1 064	5 658	6722	-10 473	4140,6	-6332,2	5 161	3 807	8 96	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	13 992	13 992	-	14888	14888	-	14512	1451	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-1 063	-5 522	-6 585	10 473	-884,8	9588,5	-5 158	-2 647	-7 80	

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $^{^2\,}Einschließlich\,haushaltstechnische\,Verrechnungen.$

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Februar 2012

		in Mio. €								
			Februar 2011		J	anuar 2012			Februar 2012	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	34 012	43 005	74 427	18 162	21 151	37 602	35 423	44 635	77 198
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	33 514	40 288	73 802	17878	19 603	37 481	35 045	42 639	77 68
111	Steuereinnahmen	31 033	31 838	62 871	16 590	16 533	33 123	32 614	33 974	66 58
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	400	6 054	6 455	207	1 955	2 162	418	6 581	6 99
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	-	-	-	-	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	498	2718	3 2 1 5	284	1 548	1 831	378	1 997	237
121	Veräußerungserlöse	37	152	189	23	303	326	38	383	42
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	0	66	67	0	280	280	0	304	30
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	16	1 847	1 863	3	931	934	10	1 204	1 21
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	63 623	48 152	109 185	42 651	27 646	68 586	62 345	49 553	109 03
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	60 384	44 935	105 319	40 671	26 012	66 684	59 326	46 624	105 95
211	Personalausgaben	5 571	19 649	25 220	2 999	11 720	14718	5 363	20 323	25 68
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	1 591	5 715	7 306	943	3 501	4 444	1 622	5 973	7 59
212	Laufender Sachaufwand	2 752	3 997	6748	1 795	2 123	3 9 1 8	3 065	4 167	7 23
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 205	2 610	3 815	663	1 407	2 070	1 469	2 682	415
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	13 013	5 3 2 9	18 342	12 750	3 073	15 824	11 931	5 181	1711
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 067	7 509	9 576	977	4343	5 321	2 331	8 421	10 75
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	34	34	-	105	105	-	113	11
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2	6 889	6 8 9 1	1	3 772	3 773	2	7 706	7 70
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	3 239	3 2 1 7	6 455	1 980	1 634	3 614	3 0 1 9	2 930	5 94
221	Sachinvestitionen	363	476	839	211	195	406	452	470	92
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	757	1 255	2 012	677	483	1 160	765	823	1 58
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	3 170	3 207	6376	1 923	1 631	3 554	2913	2 922	5 83

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Februar 2012

			Februar 2011		J	anuar 2012		Februar 2012			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 29 593 ²	-5 147	-34 739	-24 484 ²	-6 495	-30 979	-26 907 ²	-4 918	-31 825	
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	47 904	13 445	61 349	23 614	12 076	35 690	42 710	15 507	58 217	
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	36 063	22 861	58 924	23 364	16 030	39394	32 456	24 757	57 213	
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	11 841	-9 416	2 425	250	-3 955	-3 705	10 254	-9 250	1 004	
	Zum Ende des Monats bestehende										
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-5 443	6910	1 467	5 161	3807,3	8968,2	-3 587	4 581	994	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	15 680	15 680	-	14512	14512	-	17 092	17 09	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	5 443	-5 503	- 59	-5 158	-2646,9	-7805,1	3 588	- 899	2 68	

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2012

1.6.4		Dod		Duanden		in Mio. €	Nioday	Nordsh	Dhairt	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	2 634	3 370	627	1 372	491	2 126	4 638	902	20
1	Einnahmen der laufenden Rechung	2515	3 2 1 4	593	1312	419	1 750	4430	852	200
11	Steuereinnahmen	2 225	2 763	477	1 137	292	1 3 6 8	4005	614	17
12	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	170	166	62	104	74	123	271	143	1:
121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	-	-	-	-	
122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	34	9	-	16	(
2	Einnahmen der Kapitalrechnung	119	156	34	60	73	376	209	51	
21	Veräußerungserlöse	-	0	1	1	0	279	2	0	
211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	-	-	-	279	-	-	
22	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	92	125	26	58	46	87	136	26	1
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	3 543	4 094 ª	821	2 021	514	2 381	5 726	1 592	40
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	3 413	3 959 a	772	1 907	470	2 096	5 3 0 4	1 477	383
211	Personalausgaben	2 095	2 435	305	661	138	818 ²	1764 ²	782	19
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	658	753	24	216	9	265	621	246	7
212	Laufender Sachaufwand	162	256	34	222	38	115	312	77	1
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	124	211	27	202	36	95	236	67	1.
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	453	319 ^a	67	393	31	216	601	147	94
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	239	645	226	403	196	629	1 173	246	4
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	154	325	-	140	-	-	-	-	
142	Zuweisungen an Gemeinden	81	312	170	258	173	629	1 157	241	4
2	Ausgaben der Kapitalrechnung	131	135	48	114	45	286	422	115	1
21	Sachinvestitionen	29	61	3	21	5	10	5	3	
22	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	41	12	20	71	23	17	214	30	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	131	134	48	114	45	286	421	115	1

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2012

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 910	- 724 ^b	- 194	- 649	- 23	- 255	-1 088	- 690	- 195
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	1 233	920	500	1 865	400	500	2 355	1 357	109
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	2 508	1 358	630	2 495	-	528	2 566	1 586	90
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-1 275	-438	-130	- 630	400	- 28	-211	- 229	19
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	350	-	-	48	738	-
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	945	3 532	-	1 404	874	2 279	465	3	637
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 38	-	- 276	125	696	1 563	-861	- 737	461

 $^{^1 \}text{In der L\"{a}nder summe ohne Zuweisungen von L\"{a}nder nim L\"{a}nder finanzausgleich.}$

²Ohne Februar-Bezüge.

 $^{^3}$ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 109,6 Mio. \in , $\,$ b -109,6 Mio. \in .

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2012

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen	
	Seit dem 1. Januar									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	1 134	584	681	668	1 536	217	478	21 151	
11	Einnahmen der laufenden Rechung	905	561	636	627	1 448	205	451	19 603	
111	Steuereinnahmen	727	430	545	520	842	108	304	16 533	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	138	111	57	85	339	71	29	1 955	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	-	-	-		
1122	Länderfinanzausgleich ¹	57	43	-	42	250	56	-		
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	230	23	44	41	89	11	28	1 548	
121	Veräußerungserlöse	-	0	2	1	16	-	1	303	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	0	-	1	-	-	280	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	205	22	25	38	35	5	-	93	
_	Bereinigte Ausgaben ¹	1 022	900	1.025	000	2.000	447	021	27.644	
2	für das laufende Haushaltsjahr	1 033	806	1 035	808	2 006	447	931	27 646	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	989	729	981	777	1 963	417	890	26 012	
211	Personalausgaben	401	198	502	189	870	130	235	11 720	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	26	16	178	14	249	42	108	3 50	
212	Laufender Sachaufwand	27	105	42	50	372	62	233	2 123	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	48	25	37	31	150	20	84	1 40	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	72	101	126	90	227	45	91	3 073	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende	322	161	249	294	22	5	-	4343	
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-1	-	-	-	-	-	10	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	257	- 1	208	239	1	1	1	3 77	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	44	78	54	31	43	30	41	1 634	
221	Sachinvestitionen	12	6	4	10	6	2	16	19	
222	Zahlungen an Verwaltungen	7	- 1	31	1	2	7	1	48.	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	45	78	53	31	43	30	41	1 63	

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2012

					in M	io.€		_	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	102	- 222	- 355	- 140	- 470	- 231	- 453	-6 495
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	427	- 13	150	1 898	200	175	12 076
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	50	171	95	75	3 108	716	55	16 030
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo	- 50	256	- 108	75	-1 209	-516	120	-3 955
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	1 111	-	25	1 069	366	101	3 807
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 244	-11	-	-	333	420	1 389	14512
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-1 140	- 464	9	-1 061	- 350	- 573	-2 647

¹In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

² Ohne Februar-Bezüge.

 $^{^3}$ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 109,6 Mio. €, b -109,6 Mio. €.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 4: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Febuar 2012

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	5 267	7 015 ª	1 485	2 902	1 005	4 507	8 685	2 011	491
11	Einnahmen der laufenden Rechung	5 063	6813	1 434	2 821	916	4088	8 446	1 943	478
111	Steuereinnahmen	4 174	5 412	1 139	2 260	644	3 164 4	7 028	1 399	403
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	647	802	196	400	200	503	1 059	388	56
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	-	-	-	-	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	68	46	-	36	15
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	204	202 a	51	81	89	419	239	68	13
121	Veräußerungserlöse	0	0	2	1	3	279	6	0	3
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	-	-	-	279	-	-	3
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	150	159	42	77	52	111	157	45	6
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	5 838	7 269 ^b	1 675	3 747	965	4 289	9 233	2 897	72!
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	5 592	6921 b	1 559	3 544	867	3915	8 687	2 693	695
211	Personalausgaben	3 297	3 867	488	1 326	279	1 627 ²	3 481 2	1 226	307
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	1 028	1 178	38	445	18	526	1 190	383	12
212	Laufender Sachaufwand	290	486	75	353	65	231	559	157	29
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	243	403	63	310	57	194	421	136	2
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	668	383 b	149	450	77	542	1 057	257	170
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	555	1 395	597	870	322	898	1 774	722	93
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	356	650	-	312	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	193	730	501	547	273	898	1 750	715	9
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	246	347	116	203	98	374	546	204	30
221	Sachinvestitionen	67	128	8	57	21	16	15	6	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	86	86	38	95	56	26	215	71	,
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	246	347	116	203	98	374	541	204	2

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 4: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2012

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 571	- 254 ^c	- 190	- 845	40	218	- 548	- 885	- 234
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	1 923	1 695	600	1 865	400	550	1 038	2 787	10
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	3 619	1 427	1 165	2 520	250	613	5 477	2 011	22
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-1 696	268	- 565	- 655	150	- 63	-4439	776	- 11
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	500	260	-	-	992	86	17
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	952	4 992	-	1 386	868	2 469	545	3	63
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-316	-	-914	- 115	514	2 151	-879	-86	28

¹In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

² Ohne Februar-Bezüge.

 $^{^3}$ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 6,1 Mio. \in , b 126,8 Mio. \in , c -120,7 Mio. \in .

⁴NI - die ausgewiesenen Steuereinnahmen enthalten Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,5 Mio. €.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 4: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2012

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen	
	Seit dem 1. Januar									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	2 518	1 357	1 327	1 292	3 503	630	1 847	44 635	
11	Einnahmen der laufenden Rechung	2 242	1314	1 276	1 220	3 384	608	1 799	42 639	
111	Steuereinnahmen	1 768	978	990	930	1 943	358	1 383	33 974	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	384	284	187	244	884	205	143	6 581	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	-	-	-	-	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	113	86	-	84	600	157	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	275	43	51	72	119	22	48	1 997	
121	Veräußerungserlöse	-	0	5	23	37	-	25	383	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	0	21	1	-	0	304	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	239	33	28	41	39	7	18	1 204	
_	Bereinigte Ausgaben ¹	2 257	1 643	1 769	1 674	3 789	787	2 204	49 553	
2	für das laufende Haushaltsjahr	2 231	1 643	1 709	1074	3 703	101	2 204	49 555	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	2 100	1 500	1 674	1 591	3 641	735	2 116	46 624	
211	Personalausgaben	699	395	782	376	1 403	243	526	20 323	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	42	31	277	26	382	80	209	5 973	
212	Laufender Sachaufwand	108	176	74	101	791	134	539	4167	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	107	46	65	61	331	51	170	2 682	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	109	169	235	185	428	99	203	5 181	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende	812	467	425	637	44	8	8	8 421	
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	113	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	684	369	381	569	1	1	2	7 706	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	157	143	95	82	148	52	88	2 930	
221	Sachinvestitionen	43	15	14	22	15	5	36	470	
222	Zahlungen an Verwaltungen	38	45	41	2	4	7	5	823	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	157	143	94	82	148	52	88	2 922	

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 4: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2012

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	261	- 286	- 442	- 382	- 286	- 156	- 357	-4 918
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	1 110	416	273	3 296	600	-1 154	15 507
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	135	181	1 045	325	3 586	1 282	896	24 757
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo	- 135	929	- 629	- 52	- 290	- 681	-2 050	-9 250
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	1 658	-	310	43	475	80	4 581
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 255	64	-	-	371	389	2 166	17 092
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-1 677	-1 067	9	- 35	- 463	1 693	- 899

 $^{^1} In \, der \, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$

²Ohne Februar-Bezüge

 $^{^3}$ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 6,1 Mio. \in , b 126,8 Mio. \in , c -120,7 Mio. \in .

⁴ NI - die ausgewiesenen Steuereinnahmen enthalten Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,5 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,7		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	+2,5	+2,5	+2,7	22,5
1995	37,8	+0,4	50,2	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	+0,8	+0,9	+2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	+1,7	+1,9	+2,3	21,0
1998	38,1	+1,1	50,9	3,7	8,9	+1,9	+0,7	+1,1	21,1
1999	38,7	+1,5	51,2	3,4	8,1	+1,9	+0,4	+0,9	21,3
2000	39,4	+1,7	51,6	3,1	7,4	+3,1	+1,3	+2,7	21,5
2001	39,5	+0,3	51,7	3,2	7,5	+1,5	+1,2	+2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	+0,0	+0,6	+1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	+0,5	+0,9	17,8
2004	39,0	+0,3	52,2	4,2	9,7	+1,2	+0,9	+0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	+0,7	+0,8	+1,2	17,3
2006	39,2	+0,6	52,6	4,2	9,8	+3,7	+3,1	+3,6	18,1
2007	39,9	+1,7	52,7	3,6	8,3	+3,3	+1,5	+1,7	18,4
2008	40,3	+1,2	52,9	3,1	7,2	+1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	+0,0	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	+0,5	53,1	2,9	6,8	+3,7	+3,2	+1,4	17,5
2011	41,1	+1,3	53,2	2,5	5,8	+3,0	+1,6	+1,3	18,2
2006/01	39,1	-0,1	52,1	3,9	9,2	+1,0	+1,2	+1,6	18,2
2011/06	40,2	+1,0	53,0	3,3	7,5	+1,1	+0,2	+0,3	18,0

 $^{^{1}}$ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,} Erwerbspersonen\, (inländische\, Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO])\, in\, \%\, der\, Wohnbev\"{o}lkerung\, nach\, ESVG\, 95.$

 $^{^3}$ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)1	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p.a			
1991							
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,4	+4,1
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,7	+0,5
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,7	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+1,9	-1,0
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+0,9	+0,4
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,5	+0,5
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+1,9	+0,3
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,0	+0,9
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,7	-0,4
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,6	-2,4
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,7	+2,6	+2,3
2009	-4,0	+1,2	+3,8	-0,1	+0,1	+0,4	+6,0
2010	+4,3	+0,6	-2,0	+1,4	+1,9	+1,1	-1,5
2011	+3,8	+0,8	-2,4	+1,8	+2,1	+2,3	+1,2
2006/01	+1,9	+0,9	+0,0	+1,0	+1,3	+1,4	-0,5
2011/06	+2,1	+1,0	-0,4	+1,2	+1,4	+1,7	+1,4

 $^{^{1}} Einschl.\ private\ Organisationen\ ohne\ Erwerbszweck.$

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mı	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	+0,4	+0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	+9,1	+8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	+7,8	+6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	+6,0	+4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	+12,7	+11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	+6,9	+6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	+5,0	+7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	+16,2	+18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	+7,0	+1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	+4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	+0,9	+2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	+10,3	+7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	+8,6	+9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	+14,6	+14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	+8,8	+5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	+3,8	+6,1	154,2	153,3	48,1	41,8	6,2	6,2
2009	-16,2	-15,2	118,5	136,7	41,9	37,0	5,0	5,8
2010	+16,5	+16,7	135,5	143,2	46,8	41,4	5,5	5,8
2011	+11,2	+13,0	131,4	135,0	50,1	45,0	5,1	5,3
2006/01	+7,6	+6,0	96,4	73,9	38,6	34,2	4,4	3,3
2011/06	+4,1	+4,6	139,9	150,2	46,6	40,9	5,7	6,2

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohno		Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer)	
				unbereinigt ¹	bereinigt ²			
Jahr	V	eränderung in % p.a	а.	in%		Veränderung in % p.a.		
1991				70,8	70,8		•	
1992	+6,7	+2,6	+8,4	71,9	72,1	+10,2	+4,0	
1993	+1,4	-0,8	+2,3	72,5	72,9	+4,3	+0,9	
1994	+4,1	+8,2	+2,5	71,4	72,0	+1,9	-2,3	
1995	+3,9	+4,9	+3,5	71,1	71,8	+2,9	-0,9	
1996	+1,5	+3,1	+0,8	70,7	71,5	+1,2	+0,4	
1997	+1,5	+4,2	+0,3	69,9	70,8	+0,0	-2,5	
1998	+1,8	+1,3	+2,0	70,0	71,0	+0,8	+0,4	
1999	+1,0	-2,4	+2,5	71,1	72,0	+1,3	+1,3	
2000	+2,2	-1,5	+3,7	72,1	72,9	+1,3	+1,7	
2001	+2,3	+3,6	+1,9	71,8	72,6	+2,0	+1,3	
2002	+0,9	+1,7	+0,6	71,6	72,5	+1,4	+0,1	
2003	+1,1	+3,2	+0,2	71,0	72,1	+1,1	-1,3	
2004	+4,9	+16,0	+0,3	67,9	69,2	+0,5	+0,9	
2005	+1,6	+6,4	-0,7	66,4	68,0	+0,3	-1,4	
2006	+5,5	+13,3	+1,6	63,9	65,5	+0,8	-1,2	
2007	+3,8	+5,8	+2,7	63,2	64,7	+1,5	-0,4	
2008	+0,9	-3,7	+3,6	64,9	66,3	+2,2	-0,4	
2009	-4,6	-13,5	+0,1	68,2	69,6	-0,3	-0,5	
2010	+5,1	+10,5	+2,5	66,5	68,0	+2,2	+1,6	
2011	+3,4	+1,5	+4,4	67,2	68,6	+3,3	+0,2	
2006/01	+2,8	+8,0	+0,4	68,8	70,0	+0,8	-0,6	
2011/06	+1,6	-0,3	+2,7	65,7	67,1	+1,8	+0,1	

 $^{^1} Arbeit nehmer entgelte in \% \, des \, Volksein kommens.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Jahresprojektion der Bundesregierung vom 18. Januar 2012

Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 12

1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren der Europäischen Union verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der EU für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite http://circa.europa.eu/Public/irc/ecfin/outgaps/library.

Die Berechnungen zu den verwendeten Budgetsensitivitäten werden in der folgenden Veröffentlichung beschrieben: Girouard und André (2005), Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries, OECD Economics Department Working Papers 434.

2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigen und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem HP-Filter Rechnung zu tragen.

- 3. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- 4. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Jahresprojektion 2012 der Bundesregierung.
- 5. Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch,

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mit Hilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige

Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsensitivität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden (http://www.bundesfinanzministerium. de/nn_17844/DE/BMF__Startseite/Publikationen/Monatsbericht__des__BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-bundes/node. html?__nnn=true).

Tabelle 5: Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsensitivität ¹	Konjunkturkomponente ²
		in Mrd. € (nominal)		J	in Mrd. € (nominal)
2010	2 519,9	2 476,8	-43,1	0,248	-10,7
2011	2 576,1	2 570,0	-6,1	0,160	-1,0
2012	2 652,9	2 626,5	-26,4	0,160	-4,2
2013	2 728,6	2 704,7	-23,9	0,160	-3,8
2014	2 802,4	2 785,0	-17,3	0,160	-2,8
2015	2 876,6	2 867,8	-8,8	0,160	-1,4
2016	2 952,9	2 952,9	0,0	0,160	0,0

¹ Die Budgetsensitivität des Bundes war im Jahr 2010 höher als sie in den Folgejahren ist, da der Bund im Jahr 2010 einmalig einen Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit zahlte und damit die konjunkturellen Effekte hinsichtlich der Einnahmen und der Ausgaben der Arbeitslosenversicherung zu tragen hatte.

² Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrundeliegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Für die Jahre 2010 bis 2012 entsprechen die hier angegebenen Werte nicht den gemäß der Schuldenregel relevantenen Werten für die Haushaltsaufstellung. Die hierfür maßgeblichen Werte sind dem Finanzplan des Bundes 2010 bis 2014 bzw. den Haushaltsgesetzen des Bundes ab 2011 zu entnehmen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial			Produktio	nslücken	
	preisbe	ereinigt	nom	ninal	preisber	einigt	nom	inal
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd.€	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP
1982	1 444,4	+2,2	950,0	+6,9	-26,8	-1,9	-17,6	-1,9
1983	1 475,4	+2,1	997,7	+5,0	-35,5	-2,4	-24,0	-2,4
1984	1 506,7	+2,1	1 039,1	+4,2	-26,2	-1,7	-18,1	-1,7
1985	1 536,1	+1,9	1 081,8	+4,1	-21,1	-1,4	-14,8	-1,4
1986	1 567,9	+2,1	1 137,4	+5,1	-18,2	-1,2	-13,2	-1,2
1987	1 601,3	+2,1	1 176,5	+3,4	-29,9	-1,9	-22,0	-1,9
1988	1 640,6	+2,5	1 225,7	+4,2	-10,9	-0,7	-8,2	-0,7
1989	1 686,6	+2,8	1 296,4	+5,8	6,5	0,4	5,0	0,4
1990	1 745,2	+3,5	1 387,0	+7,0	36,9	2,1	29,3	2,1
1991	1 799,5	+3,1	1 474,2	+6,3	73,7	4,1	60,4	4,1
1992	1 849,2	+2,8	1 596,8	+8,3	59,8	3,2	51,6	3,2
1993	1 893,4	+2,4	1 700,0	+6,5	-3,5	-0,2	-3,1	-0,2
1994	1 930,4	+2,0	1 776,6	+4,5	6,1	0,3	5,6	0,3
1995	1 965,7	+1,8	1 845,3	+3,9	3,4	0,2	3,2	0,2
1996	1 999,5	+1,7	1 889,1	+2,4	-14,9	-0,7	-14,1	-0,7
1997	2 031,8	+1,6	1 924,6	+1,9	-12,7	-0,6	-12,0	-0,6
1998	2 063,7	+1,6	1 966,4	+2,2	-7,0	-0,3	-6,7	-0,3
1999	2 096,2	+1,6	2 001,2	+1,8	-1,0	0,0	-1,0	0,0
2000	2 128,7	+1,6	2 018,6	+0,9	30,5	1,4	28,9	1,4
2001	2 161,2	+1,5	2 072,4	+2,7	30,7	1,4	29,5	1,4
2002	2 192,3	+1,4	2 132,4	+2,9	-0,2	0,0	-0,2	0,0
2003	2 221,0	+1,3	2 184,0	+2,4	-37,1	-1,7	-36,5	-1,7
2004	2 248,3	+1,2	2 234,5	+2,3	-39,0	-1,7	-38,8	-1,7
2005	2 273,8	+1,1	2 273,8	+1,8	-49,4	-2,2	-49,4	-2,2
2006	2 301,0	+1,2	2 308,2	+1,5	5,7	0,2	5,7	0,2
2007	2 330,2	+1,3	2 375,6	+2,9	51,9	2,2	52,9	2,2
2008	2 358,8	+1,2	2 423,3	+2,0	49,2	2,1	50,5	2,1
2009	2 381,1	+0,9	2 475,0	+2,1	-96,6	-4,1	-100,5	-4,1
2010	2 410,0	+1,2	2 519,9	+1,8	-41,3	-1,7	-43,1	-1,7
2011	2 444,8	+1,4	2 576,1	+2,2	-5,8	-0,2	-6,1	-0,2
2012	2 480,3	+1,5	2 652,9	+3,0	-24,7	-1,0	-26,4	-1,0
2013	2 517,9	+1,5	2 728,6	+2,9	-22,0	-0,9	-23,9	-0,9
2014	2 551,8	+1,3	2 802,4	+2,7	-15,8	-0,6	-17,3	-0,6
2015	2 584,8	+1,3	2 876,6	+2,6	-7,9	-0,3	-8,8	-0,3
2016	2 618,3	+1,3	2 952,9	+2,7	0,0	0,0	0,0	0,0

Tabelle 7: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1982	+2,2	1,1	0,2	1,0
1983	+2,1	1,2	0,1	0,9
1984	+2,1	1,3	0,0	0,9
1985	+1,9	1,3	-0,2	0,8
1986	+2,1	1,4	-0,2	0,8
1987	+2,1	1,5	-0,2	0,8
1988	+2,5	1,6	0,0	0,8
1989	+2,8	1,7	0,2	0,9
1990	+3,5	1,8	0,8	0,9
1991	+3,1	1,7	0,3	1,0
1992	+2,8	1,6	0,0	1,1
1993	+2,4	1,4	-0,1	1,1
1994	+2,0	1,3	-0,3	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,7	1,0	-0,2	0,9
1997	+1,6	1,0	-0,2	0,9
1998	+1,6	0,9	-0,2	0,9
1999	+1,6	0,9	-0,2	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,3	0,9
2001	+1,5	1,0	-0,3	0,8
2002	+1,4	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,2	0,8	-0,1	0,5
2005	+1,1	0,7	-0,1	0,5
2006	+1,2	0,7	0,0	0,5
2007	+1,3	0,6	0,1	0,5
2008	+1,2	0,6	0,1	0,5
2009	+0,9	0,4	0,1	0,4
2010	+1,2	0,5	0,3	0,4
2011	+1,4	0,5	0,6	0,4
2012	+1,5	0,6	0,5	0,4
2013	+1,5	0,7	0,4	0,4
2014	+1,3	0,7	0,1	0,5
2015	+1,3	0,8	0,0	0,5
2016	+1,3	0,8	0,0	0,5

 $^{^{1}} Abweichungen \, des \, ausgewiesen en \, Potenzial wachstums \, von \, der \, Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungs bedingt.$

Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt ¹	nominal				
	in Mrd . €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr			
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,2			
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,4			
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,9			
1985	1 515,0	+2,3	1 067,0	+4,5			
1986	1 549,7	+2,3	1 124,2	+5,4			
1987	1 571,4	+1,4	1 154,5	+2,7			
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,5			
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,9			
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,8			
1991	1 873,2	+5,1	1 534,6	+8,4			
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,4			
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,9			
1994	1 936,6	+2,5	1 782,2	+5,0			
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,7			
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,4			
1997	2019,1	+1,7	1 912,6	+2,0			
1998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,5			
1999	2 095,2	+1,9	2 000,2	+2,1			
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4			
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,7			
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4			
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,7			
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,2			
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,3			
2006	2 306,7	+3,7	2 3 1 3,9	+4,0			
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,0			
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,9			
2009	2 284,5	-5,1	2 374,5	-4,0			
2010	2 3 6 8 , 8	+3,7	2 476,8	+4,3			
2011	2 439,1	+3,0	2 570,0	+3,8			
2012	2 455,7	+0,7	2 626,5	+2,2			
2013	2 495,8	+1,6	2 704,7	+3,0			
2014	2 536,0	+1,6	2 785,0	+3,0			
2015	2 576,9	+1,6	2 867,8	+3,0			
2016	2 618,3	+1,6	2 952,9	+3,0			

¹Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2005=100).

Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbe	evölkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstätige, Inland			
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahı		
982	52 069	+1,3	69,2	69,1	33 734	-0,8		
983	52 586	+1,0	69,7	69,6	33 427	-0,9		
984	52 916	+0,6	70,2	69,9	33 715	+0,9		
985	53 020	+0,2	70,8	70,8	34 188	+1,4		
986	53 093	+0,1	71,5	71,4	34 845	+1,9		
987	53 124	+0,1	72,1	72,2	35 331	+1,		
988	53 294	+0,3	72,6	72,9	35 834	+1,		
989	53 664	+0,7	73,1	73,1	36 507	+1,		
990	54 518	+1,6	73,4	73,5	37 657	+3,		
991	55 023	+0,9	73,6	74,3	38 712	+2,		
992	55 349	+0,6	73,6	73,6	38 183	-1,		
993	55 613	+0,5	73,6	73,3	37 695	-1,:		
994	55 686	+0,1	73,7	73,6	37 667	-0,		
995	55 775	+0,2	73,8	73,6	37 802	+0,4		
996	55 907	+0,2	74,0	73,8	37 772	-0,		
997	55 980	+0,1	74,4	74,2	37716	-0,		
998	55 991	+0,0	74,8	74,8	38 148	+1,		
999	55 952	-0,1	75,3	75,3	38 721	+1,		
000	55 852	-0,2	75,8	76,1	39 382	+1,		
001	55 772	-0,1	76,4	76,5	39 485	+0,		
002	55 719	-0,1	76,9	76,8	39 257	-0,		
003	55 596	-0,2	77,5	77,0	38 918	-0,9		
004	55 359	-0,4	78,1	78,0	39 034	+0,:		
005	55 063	-0,5	78,7	79,1	38 976	-0,		
006	54746	-0,6	79,2	79,3	39 192	+0,		
007	54 496	-0,5	79,7	79,7	39 857	+1,		
008	54 276	-0,4	80,1	80,1	40 345	+1,		
009	54 006	-0,5	80,5	80,7	40 362	+0,0		
010	53 861	-0,3	80,8	80,8	40 553	+0,		
011	53 832	-0,1	81,0	81,0	41 094	+1,		
012	53 750	-0,2	81,3	81,2	41 314	+0,		
013	53 603	-0,3	81,5	81,5	41 394	+0,,		
014	53 391	-0,4	81,8	81,7	41 394	+0,0		
015	53 128	-0,5	82,1	82,0	41 394	+0,		
016	52 838	-0,5	82,5	82,4	41 394	+0,1		
017	52 521	-0,6	82,9	82,9				
018	52 185	-0,6	83,3	83,3				
019	51 834	-0,7	83,7	83,8				

 $^{^112.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbs	tätigen, Arbeitsst	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslose, Inländer		
Jahr	Tre		Tatsächlich bzw				in % der Erwerbs-	NAIRU ³
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen ²	
982	1 712	-0,9	1 711	-0,6	30 192	-0,7	6,2	5,5
983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,2
1984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,6
985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	7,0
986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,2
1987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,3
1988	1 610	-1,0	1 617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,3
1989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,3
1990	1 579	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,2
1991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,1
1992	1 556	-0,7	1 564	+0,8	34 567	-1,7	6,2	7,1
1993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34 020	-1,6	7,5	7,2
1994	1 537	-0,6	1 545	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,3
1995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,4
1996	1 516	-0,7	1 511	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,6
1997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,8
1998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34 189	+1,1	8,9	8,0
1999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34735	+1,6	8,1	8,2
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,3
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,5
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,6
2003	1 440	-0,6	1 436	-0,4	34800	-1,1	9,1	8,7
2004	1 434	-0,5	1 436	+0,0	34777	-0,1	9,6	8,7
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34 559	-0,6	10,5	8,6
2006	1 422	-0,4	1 424	-0,5	34736	+0,5	9,8	8,4
2007	1 417	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,1
2008	1 412	-0,3	1 422	-0,0	35 866	+1,4	7,2	7,7
2009	1 408	-0,3	1 383	-2,8	35 894	+0,1	7,4	7,3
2010	1 407	-0,1	1 408	+1,8	36 065	+0,5	6,8	6,8
2011	1 407	-0,0	1 414	+0,4	36 549	+1,3	5,7	6,3
2012	1 407	+0,0	1 409	-0,3	36 709	+0,4	5,4	5,8
2013	1 408	+0,0	1 409	-0,0	36 749	+0,1	5,2	5,2
2014	1 408	+0,0	1 408	-0,0	36 749	+0,0	5,1	5,0
2015	1 408	-0,0	1 408	-0,0	36 749	+0,0	5,0	4,8
2016	1 407	-0,0	1 408	-0,0	36 749	+0,0	4,9	4,8
2017	1 407	-0,0	1 407	-0,1				
2018	1 406	-0,0	1 406	-0,0				
2019	1 406	-0,0	1 406	-0,0				

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1.

 $^{{}^2\,} Erwerbs lose nquote \, nach \, Definition \, der \, International \, Labour \, Organization \, (ILO).$

³ NAIRU - Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment.

Tabelle 10: Kapital stock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	Abgangssquote	
	preisbe	ereinigt	preisbe	ereinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5
1984	6 823,4	+2,5	269,0	+0,2	1,5
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,6
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,7
1987	7 315,5	+2,3	285,2	+2,1	1,7
1988	7 487,8	+2,4	299,6	+5,0	1,7
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8
1990	7 876,2	+2,7	346,9	+8,0	1,9
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6
1992	8 378,1	+3,3	382,2	+4,6	1,4
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,5
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,!
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4
1996	9 3 8 4, 7	+2,7	378,6	-0,6	1,
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,
2000	10361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,
2003	10984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0
2005	11304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2
2008	11 830,9	+1,6	443,0	+1,7	2,7
2009	11 982,8	+1,3	392,5	-11,4	2,0
2010	12 111,4	+1,1	414,1	+5,5	2,4
2011	12 241,2	+1,1	441,1	+6,5	2,0
2012	12 381,6	+1,1	447,7	+1,5	2,!
2013	12 539,4	+1,3	463,8	+3,6	2,!
2014	12 705,0	+1,3	477,5	+3,0	2,!
2015	12 881,6	+1,4	491,6	+3,0	2,!
2016	13 068,0	+1,4	506,1	+3,0	2,

Tabelle 11: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1982	-7,4314	-7,4187
1983	-7,4141	-7,4070
1984	-7,3961	-7,3945
1985	-7,3814	-7,3812
1986	-7,3718	-7,3672
1987	-7,3662	-7,3523
1988	-7,3450	-7,3362
1989	-7,3180	-7,3191
1990	-7,2866	-7,3016
1991	-7,2573	-7,2844
1992	-7,2459	-7,2684
1993	-7,2510	-7,2542
1994	-7,2351	-7,2415
1995	-7,2238	-7,2302
1996	-7,2171	-7,2200
1997	-7,2052	-7,2104
1998	-7,2001	-7,2011
1999	-7,1966	-7,1917
2000	-7,1770	-7,1819
2001	-7,1639	-7,1722
2002	-7,1615	-7,1632
2003	-7,1628	-7,1550
2004	-7,1585	-7,1473
2005	-7,1532	-7,1401
2006	-7,1223	-7,1328
2007	-7,1056	-7,1264
2008	-7,1082	-7,1209
2009	-7,1474	-7,1166
2010	-7,1296	-7,1117
2011	-7,1154	-7,1066
2012	-7,1139	-7,1009
2013	-7,1033	-7,0943
2014	-7,0917	-7,0870
2015	-7,0804	-7,0791
2016	-7,0693	-7,0708

Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	hmerentgelte, Inland		
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr		
1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1		
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2		
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9		
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0		
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3		
1987	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5		
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2		
1989	76,9	+2,9	74,9	+3,9	728,0	+4,6		
1990	79,5	+3,4	77,1	+3,0	787,6	+8,2		
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0		
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5		
1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4		
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6		
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7		
1996	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8		
1997	94,7	+0,3	91,3	+1,3	1 026,2	+0,3		
1998	95,3	+0,6	91,7	+0,5	1 047,2	+2,0		
1999	95,5	+0,2	92,1	+0,4	1 073,7	+2,5		
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1 114,1	+3,8		
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9		
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6		
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2		
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3		
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7		
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5		
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6		
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,7	1 229,4	+3,6		
2009	103,9	+1,2	104,2	+0,1	1 230,6	+0,1		
2010	104,6	+0,6	106,3	+1,9	1 261,4	+2,5		
2011	105,4	+0,8	108,5	+2,1	1 318,4	+4,5		
2012	107,0	+1,5	110,4	+1,7	1 349,5	+2,4		
2013	108,4	+1,3	112,2	+1,6	1 379,5	+2,2		
2014	109,8	+1,3	114,0	+1,6	1 413,0	+2,4		
2015	111,3	+1,3	115,9	+1,6	1 448,6	+2,5		
2016	112,8	+1,3	117,8	+1,6	1 485,1	+2,5		

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

land					jährliche\	Veränderun	gen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	+2,3	+5,3	+1,7	+3,1	+0,7	+1,1	-5,1	+3,7	+2,9	+0,8	+1,5
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,7	+1,0	-2,8	+2,3	+2,2	+0,9	+1,5
Estland	-	-	+4,5	+10,0	+8,9	-3,7	-14,3	+2,3	+8,0	+3,2	+4,0
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	-0,2	-3,2	-3,5	-5,5	-2,8	+0,7
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	+0,9	-3,7	-0,1	+0,7	+0,7	+1,4
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	-0,1	-2,7	+1,5	+1,6	+0,6	+1,4
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+9,3	+5,3	-3,0	-7,0	-0,4	+1,1	+1,1	+2,3
Italien	+2,8	+2,1	+2,8	+3,7	+0,9	-1,2	-5,1	+1,5	+0,5	+0,1	+0,7
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	+3,6	-1,9	+1,1	+0,3	+0,0	+1,8
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,4	+0,8	-5,3	+2,7	+1,6	+1,0	+2,3
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,7	+4,4	-2,7	+2,7	+2,1	+1,3	+2,0
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	+1,8	-3,5	+1,7	+1,8	+0,5	+1,3
Österreich	+2,5	+4,2	+2,8	+3,7	+2,4	+1,4	-3,8	+2,3	+2,9	+0,9	+1,9
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	+0,0	-2,5	+1,4	-1,9	-3,0	+1,1
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	+5,9	-4,9	+4,2	+2,9	+1,1	+2,9
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	+3,6	-8,0	+1,4	+1,1	+1,0	+1,5
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	+1,0	-8,2	+3,6	+3,1	+1,4	+1,7
Euroraum	+2,2	+3,5	+2,3	+3,8	+1,7	+0,4	-4,2	+1,9	+1,5	+0,5	+1,3
Bulgarien	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+6,2	-5,5	+0,2	+2,2	+2,3	+3,0
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	-1,1	-5,2	+1,7	+1,2	+1,4	+1,7
Lettland	-	-	-0,9	+6,1	+10,1	-3,3	-17,7	-0,3	+4,5	+2,5	+4,0
Litauen	-	-	+3,3	+3,3	+7,8	+2,9	-14,8	+1,4	+6,1	+3,4	+3,8
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+5,1	+1,6	+3,9	+4,0	+2,5	+2,8
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	+7,3	-6,6	-1,9	+1,7	+2,1	+3,4
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	-0,6	-5,2	+5,6	+4,0	+1,4	+2,1
Tschechien	-	-	+5,9	+4,2	+6,8	+3,1	-4,7	+2,7	+1,8	+0,7	+1,7
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	+0,9	-6,8	+1,3	+1,4	+0,5	+1,4
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,5	+2,1	-1,1	-4,4	+1,8	+0,7	+0,6	+1,5
EU	+2,5	+3,0	+2,6	+3,9	+2,0	+0,3	-4,2	+2,0	+1,6	+0,6	+1,5
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,9	+1,9	-1,2	-6,3	+4,0	-0,4	+1,8	+1,0
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	-0,4	-3,5	+3,0	+1,6	+1,5	+1,3

Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2011. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2011.

Stand: November 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

l a a d			jährlich	ne Veränderunger	nin%		
Land	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	+2,3	+2,8	+0,2	+1,2	+2,4	+1,7	+1,8
Belgien	+1,8	+4,5	+0,0	+2,3	+3,5	+2,0	+1,9
Estland	+6,7	+10,6	+0,2	+2,7	+5,2	+3,3	+2,8
Griechenland	+3,0	+4,2	+1,3	+4,7	+3,0	+0,8	+0,8
Spanien	+2,8	+4,1	-0,2	+2,0	+3,0	+1,1	+1,3
Frankreich	+1,6	+3,2	+0,1	+1,7	+2,2	+1,5	+1,4
Irland	+2,9	+3,1	-1,7	-1,6	+1,1	+0,7	+1,2
Italien	+2,0	+3,5	+0,8	+1,6	+2,7	+2,0	+1,9
Zypern	+2,2	+4,4	+0,2	+2,6	+3,4	+2,8	+2,3
Luxemburg	+2,7	+4,1	+0,0	+2,8	+3,6	+2,1	+2,5
Malta	+0,7	+4,7	+1,8	+2,0	+2,6	+2,2	+2,3
Niederlande	+1,6	+2,2	+1,0	+0,9	+2,5	+1,9	+1,3
Österreich	+2,2	+3,2	+0,4	+1,7	+3,4	+2,2	+2,1
Portugal	+2,4	+2,7	-0,9	+1,4	+3,5	+3,0	+1,5
Slowakei	+1,9	+3,9	+0,9	+0,7	+4,0	+1,7	+2,1
Slowenien	+3,8	+5,5	+0,9	+2,1	+1,9	+1,3	+1,2
Finnland	+1,6	+3,9	+1,6	+1,7	+3,2	+2,6	+1,8
Euroraum	+2,1	+3,3	+0,3	+1,6	+2,6	+1,7	+1,6
Bulgarien	+7,6	+12,0	+2,5	+3,0	+3,6	+3,1	+3,0
Dänemark	+1,7	+3,6	+1,1	+2,2	+2,6	+1,7	+1,8
Lettland	+10,1	+15,3	+3,3	-1,2	+4,2	+2,4	+2,0
Litauen	+5,8	+11,1	+4,2	+1,2	+4,0	+2,7	+2,8
Polen	+2,6	+4,2	+4,0	+2,7	+3,7	+2,7	+2,9
Rumänien	+4,9	+7,9	+5,6	+6,1	+5,9	+3,4	+3,4
Schweden	+1,7	+3,3	+1,9	+1,9	+1,5	+1,3	+1,6
Tschechien	+3,0	+6,3	+0,6	+1,2	+1,8	+2,7	+1,6
Ungarn	+7,9	+6,0	+4,0	+4,7	+4,0	+4,5	+4,1
Vereinigtes Königreich	+2,3	+3,6	+2,2	+3,3	+4,3	+2,9	+2,0
EU	+2,4	+3,7	+1,0	+2,1	+3,0	+2,0	+1,8
Japan	+0,0	+1,4	-1,4	-0,7	-0,2	-0,1	+0,8
USA	+2,8	+3,8	-0,4	+1,6	+3,2	+1,9	+2,2

Quelle:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2011.

Stand: November 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				iı	n % der zivile	en Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	11,2	7,5	7,8	7,1	6,1	5,9	5,8
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,0	7,9	8,3	7,6	7,7	7,9
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	5,5	13,8	16,9	12,5	11,2	10,1
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	7,7	9,5	12,6	16,6	18,4	18,4
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	11,3	18,0	20,1	20,9	20,9	20,3
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	7,8	9,5	9,8	9,8	10,0	10,1
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	6,3	11,9	13,7	14,4	14,3	13,6
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	7,7	6,7	7,8	8,4	8,1	8,2	8,2
Zypern	-	-	2,6	4,8	5,3	3,7	5,3	6,2	7,2	7,5	7,1
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,9	5,1	4,6	4,5	4,8	4,7
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,3	6,0	6,9	6,9	6,7	6,8	6,6
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,1	3,7	4,5	4,5	4,7	4,8
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	3,8	4,8	4,4	4,2	4,5	4,2
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	8,5	10,6	12,0	12,6	13,6	13,7
Slowakei	-	-	13,2	18,8	16,3	9,5	12,0	14,4	13,2	13,2	12,3
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	4,4	5,9	7,3	8,2	8,4	8,2
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	6,4	8,2	8,4	7,8	7,7	7,4
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,5	9,2	7,6	9,6	10,1	10,0	10,1	10,0
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	5,6	6,8	10,2	12,2	12,1	11,3
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,3	6,0	7,4	7,4	7,3	7,1
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	7,5	17,1	18,7	16,1	15,0	13,5
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	5,8	13,7	17,8	15,1	13,3	11,6
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	7,1	8,2	9,6	9,3	9,2	8,6
Rumänien	-	-	6,0	6,8	7,2	5,8	6,9	7,3	8,2	7,8	7,4
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	6,2	8,3	8,4	7,4	7,4	7,3
Tschechien	-	-	3,9	8,7	7,9	4,4	6,7	7,3	6,8	7,0	6,7
Ungarn	-	-	9,9	6,4	7,2	7,8	10,0	11,2	11,2	11,0	11,3
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,6	7,6	7,8	7,9	8,6	8,5
EU	9,4	7,2	10,3	8,7	9,0	7,1	9,0	9,7	9,7	9,8	9,6
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	4,0	5,1	5,1	4,9	4,8	4,7
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	5,8	9,3	9,6	9,0	9,0	8,8

Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2011. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2011.

Stand: November 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

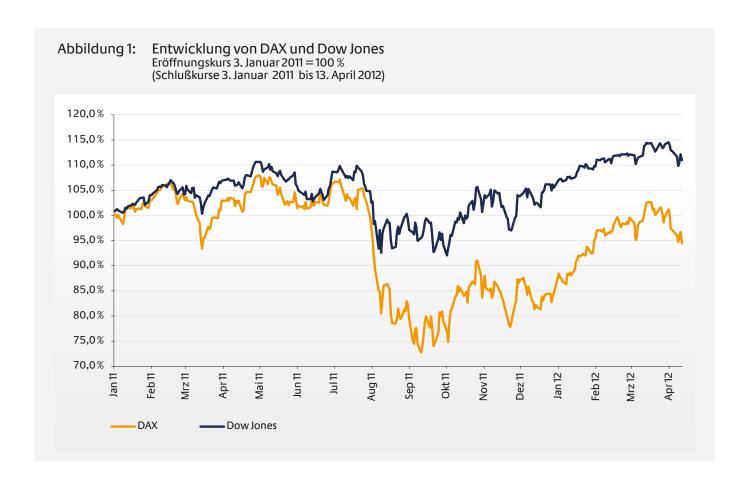
	Real	es Bruttoii	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise		Leistungsbilanz				
			Verände	rung gege	nüber Vor	jahr in %			in % des nominalen Bruttoinlandprodukts				
	2009	2010	2011 ¹	2012 ¹	2009	2010	2011 ¹	2012 ¹	2009	2010	2011 ¹	2012 1	
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	-6,4	+4,6	+4,6	+4,4	+11,2	+7,2	+10,3	+8,7	2,5	3,8	4,6	2,9	
darunter													
Russische Föderation	-7,8	+4,0	+4,3	+4,1	+11,7	+6,9	+8,9	+7,3	4,1	4,8	5,5	3,5	
Ukraine	-14,5	+4,2	+4,7	+4,8	+15,9	+9,4	+9,3	+9,1	-1,5	-2,1	-3,9	-5,3	
Asien	+7,2	+9,5	+8,2	+8,0	+3,1	+5,7	+7,0	+5,1	3,7	3,3	3,3	3,4	
darunter													
China	+9,2	+10,3	+9,5	+9,0	-0,7	+3,3	+5,5	+3,3	5,2	5,2	5,2	5,6	
Indien	+6,8	+10,1	+7,8	+7,5	+10,9	+12,0	+10,6	+8,6	-2,8	-2,6	-2,2	-2,2	
Indonesien	+4,6	+6,1	+6,4	+6,3	+4,8	+5,1	+5,7	+6,5	2,5	0,8	0,2	-0,4	
Korea	+0,3	+6,2	+3,9	+4,4	+2,8	+3,0	+4,5	+3,5	3,9	2,8	1,5	1,4	
Thailand	-2,4	+7,8	+3,5	+4,8	-0,8	+3,3	+4,0	+4,1	8,3	4,6	4,8	2,5	
Lateinamerika	-1,7	+6,1	+4,5	+4,0	+6,0	+6,0	+6,7	+6,0	-0,6	-1,2	-1,4	-1,7	
darunter													
Argentinien	+0,8	+9,2	+8,0	+4,6	+6,3	+10,5	+11,5	+11,8	2,1	0,8	-0,3	-0,9	
Brasilien	-0,6	+7,5	+3,8	+3,6	+4,9	+5,0	+6,6	+5,2	-1,5	-2,3	-2,3	-2,5	
Chile	-1,7	+5,2	+6,5	+4,7	+1,7	+1,5	+3,1	+3,1	1,6	1,9	0,1	-1,5	
Mexiko	-6,2	+5,4	+3,8	+3,6	+5,3	+4,2	+3,4	+3,1	-0,7	-0,5	-1,0	-0,9	
Sonstige													
Türkei	-4,8	+8,9	+6,6	+2,2	+6,3	+8,6	+6,0	+6,9	-2,3	-6,6	-10,3	-7,4	
Südafrika	-1,7	+2,8	+3,4	+3,6	+7,1	+4,3	+5,9	+5,0	-4,1	-2,8	-2,8	-3,	

¹Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook September 2011.

	••	
T 47		" - 1 -
	LIDARGICHT WAITTINGN	maruta
Tabelle II.	Übersicht Weltfinanz	IIIaikte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	03.04.2012	2011	zu Ende 2011	2011/2012	2011/2012
Dow Jones	13 200	12 218	+8,0	10 655	13 264
Euro Stoxx 50	2 459	2317	+6,1	1 995	3 068
Dax	6982	5 8 9 8	+18,4	5 072	7 528
CAC 40	3 407	3 160	+7,8	2 782	4 157
Nikkei	10 050	8 455	+18,9	8 160	10 858
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	03.04.2012	2011	US-Bond	2011/2012	2011/2012
USA	2,31	1,89	-	1,73	3,78
Deutschland	1,81	1,83	-0,5	1,68	3,49
Japan	1,03	0,99	-1,3	0,95	1,36
Vereinigtes Königreich	2,23	1,95	-0,1	1,95	3,90
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	03.04.2012	2011	zu Ende 2011	2011/2012	2011/2012
Dollar/Euro	1,33	1,29	+2,9	1,27	1,49
Yen/Dollar	82,81	76,86	+7,7	75,79	85,39
Yen/Euro	109,30	100,20	+9,1	97,25	122,80
Pfund/Euro	0,83	0,84	-0,3	0,82	0,91



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise	Arbeitslosenquote				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Deutschland												
EU-KOM	+3,7	+3,0	+0,6	+1,5	+1,2	+2,5	+1,9	+1,8	7,1	6,1	5,9	5,8
OECD	+3,6	+3,0	+0,6	+1,9	+1,2	+2,4	+1,6	+1,5	6,8	5,9	5,7	5,5
IWF	+3,6	+3,0	+0,3	+1,5	+1,2	+2,2	+1,3	-	7,1	6,0	6,2	-
USA												
EU-KOM	+3,0	+1,6	+1,5	+1,3	+1,6	+3,2	+1,9	+2,2	9,6	9,0	9,0	8,8
OECD	+3,0	+1,7	+2,0	+2,5	+1,6	+3,2	+2,4	+1,4	9,6	9,0	8,9	8,6
IWF	+3,0	+1,8	+1,8	+2,2	+1,6	+3,0	+1,2	-	9,6	9,1	9,0	-
Japan												
EU-KOM	+4,0	-0,4	+1,8	+1,0	-0,7	-0,2	-0,1	+0,8	5,1	4,9	4,8	4,7
OECD	+4,1	-0,3	+2,0	+1,6	-0,7	-0,3	-0,6	-0,3	5,1	4,6	4,5	4,4
IWF	+4,4	-0,9	+1,7	+1,6	-0,7	-0,4	-0,5	-	5,1	4,9	4,8	-
Frankreich												
EU-KOM	+1,5	+1,7	+0,4	+1,4	+1,7	+2,3	+2,2	+1,4	9,8	9,8	10,0	10,1
OECD	+1,4	+1,6	+0,3	+1,4	+1,7	+2,1	+1,4	+1,1	9,4	9,2	9,7	9,8
IWF	+1,4	+1,6	+0,2	+1,0	+1,7	+2,1	+1,4	-	9,8	9,5	9,2	-
Italien												
EU-KOM	+1,5	+0,2	-1,3	+0,7	+1,6	+2,9	+2,9	+1,9	8,4	8,1	8,2	8,2
OECD	+1,5	+0,7	-0,5	+0,5	+1,6	+2,7	+1,7	+1,1	8,4	8,1	8,3	8,6
IWF	+1,5	+0,4	-2,2	-0,6	+1,6	+2,6	+1,6	-	8,4	8,2	8,5	-
Vereinigtes												
Königreich												
EU-KOM	+2,1	+0,9	+0,6	+1,5	+3,3	+4,5	+2,7	+2,0	7,8	7,9	8,6	8,5
OECD	+1,8	+0,9	+0,5	+1,8	+3,3	+4,5	+2,7	+1,3	7,9	8,1	8,8	9,1
IWF	+2,1	+0,9	+0,6	+2,0	+3,3	+4,5	+2,4	-	7,9	7,8	7,8	-
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+3,2	+2,2	+1,9	+2,5	+1,8	+2,8	+1,6	+1,4	8,0	7,4	7,3	7,2
IWF	+3,2	+2,3	+1,7	+2,0	+1,8	+2,9	+2,1	-	8,0	7,6	7,7	-
Euroraum												
EU-KOM	+1,9	+1,4	-0,3	+1,3	+1,6	+2,7	+2,1	+1,6	10,1	10,0	10,1	10,0
OECD	+1,8	+1,6	+0,2	+1,4	+1,6	+2,6	+1,6	+1,2	9,9	9,9	10,3	10,3
IWF	+1,9	+1,6	-0,5	+0,8	+1,6	+2,5	+1,5	-	10,1	9,9	9,9	-
EZB	+1,7	+1,6	+1,3		+1,6	+2,6	+1,7	-	-	-	-	-
EU-27												
EU-KOM	+2,0	+1,5	+0,0	+1,5	+2,1	+3,1	+2,3	+1,8	9,7	9,7	9,8	9,6
IWF	+1,8	+1,7	+1,4	-	+2,0	+3,0	+1,8	-	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2011, Interimsprognose, 23. Februar 2012 - Aktualisierung BIP real und Verbraucherpreise. OECD: Wirtschaftsausblick, November 2011.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), September 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Oktober 2011. Korrektur der Veränderung der Wachstumszahlen durch das Update des WEO vom 24.01.2012.

 $EZB: ECB \: Staff \: Macroe conomic \: Projections \: for \: the \: Euro \: Area; \: Dezember \: 2011 \: (nur \: BIP \: und \: Verbraucher preise \: sowie \: nur \: für \: den \: Euroraum).$

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise	Arbeitslosenquote				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Belgien												
EU-KOM	+2,3	+1,9	-0,1	+1,5	+2,3	+3,5	+2,7	+1,9	8,3	7,6	7,7	7,9
OECD	+2,3	+2,0	+0,5	+1,6	+2,3	+3,4	+2,3	+1,7	8,3	7,0	7,3	7,6
IWF	+2,1	+2,4	+1,5	-	+2,3	+3,2	+2,0	-	8,4	7,9	8,1	-
Estland												
EU-KOM	+2,3	+7,5	+1,2	+4,0	+2,7	+5,1	+3,1	+2,8	16,9	12,5	11,2	10,1
OECD	+2,3	+8,0	+3,2	+4,4	+2,7	+5,1	+3,2	+3,2	16,8	12,3	10,8	10,0
IWF	+3,1	+6,5	+4,0	-	+2,9	+5,1	+3,5	-	16,9	13,5	11,5	-
Finnland												
EU-KOM	+3,7	+2,7	+0,8	+1,7	+1,7	+3,3	+3,0	+1,8	8,4	7,8	7,7	7,4
OECD	+3,6	+3,0	+1,4	+2,0	+1,7	+3,2	+2,6	+1,8	8,4	7,9	8,0	7,7
IWF	+3,6	+3,5	+2,2	-	+1,7	+3,1	+2,0	-	8,4	7,8	7,6	-
Griechenland												
EU-KOM	-3,5	-6,8	-4,4	+0,7	+4,7	+3,1	-0,5	+0,8	12,6	16,6	18,4	18,4
OECD	-3,5	-6,1	-3,0	+0,5	+4,7	+3,0	+1,1	+0,2	12,5	16,6	18,5	18,7
IWF	-4,4	-5,0	-2,0	-	+4,7	+2,9	+1,0	-	12,5	16,5	18,5	-
Irland												
EU-KOM	-0,4	+0,9	+0,5	+2,3	-1,6	+1,2	+1,6	+1,2	13,7	14,4	14,3	13,6
OECD	-0,4	+1,2	+1,0	+2,4	-1,6	+1,1	+0,8	+0,9	13,5	14,1	14,1	13,7
IWF	-0,4	+0,4	+1,5	-	-1,6	+1,1	+0,6	-	13,6	14,3	13,9	-
Luxemburg												
EU-KOM	+2,7	+1,1	+0,7	+2,3	+2,8	+3,7	+2,7	+2,5	4,6	4,5	4,8	4,7
OECD	+2,7	+2,0	+0,4	+2,2	+2,8	+3,5	+1,6	+2,3	6,0	6,0	6,3	6,0
IWF	+3,5	+3,6	+2,7	-	+2,3	+3,6	+1,4	-	6,2	5,8	6,0	-
Malta												
EU-KOM	+2,9	+2,1	+1,0	+2,0	+2,0	+2,4	+2,1	+2,3	6,9	6,7	6,8	6,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,1	+2,4	+2,2	-	+2,0	+2,6	+2,3	-	6,9	6,3	6,2	-
Niederlande												
EU-KOM	+1,7	+1,2	-0,9	+1,3	+0,9	+2,5	+2,0	+1,3	4,5	4,5	4,7	4,8
OECD	+1,6	+1,4	+0,3	+1,5	+0,9	+2,5	+2,2	+1,8	4,4	4,3	4,5	4,2
IWF	+1,6	+1,6	+1,3	-	+0,9	+2,5	+2,0	-	4,5	4,2	4,2	-
Österreich												
EU-KOM	+2,3	+3,1	+0,7	+1,9	+1,7	+3,6	+2,4	+2,1	4,4	4,2	4,5	4,2
OECD	+2,4	+3,2	+0,6	+1,8	+1,7	+3,5	+1,9	+1,7	4,4	4,2	4,4	4,4
IWF	+2,1	+3,3	+1,6	-	+1,7	+3,2	+2,2	-	4,4	4,1	4,1	-

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise	Arbeitslosenquote				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Portugal												
EU-KOM	+1,4	-1,5	-3,3	+1,1	+1,4	+3,6	+3,3	+1,5	12,0	12,6	13,6	13,7
OECD	+1,4	-1,6	-3,2	+0,5	+1,4	+3,5	+2,6	+1,1	10,8	12,5	13,8	14,2
IWF	+1,3	-2,2	-1,8	-	+1,4	+3,4	+2,1	-	12,0	12,2	13,4	-
Slowakei												
EU-KOM	+4,2	+3,3	+1,2	+2,9	+0,7	+4,1	+1,9	+2,1	14,4	13,2	13,2	12,3
OECD	+4,2	+3,0	+1,8	+3,6	+0,7	+4,1	+2,9	+2,8	14,4	13,4	13,2	12,3
IWF	+4,0	+3,3	+3,3	-	+0,7	+3,6	+1,8	-	14,4	13,4	12,3	-
Slowenien												
EU-KOM	+1,4	+0,3	-0,1	+1,5	+2,1	+2,1	+1,6	+1,2	7,3	8,2	8,4	8,2
OECD	+1,4	+1,0	+0,3	+1,8	+2,1	+1,8	+1,3	+1,7	-	-	-	-
IWF	+1,2	+1,9	+2,0	-	+1,8	+1,8	+2,1	-	7,3	8,2	8,0	-
Spanien												
EU-KOM	-0,1	+0,7	-1,0	+1,4	+2,0	+3,1	+1,3	+1,3	20,1	20,9	20,9	20,3
OECD	-0,1	+0,7	+0,3	+1,3	+2,0	+3,0	+1,4	+0,9	20,1	21,5	22,9	22,7
IWF	-0,1	+0,7	-1,7	-0,3	+2,0	+2,9	+1,5	-	20,1	20,7	19,7	-
Zypern												
EU-KOM	+1,1	+0,5	-0,5	+1,8	+2,6	+3,5	+2,8	+2,3	6,2	7,2	7,5	7,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+1,0	+0,0	+1,0	-	+2,6	+4,0	+2,4	-	6,4	7,4	7,2	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2011. Interimsprognose, 23. Februar 2012 - Aktualisierung BIP real und Verbraucherpreise OECD: Wirtschaftsausblick, November 2011.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), September 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Oktober 2011. Korrektur der Veränderung der Wachstumszahlen durch das Update des WEO vom 24.01.2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise	Arbeitslosenquote				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Bulgarien												
EU-KOM	+0,2	+1,8	+1,4	+3,0	+3,0	+3,4	+3,0	+3,0	10,2	12,2	12,1	11,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,2	+2,5	+3,0	-	+3,0	+3,8	+2,9	-	10,3	10,2	9,5	-
Dänemark												
EU-KOM	+1,3	+1,0	+1,1	+1,7	+2,2	+2,7	+1,8	+1,8	7,4	7,4	7,3	7,1
OECD	+1,7	+1,1	+0,7	+1,4	+2,3	+2,7	+1,8	+1,8	7,2	7,2	7,2	7,0
IWF	+1,7	+1,5	+1,5	-	+2,3	+3,2	+2,4	-	4,2	4,5	4,4	-
Lettland												
EU-KOM	-0,3	+5,3	+2,1	+4,0	-1,2	+4,2	+2,5	+2,0	18,7	16,1	15,0	13,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,3	+4,0	+3,0	-	-1,2	+4,2	+2,3	-	19,0	16,1	14,5	-
Litauen												
EU-KOM	+1,4	+5,8	+2,3	+3,8	+1,2	+4,1	+2,6	+2,8	17,8	15,1	13,3	11,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,3	+6,0	+3,4	-	+1,2	+4,2	+2,6	-	17,8	15,5	14,0	-
Polen												
EU-KOM	+3,9	+4,3	+2,5	+2,8	+2,7	+3,9	+3,5	+2,9	9,6	9,3	9,2	8,6
OECD	+3,8	+4,2	+2,5	+2,5	+2,6	+4,0	+2,5	+2,5	9,6	9,6	9,9	10,2
IWF	+3,8	+3,8	+3,0	-	+2,6	+4,0	+2,8	-	9,6	9,4	9,2	-
Rumänien												
EU-KOM	-1,6	+2,5	+1,6	+3,4	+6,1	+5,8	+3,0	+3,4	7,3	8,2	7,8	7,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,3	+1,5	+3,5	-	+6,1	+6,4	+4,3	-	7,6	5,0	4,8	-
Schweden												
EU-KOM	+5,6	+4,2	+0,7	+2,1	+1,9	+1,4	+0,9	+1,4	8,4	7,4	7,4	7,3
OECD	+5,4	+4,1	+1,3	+2,3	+1,2	+2,9	+1,1	+1,4	8,4	7,5	7,5	7,0
IWF	+5,7	+4,4	+3,8	-	+1,9	+3,0	+2,5	-	8,4	7,4	6,6	-
Tschechien												
EU-KOM	+2,7	+1,7	+0,0	+1,7	+1,2	+2,1	+3,0	+1,6	7,3	6,8	7,0	6,7
OECD	+2,7	+2,1	+1,6	+3,0	+1,5	+1,7	+3,1	+2,0	7,3	6,9	6,7	6,4
IWF	+2,3	+2,0	+1,8	-	+1,5	+1,8	+2,0	-	7,3	6,7	6,6	-
Ungarn												
EU-KOM	+1,3	+1,7	-0,1	+1,4	+4,7	+3,9	+5,1	+4,1	11,2	11,2	11,0	11,3
OECD	+1,3	+1,5	-0,6	+1,1	+4,9	+3,9	+4,9	+2,9	11,2	11,0	11,9	11,8
IWF	+1,2	+1,8	+1,7	-	+4,9	+3,7	+3,0	-	11,2	11,3	11,0	_

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2011. Interimsprognose, 23. Februar 2012 - Aktualisierung BIP real und Verbraucherpreise.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2011.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), September 2011 \& Regionaler Wirtschafts ausblick \ Europa, Oktober 2011.$

Stand: Februar 2012

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssald	do		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistungsbilanzsaldo			
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Deutschland													
EU-KOM	-4,3	-1,3	-1,0	-0,7	83,2	81,7	81,2	79,9	5,8	5,1	4,4	4,2	
OECD	-4,3	-1,2	-1,1	-0,6	83,4	83,2	83,7	82,8	5,6	4,9	4,9	5,3	
IWF	-3,5	-1,2	-0,4	0,1	83,2	81,5	81,6	79,8	5,7	5,0	4,9	-	
USA													
EU-KOM	-10,6	-10,0	-8,5	-5,0	95,2	101,0	105,6	107,1	-3,3	-3,3	-3,1	-3,5	
OECD	-10,7	-10,0	-9,3	-8,3	94,2	97,6	103,6	108,5	-3,2	-3,0	-2,9	-3,2	
IWF	-7,8	-7,0	-5,6	-4,3	98,5	102,0	107,6	112,0	-3,2	-3,1	-2,1	-	
Japan													
EU-KOM	-6,8	-7,2	-7,4	-7,2	197,6	206,2	210,0	215,7	3,5	2,9	2,9	2,8	
OECD	-7,8	-8,9	-8,9	-9,5	200,0	211,7	219,1	226,8	3,6	2,2	2,2	2,4	
IWF	-7,8	-8,0	-8,6	-7,8	219,0	233,4	241,0	246,8	3,6	2,5	2,8	-	
Frankreich													
EU-KOM	-7,1	-5,8	-5,3	-5,1	82,3	85,4	89,2	91,7	-2,2	-3,2	-3,3	-3,0	
OECD	-7,1	-5,7	-4,5	-3,0	82,4	85,8	89,6	91,3	-1,8	-2,3	-2,2	-2,2	
IWF	-5,2	-4,4	-3,3	-3,1	82,4	87,0	90,7	93,1	-1,7	-2,7	-2,5		
Italien													
EU-KOM	-4,6	-4,0	-2,3	-1,2	118,4	120,5	120,5	118,7	-3,5	-3,6	-3,0	-2,3	
OECD	-4,5	-3,6	-1,6	-0,1	118,4	120,0	120,4	118,9	-3,5	-3,6	-2,6	-1,8	
IWF	-3,4	-2,9	-0,8	0,0	118,4	121,4	125,3	126,6	-3,3	-3,5	-3,0	-	
Vereinigtes Königreich													
EU-KOM	-10,3	-9,4	-7,8	-5,8	79,9	84,0	88,8	85,9	-2,5	-2,5	-0,9	-0,2	
OECD	-10,4	-9,4	-8,7	-7,3	79,9	87,6	94,9	100,0	-2,5	-0,6	0,1	0,3	
IWF	-7,8	-6,3	-5,1	-3,7	75,1	80,8	86,6	90,3	-3,2	-2,7	-2,3	-	
Kanada													
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	-5,6	-5,0	-4,1	-3,0	85,1	87,8	92,8	96,6	-3,1	-2,8	-2,9	-2,9	
IWF	-4,0	-3,8	-3,2	-2,5	85,1	85,5	86,7	84,7	-3,1	-3,3	-3,8		
Euroraum													
EU-KOM	-6,2	-4,1	-3,4	-3,0	85,6	88,0	90,4	90,9	0,1	-0,1	0,0	0,2	
OECD	-6,3	-4,0	-2,9	-1,9	85,7	88,3	90,6	91,0	0,2	0,1	0,6	1,0	
IWF	-4,8	-3,5	-2,1	-1,6	85,3	88,4	91,1	92,5	-0,4	0,1	0,4	-	
EU-27													
EU-KOM	-6,6	-4,7	-3,9	-3,2	80,3	82,5	84,9	84,9	-0,2	0,1	0,6	1,0	
IWF	-6,5	-4,6	-3,6		79,8	82,3	83,7		-0,1	-0,2	0,0	-	

Quellen

EU-KOM: Frühjahrsprognose, November 2011 & Statistischer Anhang, Nevember 2011 (nur zu Staatsschulden für USA u. Japan).

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2011 (Staatsschuldenquoten nur für EU-Mitgliedstaaten nach Maastricht-Kriterien, nur im Länderteil).

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), September 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Oktober 2011. Korrektur der Veränderung des Öffentlichen Haushaltssaldos sowie der Staatsschuldenquote durch das Update des "Fiscal Monitor" vom 24.01.2012.

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssald	do		Staatssch	nuldenquot	:e)		
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Belgien												
EU-KOM	-4,1	-3,6	-4,6	-4,5	96,2	97,2	99,2	100,3	3,2	2,4	2,1	2,4
OECD	-4,2	-3,5	-3,2	-2,2	96,2	96,3	97,4	97,0	1,5	-0,5	-0,3	-0,2
IWF	-4,1	-3,5	-3,4	-	-	-	-	-	1,0	0,6	0,9	-
Estland												
EU-KOM	0,2	0,8	-1,8	-0,8	6,7	5,8	6,0	6,1	3,8	3,1	1,5	0,7
OECD	0,3	0,1	-1,9	0,0	6,7	6,5	7,3	7,2	3,6	3,5	2,6	1,5
IWF	0,2	-0,1	-2,3	-	6,6	6,0	5,6	-	3,6	2,4	2,3	-
Finnland												
EU-KOM	-2,5	-1,0	-0,7	-1,0	48,3	49,1	51,8	53,5	2,8	-0,1	0,0	0,1
OECD	-2,8	-2,0	-1,4	-1,1	48,3	51,9	56,2	59,2	1,8	0,4	1,2	1,7
IWF	-2,8	-1,0	0,3	-	-	-	-	-	3,1	2,5	2,5	-
Griechenland												
EU-KOM	-10,6	-8,9	-7,0	-6,8	144,9	162,8	198,3	198,5	-12,3	-9,9	-7,9	-6,9
OECD	-10,8	-9,0	-7,0	-5,3	144,9	160,9	177,1	179,7	-10,1	-8,6	-6,3	-5,4
IWF	-10,4	-8,0	-6,9	-	-	-	-	-	-10,5	-8,4	-6,7	-
Irland												
EU-KOM	-31,2	-10,3	-8,6	-7,8	94,9	108,1	117,5	121,1	0,5	0,7	1,5	1,8
OECD	-31,3	-10,3	-8,7	-7,6	92,6	106,7	112,9	116,5	0,5	0,5	1,7	2,2
IWF	-32,0	-10,3	-8,6	-	-	-	-	-	0,5	1,8	1,9	-
Luxemburg												
EU-KOM	-1,1	-0,6	-1,1	-0,9	19,1	19,5	20,2	20,3	8,1	5,3	3,4	2,9
OECD	-1,1	-1,2	-2,0	-1,8	19,1	22,8	25,4	29,2	7,7	6,5	6,3	5,1
IWF	-1,7	-0,7	-1,2	-	-	-	-	-	7,8	9,8	10,3	-
Malta												
EU-KOM	-3,6	-3,0	-3,5	-3,6	69,0	69,6	70,8	71,5	-4,0	-3,1	-2,9	-2,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,8	-2,9	-2,9	-	-	-	-	-	-4,8	-3,8	-4,8	-
Niederlande												
EU-KOM	-5,1	-4,3	-3,1	-2,7	62,9	64,2	64,9	66,0	5,1	5,5	7,0	6,9
OECD	-5,0	-4,2	-3,2	-2,8	62,9	64,8	67,6	69,2	6,7	7,8	7,6	7,9
IWF	-5,3	-3,8	-2,8	-	-	-	-	-	7,1	7,5	7,7	-
Österreich												
EU-KOM	-4,4	-3,4	-3,1	-2,9	71,8	72,2	73,3	73,7	3,2	2,7	2,8	2,9
OECD	-4,4	-3,4	-3,2	-3,1	71,9	73,6	75,6	76,9	3,0	3,0	3,4	3,8
IWF	-4,6	-3,5	-3,2	_	_	_	_	-	2,7	2,8	2,7	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF

Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	ushaltssald	do		Staatssch	nuldenquot	te	Leistungsbilanzsaldo				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Portugal													
EU-KOM	-9,8	-5,8	-4,5	-3,2	93,3	101,6	111,0	112,1	-9,7	-7,6	-5,0	-3,8	
OECD	-9,8	-5,9	-4,5	-3,0	93,3	101,7	111,7	113,4	-9,9	-8,0	-3,8	-1,7	
IWF	-9,1	-5,9	-4,5	-	-	-	-	-	-9,9	-8,6	-6,4	-	
Slowakei													
EU-KOM	-7,7	-5,8	-4,9	-5,0	41,0	44,5	47,5	51,1	-3,6	-0,7	-1,2	-1,9	
OECD	-7,7	-5,9	-4,6	-3,5	41,0	46,1	49,6	51,5	-3,5	-1,6	-1,5	-0,5	
IWF	-7,9	-4,9	-3,8	-	41,8	44,9	46,9	-	-3,5	-1,3	-1,1	-	
Slowenien													
EU-KOM	-5,8	-5,7	-5,3	-5,7	38,8	45,5	50,1	54,6	-0,8	0,1	0,3	0,5	
OECD	-5,8	-5,3	-4,5	-3,3	38,8	44,0	48,5	51,4	-	-	-	-	
IWF	-5,3	-6,2	-4,7	-	37,3	43,6	47,2	-	-0,8	-1,7	-2,1	-	
Spanien													
EU-KOM	-9,3	-6,6	-5,9	-5,3	61,0	69,6	73,8	78,0	-4,5	-3,4	-3,0	-3,0	
OECD	-9,3	-6,2	-4,4	-3,0	61,0	68,1	71,2	73,0	-4,6	-4,0	-2,3	-2,0	
IWF	-7,8	-6,6	-4,7	-4,1	60,8	70,1	78,1	84,0	-4,6	-3,8	-3,1	-	
Zypern													
EU-KOM	-5,3	-6,7	-4,9	-4,7	61,5	64,9	68,4	70,9	-9,0	-7,3	-6,7	-6,1	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-5,3	-6,6	-4,5	-	-	-	-	-	-7,7	-7,2	-7,6	-	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2011 (Staatsschuldenquoten für EU-Mitgliedstaaten nach Maastricht-Kriterien; nur im Länderteil). IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), September 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Oktober 2011. Korrektur der Veränderung des Öffentlichen Haushaltssaldos sowie der Staatsschuldenquote durch das Update des "Fiscal Monitor" vom 24.01.2012 (ES).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	е		Leistungs	sbilanzsaldo	
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Bulgarien												
EU-KOM	-3,1	-2,5	-1,7	-1,3	16,3	17,5	18,3	18,5	-1,0	1,6	1,4	0,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,9	-2,5	-2,2	-	17,4	17,8	20,5	-	-1,0	1,6	0,6	-
Dänemark												
EU-KOM	-2,6	-4,0	-4,5	-2,1	43,7	44,1	44,6	44,8	5,2	6,3	5,8	5,4
OECD	-2,8	-3,7	-5,1	-3,0	43,7	44,2	46,1	46,3	5,3	5,5	4,8	4,7
IWF	-2,9	-3,0	-3,0	-	-	-	-	-	5,1	6,4	6,4	-
Lettland												
EU-KOM	-8,3	-4,2	-3,3	-3,2	44,7	44,8	45,1	47,1	3,0	-0,4	-1,1	-2,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,8	-4,5	-2,3	-	39,9	39,6	40,5	-	3,6	1,0	-0,5	-
Litauen												
EU-KOM	-7,0	-5,0	-3,0	-3,4	38,0	37,7	38,5	39,4	1,1	-1,7	-1,9	-2,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,1	-5,3	-4,5	-	38,7	42,8	44,6	-	1,8	-1,9	-2,7	-
Polen												
EU-KOM	-7,8	-5,6	-4,0	-3,1	54,9	56,7	57,1	57,5	-4,6	-5,0	-4,3	-4,8
OECD	-7,9	-5,4	-2,9	-2,0	55,0	56,8	57,1	56,3	-4,5	-4,4	-4,4	-4,0
IWF	-7,9	-5,5	-3,8	-	55,0	56,0	56,4	-	-4,5	-4,8	-5,1	-
Rumänien												
EU-KOM	-6,9	-4,9	-3,7	-2,9	31,0	34,0	35,8	35,9	-4,2	-4,1	-5,0	-5,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,5	-4,4	-2,8	-	31,7	34,4	34,4	-	-4,3	-4,5	-4,6	-
Schweden												
EU-KOM	0,2	0,9	0,7	0,9	39,7	36,3	34,6	32,4	6,3	6,4	6,3	6,4
OECD	-0,1	0,1	0,0	0,7	39,7	36,8	35,9	33,7	6,7	6,7	6,9	6,7
IWF	-0,3	0,8	1,3	-	-	-	-	-	6,3	5,8	5,3	-
Tschechien												
EU-KOM	-4,8	-4,1	-3,8	-4,0	37,6	39,9	41,9	44,0	-4,4	-3,6	-3,2	-3,5
OECD	-4,8	-3,7	-3,4	-3,4	37,6	40,2	41,7	42,8	-3,1	-3,3	-2,7	-4,2
IWF	-4,7	-3,8	-3,7	-	38,5	41,1	43,2	-	-3,7	-3,3	-3,4	-
Ungarn												
EU-KOM	-4,2	3,6	-2,8	-3,7	81,3	75,9	76,5	76,7	1,0	1,7	3,2	3,8
OECD	-4,3	4,0	-3,4	-3,3	81,3	84,2	85,1	85,9	1,1	1,9	1,4	1,2
IWF	-4,3	2,0	-3,6	-	80,2	76,1	75,5	-	2,1	2,0	1,5	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2011 (Staatsschulden quoten f"ur EU-Mitgliedstaaten nach Maastricht-Kriterien; nur im L"anderteil).

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), September 2011 \& Regionaler Wirts chafts ausblick \ Europa, Oktober 2011.$

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, März 2012

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X